

Preußische Allgemeine



Nr. 15 · Ostern 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



Frohe Ostern!

Die Preußische Allgemeine Zeitung wünscht ihren Lesern eine gesegnete, friedliche und – ganz besonders in diesem Jahr – gesunde Osterzeit



Geschichte Vor 75 Jahren zerstörten die Alliierten Potsdam **Seite 10**



Ausland In Österreich stieg die Arbeitslosigkeit auf einen Rekordwert **Seite 6**

POLITIK

Lauerstellung statt Einigung

In der Alternative für Deutschland stellt sich immer stärker die Frage, ob die unterschiedlichen Strömungen der Partei noch zusammenpassen

VON HANS HECKEL

Vordergründig scheint das Kriegsbeil in der AfD mit der Bundesvorstandssitzung am Montag dieser Woche begraben zu sein. Parteichef Jörg Meuthen hat seinen Vorschlag, die Partei in zwei Formationen zu spalten und eine Trennung „im Guten“ zu vollziehen, zurückgenommen und betont nun wieder die Einheit der zerstrittenen Partei.

Offen bleibt, ob es sich dabei um einen echten Rückzieher handelt – oder um einen Schachzug, dem bald ein weiterer folgen könnte. Denn bei allen Beschwörungen der Einheit: Das Tisch Tuch zwischen dem rechten „Flügel“ um die Landesvorsitzenden von Thüringen und Brandenburg, Björn Höcke und Andreas Kalbitz, und dem gemäßigten Lager um Meuthen scheint irreparabel zerrissen.

Zuvor hatte Höcke noch einmal Öl ins Feuer gegossen, als er auf einem „Flügel“-Treffen im März forderte, nicht genehme Parteifreunde müssten „ausgeschwitzt“ werden. Nicht allein, dass sich die Angesprochenen hier mit einem Krankheitserreger gleichgesetzt fühlen sollten. Auch griffen zahlreiche Medien die sprachliche Nähe zu „Auschwitz“ auf, womit der Auftritt für die AfD – mitten in der Debatte um eine angedrohte Beobachtung der Par-

tei durch den Verfassungsschutz – einen weiteren Tiefschlag bedeutete. Gut informierte Beobachter rätseln, ob Höcke diese Wirkung vielleicht sogar beabsichtigt hat, um gemäßigte AfD-Repräsentanten zu zermürben und damit zum Rückzug aus der Partei zu bewegen – also, wie es der Thüringer AfD-Chef selbst formuliert, „auszuschwitzen“.

Meuthens öffentliche Mutmaßungen über eine Partei-Spaltung wirken vor diesem Hintergrund wie eine letzte Warnung, die plötzliche Beschwörung der Einheit der Partei kurz darauf wie eine letzte Bewährungsfrist für den „Flügel“. Entgegen vielfacher Behauptungen ist der Beschluss, den „Flügel“ aufzulösen, keineswegs ein rein formaler Akt, hinter dem der rechte Sektor der AfD faktisch einfach weitermachen kann wie bisher.

Der „Flügel“ muss nicht allein seine sämtlichen Strukturen zerschlagen. Vielmehr ist aus gut informierten Kreisen im Umfeld des AfD-Bundesvorstands zu hören, dass man mit dem „Rückzieher“ von Meuthen vielmehr wieder in die Offensive gegen das Höcke-Lager kommen wollte, um ab sofort bei jeder weiteren Verfehlung oder mutmaßlich bewussten Provokation umgehend energisch einschreiten zu können. Das klingt eher nach Lauerstellung als nach Einigung. Der Klärungsprozess geht demnach weiter.

OSTERN

Tage der Einkehr – und der Hoffnung

Im Frühjahr 2020 erscheint das traditionelle Osterfest wie ein Gleichnis auf die Corona-Krise. Kommt nach der Passionszeit die Auferstehung?

VON RENÉ NEHRING

Es ist Ostern. Das Fest der Auferstehung des Herrn – nach einem qualvollen Kreuzestod am Karfreitag. Das wichtigste Fest im Jahreskreis der Christen – und Symbol dafür, dass auch auf größte irdische Leiden die Erlösung folgt. Den Ostertagen voraus geht die Passionszeit – Wochen des Innehaltens, aber auch des Verzichts auf viele Freuden des Alltags. Und der Passionszeit wiederum gehen die sinnesfrohen Tage des Karnevals und Faschings voraus.

Wohl selten hat diese traditionelle Abfolge so sehr in die Gegenwart gepasst wie im Frühjahr 2020. Im Anschluss an eine ausgelassene Karnevalsfeier im Rheinland breitete sich das Coronavirus rasant aus und zwang das Land zum Innehalten. Unter dem Schlagwort „Lockdown“ sind Schulen und Kindergärten ebenso verschlossen wie Kultur-, Sport- und Freizeistätten sowie alle Unternehmen, die nicht als systemrelevant gelten. Gottesdienste sind ebenso untersagt wie alle sonstigen Versammlungen, selbst im Freien. Besonders schmerzlich ist für viele, dass Familien ihre Angehörigen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen nur eingeschränkt oder gar nicht sehen dürfen.

Ob die verhängten Maßnahmen immer verhältnismäßig sind, soll hier nicht das

Thema sein. Obwohl es fragwürdig ist, dass Kirchen geschlossen werden, Baumärkte jedoch nicht. Oder warum auf einer Parkbank sitzende Menschen mit einem Bußgeld rechnen müssen – und Bürgern die Fahrt in ein anderes Bundesland verweigert wird, selbst wenn sie dort einen offiziellen Zweitwohnsitz haben.

Corona sorgt dafür, dass wir diesen vorösterlichen Frühling als echte Passionszeit erleben. Wo die Menschen ansonsten überlegen, ob sie für sieben Wochen auf Schokolade, Tabak oder Alkohol verzichten sollen, sind sie diesmal gezwungen, weitreichende Einschränkungen ihrer Gewohnheiten und Freiheitsrechte zu ertragen. Bemerkenswert ist, dass die Mehrheit diese Eingriffe erträgt – nicht zuletzt aus Rücksichtnahme den Kranken und Alten gegenüber, die in der Corona-Pandemie als Risikogruppe gelten. In einer Gesellschaft, der gemeinhin nachgesagt wird, immer egoistischer und rücksichtsloser zu werden, ist dies eine wahrhaft frohe Botschaft.

Nach der Passionszeit kommt die Zeit der Auferstehung. Tatsächlich lassen die Infektionszahlen der letzten Tage hoffen, dass zumindest einige der Beschränkungen in Kürze gelockert werden könnten. Wollen wir hoffen, dass sich unsere komplexe Gesellschaft dann ähnlich schnell wieder „hochfahren“ lässt, wie sie sich derzeit an den Stillstand gewöhnt hat.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Idee, Italien und Spanien mit „Coronabonds“ zu helfen, ist weiter populär **Seite 4**

Kultur

Die ARD verfilmte das Buch „Die Getriebenen“ über die Migrationskrise von 2015 **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

In Allenstein erinnern heutige Bewohner an alte deutsche Straßennamen **Seite 13**

Lebensstil

Die Oberammergauer Passionsspiele in Zeiten der Corona-Pandemie **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer neuen Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Krisenmanagement In der gegenwärtigen Ausnahmesituation erschweren neben dem bundesdeutschen Föderalismus Unterlassungssünden der Vergangenheit die Lage. Dabei hat es an Warnungen nicht gefehlt

Eine Krise mit Ansage

Erst missachtete das Innenministerium Warnungen – nun wirkt es wie paralyisiert

VON WOLFGANG KAUFMANN

In Extremsituationen wie der gegenwärtigen Covid-19-Pandemie, aber auch bei Naturkatastrophen, zwischenstaatlichen Konflikten und ähnlich brisanten Lagen müssen koordinierte Maßnahmen zur Bewältigung der Krisen getroffen werden. Diese fallen unter den Sammelbegriff „Krisenmanagement“, der auf den US-Präsidenten John F. Kennedy zurückgeht.

Föderale Strukturen als Hemmnis

Das Problematische an tiefgreifenden Krisen ist meist, dass weder die gewohnten Handlungsstrategien zum Ziel führen noch ausreichende Ressourcen oder Informationen über alle relevanten Details vorhanden sind. Darüber hinaus erweisen sich bisher hochgeschätzte Experten plötzlich als hinderlich, weil sie vorrangig auf der Basis früherer Erfahrungen urteilen und diverse Barrieren im Kopf haben, was kreative neue Lösungen betrifft.

Nach Ansicht des renommierten französischen Krisenforschers Patrick Lagarde sollten deshalb Personen mit einbezogen werden, welche die Fähigkeit besitzen, das Überraschende zu erwarten und das scheinbar Undenkbare zu denken. Dennoch stützen sich die meisten Staaten bei ihrem präventiven und akuten Krisenmanagement weiterhin nur auf etablierte Fachwissenschaftler, was auch für die Bundesrepublik Deutschland gilt.

Im Falle der Bundesrepublik sorgen deren föderale Strukturen noch für zusätzliche Handlungsblockaden. Wenn der Bundesstaat durch Schadensereignisse in existenzielle Not gerät, müssen sich der Bund und die Länder gemäß dem Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz in der aktuellen Fassung vom 29. Juli 2009 permanent miteinander abstimmen, was zu endlosem Kompetenzgerangel und fatalen Reibungsverlusten führt.

Daran ändert auch die „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“ nichts, auf die sich die Innenminister und -senatoren der Länder am 6. Dezember 2002 verständigt haben. Im Falle von Krisen wie der derzeitigen sollte eigentlich das Bundesministerium des Innern (BMI) mit dem ihm untergeordneten Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) in Bonn-



Endlich da: Paketankunft mit Schutzausrüstungen aus China, die in der Bundesrepublik beinahe fahrlässig zur Mangelware wurden

Lengsdorf an vorderster Stelle aktiv werden. Allerdings sind diese beiden Institutionen in puncto Krisenmanagement unfähig unzulänglich, was auch schon lange vor der Corona-Krise zutage trat.

Zur neuen Strategie beim Bevölkerungsschutz gehört seit 2010, „ressort-

übergreifende Risikoanalysen“ durchzuführen, um Vorkehrungen für drohende Krisen treffen zu können und nicht kalt von diesen überrascht zu werden. Diese Aufgabe obliegt einem sogenannten Lenkungsausschuss beim BMI, der die großen Leitlinien vorgibt, und einem „Arbeits-

kreis“ des BBK, der die konkreten Szenarien entwickelt, derer man unter Umständen durch entsprechende Maßnahmen im Rahmen des staatlichen Krisenmanagements Herr werden muss.

Drucksache prophezeite Engpässe

Im Ergebnis dieser Regelung entstanden jährliche „Berichte zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz“, mit denen der Deutsche Bundestag als gesetzgebendes Organ Informationen über potenzielle Gefährdungslagen erhielt. So auch vermittels der Drucksache 17/12051 vom 3. Januar 2013. Darin findet sich unter anderem die Beschreibung einer möglichen Pandemie aufgrund des SARS-Virus, die bemerkenswert präzise schildert, was dem Lande in einem solchen Falle drohen kann, und eindringlich davor darauf hinweist, wie wenig gerüstet die Bundesrepublik sei. So wurden gravierende Engpässe bei Schutzausrüstungen prophezeit.

Trotzdem zogen weder das BMI noch das BBK Konsequenzen hieraus.

Stichwortgeber zum Thema



FOTO: CECIL TOUGHTON/WHITE HOUSE



FOTO: PHOTO: LAGARDE



FOTO: SARAH JOSEPHINE TALEB

Auf dem Höhepunkt der 13-tägigen Kuba-Krise im Oktober 1962 prägte der US-amerikanische Präsident **John F. Kennedy** den Begriff „Krisenmanagement“

Der 71-jährige französische Krisen- und Risiko-forscher **Patrick Lagarde** vertritt die Ansicht, dass Experten in Krisen häufig „Barrieren im Kopf“ hätten

„Schwarze Schwäne“ nannte der Finanzmathematiker **Nassim Nicholas Taleb** schwerwiegende Ereignisse, mit denen man normalerweise nicht rechnet

LÜKEX

Unzureichend geübt

Wie sich Deutschlands Staatsorgane auf Ausnahmesituationen wie die aktuelle Pandemie vorbereitet haben

Im Jahre 2007 veröffentlichte Nassim Nicholas Taleb ein Buch mit dem Titel „Der Schwarze Schwan. Die Macht höchst unwahrscheinlicher Ereignisse“. Darin beschrieb der US-Finanzmathematiker libanesischer Herkunft künftige Ereignisse, deren Eintrittswahrscheinlichkeit zwar recht gering ist, die aber, wenn sie denn tatsächlich eintreten, extreme Krisen auslösen können. Dazu zählen neben folgenschweren Pandemien wie der aktuellen auch schwere Chemie- oder Reaktorunfälle, Terroranschläge vom Ausmaß des 11. September 2001, flächendeckende Kollapse der Wirtschaftsstrukturen sowie Naturkatastrophen wie

Vulkanausbrüche, Wirbelstürme oder Tsunamis.

Krisenszenarien werden geübt

In Vorbereitung auf solche „Schwarzen Schwäne“ veranstaltet das deutsche Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) seit 2004 sogenannte Länder- und Ressortübergreifende Krisenmanagementübungen (LÜKEX). In deren Rahmen wurden bisher folgende Szenarien simuliert: winterliche Extremwetterlagen samt umfassender Stromausfälle (2004), Gefahrensituationen aufgrund von Großveranstaltungen wie einer Weltmeisterschaft (2005), Grippe-Pandemie (2007), Attentate mit radiologischen Waffen, so-

genannten Schmutzigen Bomben (2010), Cyber-terroristische Angriffe (2011), biologische Bedrohung durch verseuchte Lebensmittel (2013).

Asylkrise verhinderte LÜKEX-Übung

Ab 2015 litt das Durchspielen von Krisensituationen unter dem massiven Zustrom von Asylsuchern. So musste die zwei Jahre lang vorbereitete LÜKEX-Übung „Sturmflut an der Nordseeküste“ ersatzlos ausfallen, weil der Bund und die Länder bei der Aufnahme der Asylsucher-Massen an ihre Kapazitätsgrenzen gelangt waren und „die Verantwortung für die Menschen, die in Deutschland Schutz und Hilfe suchen, ... im Vordergrund“ stand.

Die Versäumnisse der Behörden bezahlen nun Hunderte und vielleicht bald sogar Tausende Deutsche mit ihrem Leben

Und auch später fehlten dann offensichtlich die Ressourcen, um beispielsweise verheerende Pandemie-Lagen aufgrund neuartiger Viruserkrankungen mit einer hohen Mortalitätsrate durchzuspielen, wie sie Anfang 2013 vom BBK-Arbeitskreis Risikoanalyse vorhergesagt worden waren. Die einzige LÜKEX-Übung seit Ausbruch der Immigrationskrise fand 2018 statt. Dabei lautete das Szenario, dass es in Süddeutschland zu einer gefährlichen Gasmangel-Situation gekommen sei. Dieses Versäumnis der Behörden, die nicht ausreichende Vorbereitung des Landes auf den Corona-Ausbruch bezahlen nun vermutlich tausende Deutsche mit ihrem Leben. W.K.

CORONA

Taiwan zeigt der Welt, wie es richtig geht

Das effektivste Krisenmanagement während der aktuellen Corona-Pandemie betreibt die Republik Taiwan. Der von Peking als „abtrünnig“ gescholtene Inselstaat, den nur 160 Kilometer offene See vom chinesischen Festland trennen, hatte bis zum 31. März nur 322 Covid-19-Erkrankungen und fünf Tote zu verzeichnen – bei fast 24 Millionen Einwohnern, von denen sich statistisch über 650 auf einem Quadratkilometer zusammen-drängen. Zum Vergleich: Die Bevölkerungsdichte in der Bundesrepublik liegt bei etwa einem Drittel.

Bereits ab dem 31. Dezember 2019 ließ die Regierung in Taipeh alle in Taiwan gelandeten Flugzeugpassagiere auf Covid-19 untersuchen, kurz danach wurde eine Einreiseperrre für Ausländer verhängt. Die galt auch für die Besucher aus der Volksrepublik China, von denen jedes Jahr um die drei Millionen nach Taiwan kommen.

Ab dem 25. Januar 2020 aktivierte der Inselstaat dann bereits technische Systeme zur Feststellung aller Kontaktpersonen von Infizierten und zur Kontrolle der Einhaltung der Quarantäne-Auflagen. Parallel hierzu stieg die Quote der Träger von Atemschutzmasken in der Öffentlichkeit abrupt auf 100 Prozent.

Die Behörden hatten aufgrund der Erfahrungen während der SARS-Pandemie von 2002/03 mit 73 Toten große Mengen an Masken einlagern lassen, die ab dem 20. Januar an die Bevölkerung verteilt wurden. Zu dieser Zeit sah sich Peking noch nicht einmal zur Abriegelung des Seuchenherdes Wuhan veranlasst. Deshalb zeigten die Menschen in Taiwan in der Corona-Krise von Anfang an Vertrauen in ihre politische Führung und sahen fast ausnahmslos von Hamsterkäufen ab.

Deutschland könnte viel vom beispielhaften Krisenmanagement Taipehs lernen. Allerdings unterhält es keine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan, um Ärger mit den Machthabern in Peking zu vermeiden. Ebenso ignoriert die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Inselstaat, dem sie die Mitgliedschaft verweigert. W.K.

Ein doppelter Untergang

Vor 75 Jahren wurde der Theologe Dietrich Bonhoeffer von den Nationalsozialisten ermordet. Dass am selben Tag im Nordosten Deutschlands die „Festung Königsberg“ kapitulierte, war Zufall. Und doch sagt die Gleichzeitigkeit beider Ereignisse viel über die letzten Tage des „Dritten Reiches“ aus

VON KLAUS WEIGELT

Unter den Schicksalsdaten des Jahres 1945 ist der 9. April eines der am wenigsten beachteteten. Dabei stehen die Ereignisse jenes Tages symbolhaft für die letzten Zuckungen eines verbrecherischen Regimes, das sechs Jahre lang Krieg und Terror über den Kontinent gebracht hatte und nun entschlossen war, die eigene Bevölkerung mit in den Abgrund zu ziehen.

Anfang April 1945 war Hitler längst klar, dass der Krieg verloren war. Die Russen standen an der Oder und bereiteten den Sturm auf die „Reichshauptstadt“ vor, die Amerikaner harrten an der Elbe der Dinge. Der Machtbereich des vormaligen „größten Feldherrn aller Zeiten“ (Wilhelm Keitel 1940) war nur noch rund 250 Kilometer breit. Bereits am 19. März hatte er befohlen, „alle militärischen Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen (...) zu zerstören.“ Nun ging der Diktator daran, noch möglichst viele derjenigen hinzurichten, die es gewagt hatten, sich seiner Diktatur in den Weg zu stellen. Am 5. April 1945, dem Donnerstag nach Ostern, wurde während der Mittagsbesprechung bei Hitler entschieden, wer von den prominenten Angehörigen des Widerstands zu „erledigen“ sei.

Ein preußischer Ausnahmetheologe

Der bis heute inspirierendste Kopf unter den Todgeweihten war der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer, 1906 in Breslau geboren, mit 21 Jahren promoviert, mit 24 Jahren habilitiert. Anders als seine Amtskirche stand Bonhoeffer von Beginn an in Opposition zum NS-Regime. Mit Martin Niemöller gründete er 1933 den Pfarrernotbund. Wiederholt war er für längere Aufenthalte im Ausland, unter anderem von 1933 bis 1935 in London, kehrte jedoch stets zurück. Im Sommer 1939 weilte er in den USA und schlug dort eine Professur aus, da er angesichts der Gefahr eines Krieges in Europa seinen Platz als Seelsorger in der Heimat sah.

Über seinen Schwager Hans von Dohnanyi bekam Bonhoeffer früh Kontakte zum Widerstandskreis um Wilhelm Canaris. 1941 und 1942 unternahm er diverse Reisen ins neutrale Ausland und traf unter anderem in Schweden den anglikanischen Bischof George Bell, um diesem Dokumente über den Widerstand für die britische Regierung mitzugeben, in denen die Positionen der Verschwörer erläutert waren und auch die Bitte ausgesprochen wurde, zwischen Deutschen und Nazis zu unterscheiden. Schon im April 1943 wurden Bonhoeffer und Dohnanyi von der Gestapo verhaftet.

Als Hitler am 5. April 1945 den Daumen über Dietrich Bonhoeffer senkte, war dieser bereits, zwei Tage zuvor aus dem KZ Buchenwald kommend, in einem 16 Personen umfassenden Gefangenentransport in Regensburg angelangt, wo er am 4. und 5. April, also Mittwoch und Donnerstag der Osterwoche, blieb. Der Wagen für den Weitertransport, ein Holzvergaser, blieb auf der Strecke liegen. Man wartete, bis ein Bus aus Regensburg kam und die Gefangenen nach Schönberg bei Zwiessel im Bayerischen Wald transportierte.

Tod eines gläubigen Christen

Vom 6. bis 8. April war Bonhoeffer in Schönberg. Dort hielt er am Weißen Sonntag nach Ostern auf Wunsch von Mitgefangenen eine Andacht über die Tageslesung Jes. 53, 5: „Durch seine Wunden sind wir geheilt“ und zu 1. Petrus 1, 3: „Gelobt sei Gott, der Vater unseres Herrn Jesus Christus, der uns nach seiner großen Barmherzigkeit wiedergeboren hat zu einer lebendigen Hoffnung durch die Auferstehung Jesu Christi von den Toten.“ Er



Dietrich Bonhoeffer (rechts) war trotz seines frühen Todes einer der bedeutendsten evangelischen Theologen des 20. Jahrhunderts. Am Tage seiner Ermordung kapitulierten die Wehrmachtseinheiten in der „Festung Königsberg“. Die Aufnahme links zeigt den Abmarsch der Gefangenen vom Königstor



Fotos: Bundesarchiv Bild_183-R94432/ AKG images

sprach von den Gedanken und Entschlüssen, die diese gemeinsame turbulente Gefangenschaft allen gebracht hatte.

Unmittelbar nach der Andacht wurde Bonhoeffer herausgerufen. Er zeichnete noch schnell vorn, hinten und in der Mitte des Buches seinen Plutarch „Große Männer – Biographien“, den ihm seine Eltern noch im Januar 1945 ins SS-Gefängnis in der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin bringen lassen konnten. Dieses Exemplar, das letzte Lebenszeichen des Theologen, wurde später von einem der Söhne Carl Friedrich Goerdeler an die Familie Bonhoeffer übergeben. Es erhielt noch einen Abschiedsgruß von Frau Goerdeler, deren Ehemann bereits am 2. Februar 1945 ermordet worden war. Sie und ihre Familie befanden sich mit den Familien des Generals Franz Halder, des Grafen von Stauffenberg und Ulrich von Hassell in Sippenhaft. Sein bekanntestes Gedicht und Lied „Von guten Mächten“ hatte Bonhoeffer dem letzten Brief an seine Verlobte Maria von Wedemeyer (1924–1977) zu Weihnachten 1944 als Anlage beigefügt.

Bonhoeffer wurde nach Flossenbürg transportiert, wo am 8. April ein eilends zusammengerufenes Standgericht mit SS-Standartenführer Walter Huppenkothen als Ankläger und dem SS-Richter Dr. Otto Thorbeck, der mit einem Güterzug aus Nürnberg bis Weiden und dann per Fahrrad bis Flossenbürg gereist war, diejenigen, die nach dem Willen Hitlers unter keinen Umständen überleben sollten, zum Tode verurteilte. Eine Verteidigung war nicht vorgesehen.

Die Verurteilten waren Admiral Wilhelm Canaris, General Hans Oster, Dr. Karl Sack, Theodor Strünc, Ludwig Gehre und Dietrich Bonhoeffer. In der grauen Dämmerung des Montags, 9. April, fand ihre Hinrichtung statt. Der Lagerarzt sah Bonhoeffer in der Vorbereitungszone knien und inbrünstig beten. Nach dem Kriege erinnerte er sich: „Ich habe in meiner fast 50-jährigen ärztlichen Tätigkeit kaum je einen Mann so gottergeben sterben sehen.“

Bonhoeffers letzte Worte beim Abschied in Schönberg tags zuvor waren: „Das ist das Ende – für mich der Beginn des Lebens.“

Am selben Tage wurden auch Hans von Dohnanyi im KZ Sachsenhausen und der Hitler-Attentäter Georg Elser im KZ Dachau hingerichtet. Das NS-Regime ließ niemanden davonkommen.

Der Untergang Königsbergs

Am Abend der Ermordung dieser bedeutenden Köpfe des deutschen Widerstandes gegen die nationalsozialistische Barbarei im oberpfälzischen Flossenbürg erlebten in Königsberg die Verteidiger der Ende Januar zur „Festung“ erklärten ostpreußischen Hauptstadt unter dem Kommandanten General Otto Lasch die letzten Stunden vor der Kapitulation. Erschütternde Szenen verzweifelter Menschen hatten sich in den letzten Tagen abgespielt. Zwei vor der Gauleitung und dem dortigen Treiben geflüchtete Frauen nahmen sich in einem ihnen zugewiesenen Raum das Leben. Der starke Beschuss und Bombenabwurf zerrten selbst erfahrenen alten Frontsoldaten an den Nerven.

Der Schlesier Lasch war erst Ende Januar zum Kommandanten der „Festung“ ernannt worden. Mehrfach hatte er seitdem versucht, Gauleiter Erich Koch angesichts der erdrückenden Übermacht der Roten Armee dazu zu überreden, die längst in Trümmern liegende Stadt den Russen zu übergeben, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Doch Koch lehnte jedes Mal ab.

Als am 6. April 1945 der Endkampf um Königsberg begann, standen rund 35.000 abgekämpften Wehrmachtssoldaten rund 250.000 Angreifer gegenüber, die – wie Lasch später schrieb – unter anderem über amerikanische Sherman-Panzer und sogar US-Flugzeuge verfügten, während die deutsche Luftwaffe faktisch nicht mehr existierte. Angesichts der ausweglosen Lage entschloss sich Lasch zur Aufgabe. Sein wichtigster Beweggrund war die Überlegung, dass eine Kapitulation immerhin die Chance bot, dass wenigstens ein Teil der Zivilbevölkerung und der Soldaten den Krieg überleben würde, während ein Weiterkämpfen für alle den sicheren Tod bedeutet hätte.

Die Ereignisse des 9. April stehen symbolhaft für die letzten Zuckungen eines Regimes, das sechs Jahre lang Krieg und Terror über den Kontinent gebracht hatte und nun entschlossen war, die eigene Bevölkerung mit in den Abgrund zu ziehen

Nach langen, bangen Stunden des Wartens erschien in den späten Abendstunden des 9. April als Abgesandter des Oberbefehlshabers der 3. Weißrussischen Front, Marschall Wassiljewski, ein Oberstleutnant Kerwien mit russischen Offizieren, der bevollmächtigt war, die Kapitulation nach den Bedingungen abzuschließen, die zuvor in einem russischen Flugblatt genannt worden waren. Folgendes wurde zugesichert:

1. Das Leben,
2. Ausreichende Verpflegung und eines Soldaten würdige Behandlung während der Kriegsgefangenschaft,
3. Sorge für die Verwundeten und für die Zivilbevölkerung,
4. Nach Beendigung des Krieges Rückkehr in die Heimat oder in ein Land nach Wahl.

Sippenhaft für die Familie

Später sollte sich zeigen, dass keine der Zusagen eingehalten wurde. Die Königsberger Bevölkerung erlebte Wochen und Monate einer bis dato unvorstellbaren Gewalt und auch eines erbarmungslosen Hungers. Von den bei Ausbruch des Krieges rund 370.000 Königsbergern gerieten am 9. April 1945 etwa 120.000 unter die Besatzung durch die Rote Armee. Nur wenig mehr als 20.000 von ihnen überlebten bis 1948 und wurden in den Westen evakuiert. Diese wenigen Zahlen markieren den Untergang einer großen europäischen Kulturstadt.

Otto Lasch selbst ging mit seinen Offizieren und Soldaten in die Gefangenschaft und kehrte erst im Spätherbst 1955 nach Gefängnissen und Arbeitslagern in Moskau, Leningrad, Karabas in Mittelasien, Workuta am Eismeer, Asbest im Ural und Stalingrad an der Wolga als einer der letzten Überlebenden nach Deutschland zurück. In seinem Buch „So fiel Königsberg“ schrieb er, dass das schon „den weitaus größten Teil unserer unschuldigen Kameraden bereits die Erde des weiten russischen Landes deckte.“

Der ganze Zynismus des NS-Regimes zeigte sich freilich darin, dass Lasch – der zuvor von der politischen und militärischen Führung in Berlin vollkommen im Stich gelassen worden war – im Anschluss an die Kapitulation von Hitler degradiert und zum Tode verurteilt wurde. Seine Frau und die beiden Töchter kamen in Sippenhaft.

Die Lehren eines Tages

Diese historischen Vorgänge des 9. April 1945 – die Aufrechterhaltung der Verfolgungs- und Tötungsmaschinerie des nationalsozialistischen Terrorstaates bis in den Untergang hinein, bis zur Ermordung der prominenten Angehörigen des Widerstands im KZ Flossenbürg, sowie die Aufopferung von tapfer kämpfenden Soldaten und einer gedemütigten Zivilbevölkerung in einem aussichtslosen Kampf gegen einen übermächtigen Gegner, der unter Missachtung der von ihm selbst gestellten Bedingungen gnadenlos seinen Sieg auskostete – diese beiden Ereignisfolgen lassen wie in einem Brennglas die diabolische Essenz des Zusammenbruchs der verbrecherischsten deutschen Diktatur transparent werden.

Während jedoch Königsberg bis heute als Kaliningrad ein entfremdetes Leben fristen muss, wuchs aus dem Martyrium Dietrich Bonhoeffers in Flossenbürg ein Geist des Trostes und der Zuversicht ans Licht, der bis in die Osterzeit des Jahres 2020 seine Strahlkraft nicht verloren hat.

● Klaus Weigelt ist Vorsitzender der Stadtgemeinschaft Königsberg e.V. Zuletzt erschien von ihm „Im Schatten Europas. Ostdeutsche Kultur zwischen Duldung und Vergessen“ (Westkreuz-Verlag 2019). www.stadtgemeinschaft-koenigsberg.de

● MELDUNGEN

Neue Härten für Vermieter

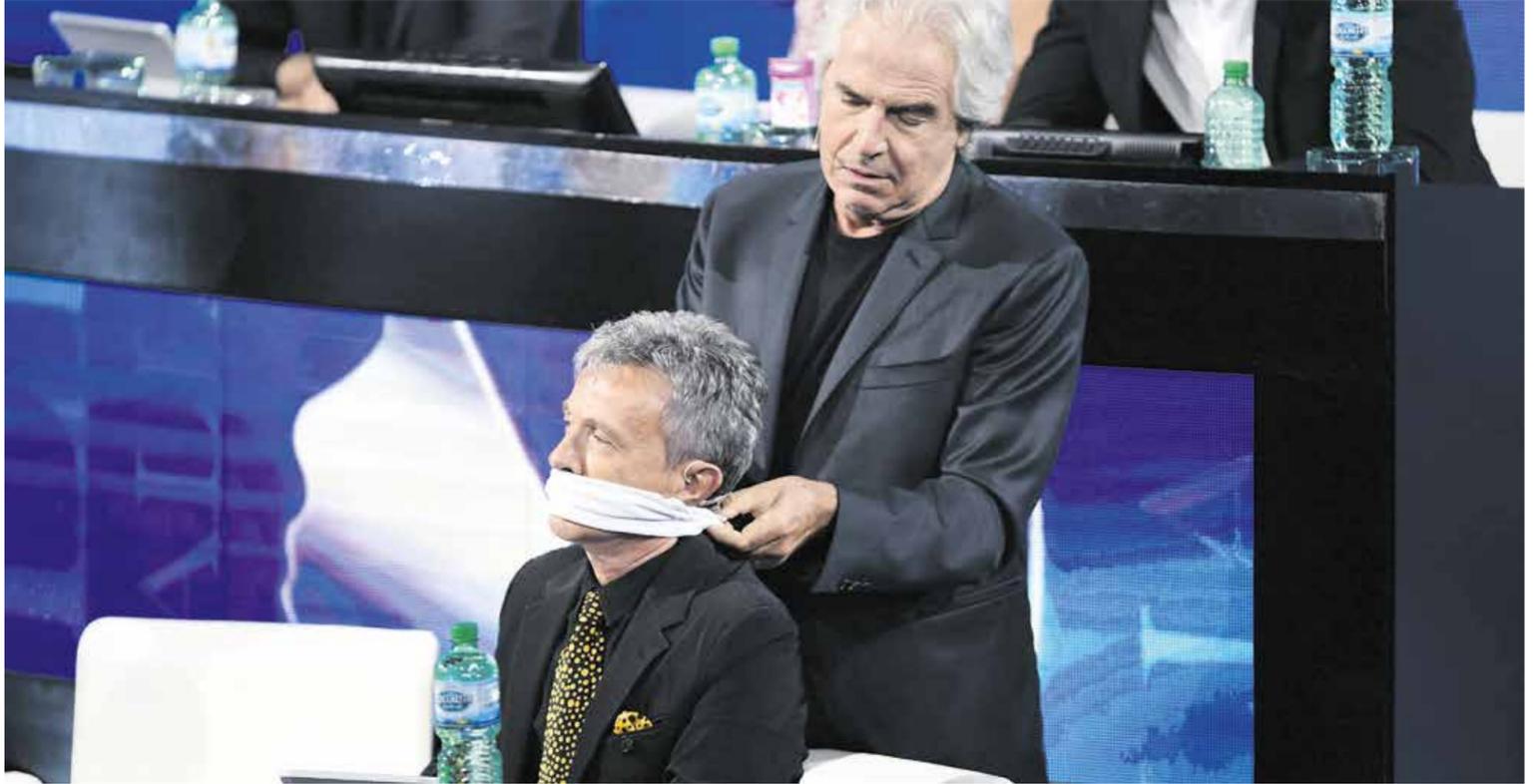
Berlin – Nachdem in der deutschen Hauptstadt zum 23. Februar das Gesetz zur Deckelung der Mieten in Kraft getreten ist, müssen sich Wohnungsvermieter auf weitere Belastungen durch Mietausfälle einstellen. Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur Corona-Krise sieht nämlich auch Ausnahmeregelungen für Mieter vor. Unter anderem wurde das Kündigungsrecht der Vermieter für drei Monate eingeschränkt. Laufen zwischen dem 1. April und dem 30. Juni 2020 Mietschulden für Wohn- oder Gewerberäume auf, darf der Vermieter nicht kündigen. Für Mieter, die aufgrund fehlender Umsätze oder geringerer Einkommen ihre Miete nicht bezahlen können, sieht das Maßnahmenpaket die Möglichkeit einer Stundung vor. Der Verband Haus und Grund Berlin und der Berliner Mieterverein haben sich unterdessen für einen Hilfsfonds zur Tilgung von Mietschulden ausgesprochen. Der Fonds soll mit Mitteln der öffentlichen Hand ausgestattet werden.

N.H.

Luft wird nicht besser

Berlin – Obwohl seit Mitte März im Zuge der Corona-Krise der Auto-Verkehr in der Hauptstadt wesentlich zurückgegangen ist, hat die Konzentration an Feinstaub und Stickstoffoxiden zu- statt abgenommen, wie zu erwarten gewesen wäre, sollten tatsächlich Dieselabgase zur Erhöhung der Schadstoffkonzentration führen. An den Messstellen Leipziger Straße in Berlin-Mitte und Silbersteinstraße in Neukölln war die gemessene Feinstaubbelastung sogar höher als im März 2019. Zur Erklärung hieß es, Ursache für die Feinstaubbelastung über die Tagesgrenzwerte hinaus sei der Wind, der die Partikel in die Stadt getragen, dann nachgelassen und die Schadstoffe nicht weiter in der Stadt verteilt habe. Die Umweltverwaltung teilte mit, dass die Experten Daten von mehreren Monaten zum Vergleich heranziehen müssten, um den Einfluss der Corona-Beschränkungen beurteilen zu können. Ein ähnliches Phänomen war in Stuttgart an der verkehrs- und schadstoffreichen Kreuzung „Neckartor“ zu beobachten. Auch dort blieben trotz niedrigeren Verkehrsaufkommens die Stickstoffoxidwerte gleich, die Feinstaubwerte stiegen.

MRK



Mundschutz für den politischen Gegner: Der italienische Politikaspektor Tullio Solenghi (r.) schmähte die Deutschen als „kaltherzig“ in Corona-Zeiten Foto: imago/Matteo Gribaudo

CORONABONDS

Das Virus als Schuldensfresser

Ein altes Schreckgespenst taucht wieder auf: die gemeinschaftliche Schuldenhaftung für Italien und Spanien

VON PETER ENTINGER

Als Komiker kann man in Italien politische Karriere machen. Beppe Grillo, Gründer der Fünf Sterne-Bewegung, ist das beste Beispiel. Seine Partei stellt derzeit mit Giuseppe Conte den Ministerpräsidenten. Das Land ist von der Corona-Pandemie besonders betroffen. Viele Probleme sind dabei hausgemacht. Doch die Zeche sollen andere bezahlen, am besten die Deutschen.

Während Conte eher diplomatisch um europäische Solidarität kämpft, packte ein anderer schwere Geschütze aus. Der in Italien sehr prominente Komiker und Schauspieler Tullio Solenghi beschimpft in einem Video die EU und Deutschland. Der 72-Jährige wirft den Deutschen vor, „arrogant“ und „kaltherzig“ zu handeln, indem sie Italien in der Corona-Krise im Stich ließen. Er erwähnt die NS-Geschichte Deutschlands – und zeigt vor diesem Hintergrund kein Verständnis für die Haltung Berlins. Das Video wurde mehrere hunderttausend Mal angeklickt.

Und auch Giorgia Meloni, Vorsitzende der Rechtspartei Brüder Italiens, legte nach. Deutschland treibe Italien absicht-

lich in den Ruin, um die wertvollen italienischen Unternehmen entern zu können. Die EU sei ein Projekt, das Deutschland zur Alleinherrschaft auf dem Kontinent verhelfen solle.

Schon zu Zeiten der Euro-Krise wurde vor allem von den Südländern eine Vergemeinschaftung der europäischen Schulden gefordert. Eurobonds nannte man die geplanten Anleihen damals. Heute werden sie euphemistisch Coronabonds genannt. Sie kämen den südeuropäischen Ländern zugute, deren Schulden bedrohlich wachsen. Die Bundesrepublik würde ihre momentane Stabilität an Länder wie Spanien und Italien verleihen, die damit wieder billiger an neue Kredite kämen.

Derzeit bereitet die EU-Kommission zusammen mit anderen Institutionen wie der Europäischen Zentralbank einen „Aktionsplan für eine umfassende wirtschaftliche Erholung und beispiellose Investitionen“ vor. „Da soll ein alter Zombie wiederbelebt werden, er hieß früher Eurobonds“, kritisiert Markus Ferber, Finanzexperte der CSU im EU-Parlament gegenüber dem „Focus“. Dabei betont er, dass jeder Entscheidung in Richtung Eurobonds der Bundestag und andere Nationalparlamente zustimmen müssten. Da-

her ist es fraglich, ob die Coronabonds kommen, da auch andere Länder Vorbehalte hegen.

Da sich die Staats- und Regierungschefs der EU bislang nicht einigen konnten, sollen die Finanzminister der 19 Euro-Länder Vorschläge erarbeiten. Der Druck auf die sparsameren EU-Länder wächst dabei. Neben der Bundesrepublik sperren sich bislang vor allem Österreich, Finnland und die Niederlande gegen die Corona-Bonds. Der niederländische Finanzminister Wopke Hoekstra räumte indes zuletzt Fehler in der Debatte über

Corona-Hilfen ein. Einige seiner Bemerkungen hätten eine „zu geringe Anteilnahme“ für die besonders betroffenen Länder gezeigt, sagte er.

Zuvor hatte Hoekstra erklärt, seine Regierung sehe keine Notwendigkeit, Staaten, die schlecht gewirtschaftet hätten, aus der Klemme zu helfen. In Italien haben mehrere Bürgermeister nun Zeitungsanzeigen geschaltet und darauf hingewiesen, dass Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Schulden in Milliarden-Höhe erlassen worden seien.

Ähnliche Stimmen sind aus Spanien zu hören. Und auch in der Bundesrepublik gibt es Sympathien für gemeinschaftliche Schuldenhaftung. SPD-Chef Norbert Walter-Borjans ist einer der Wortführer. „Ich bin sehr dafür“, sagte er im Deutschlandfunk. „Dass die Coronabonds am Ende aus meiner persönlichen Sicht und vieler anderer auch gerade in der Sozialdemokratie der richtigere Weg wären, bleibt unbestritten.“

Ähnliche Wortmeldungen kamen aus den Reihen der Grünen. Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Olaf Scholz widersprachen prompt. Doch auch ihr Widerstand könnte bröckeln, sollte der Druck noch größer werden.

„Da soll ein alter
Zombie
wiederbelebt
werden, er hieß
früher Eurobonds“

Markus Ferber
Finanzexperte der CSU im
EU-Parlament

THOMAS SCHÄFER

Unehrenhafte Geschäfte eines Ehrenmanns?

Ein wunderlicher Todesfall in Zeiten von Corona – Mutmaßungen über den Suizid des hessischen Finanzministers Thomas Schäfer

Am 28. März ist an den Bahngleisen der ICE-Strecke bei Hochheim die Leiche des hessischen Finanzministers Thomas Schäfer gefunden worden. Polizei und Staatsanwaltschaft gehen von einem Suizid des CDU-Politikers aus. Weit über die Landesgrenzen hinaus hat der Tod des 54-Jährigen Ratlosigkeit ausgelöst: Innerhalb der hessischen CDU galt Schäfer als potenzieller Nachfolger von Ministerpräsident Volker Bouffier. Auch im Kreis von Kollegen hatte Schäfer als mehrfacher Vorsitzender der Finanzministerkonferenz einen guten Ruf als Fachmann.

Bouffier sagte nach dem Tod Schäfers, er müsse davon ausgehen, dass dieser sich

große Sorgen wegen der Corona-Krise gemacht habe: „Ich muss davon ausgehen, dass ihn diese Sorgen erdrückt haben.“

Nur wenige Tage vor seinem Tod hatte Schäfer einen milliardenschweren Nachtragshaushalt auf den Weg gebracht. Dabei warnte er im Landtag eindringlich vor den Folgen der Corona-Krise und sprach von einer Jahrhundertaufgabe: „Fünf Milliarden Steuer-Ausfälle in diesem Jahr allein in Hessen – neben zwei Milliarden zusätzlicher Ausgaben allein akut: Wir werden ein Delta haben, das wird aus heutiger Sicht irrsinnig sein.“

Allerdings sind auch Vermutungen aufgetaucht, der Entschluss zum Suizid

könnte andere Hintergründe haben. Bereits im Jahr 2018 berichtet die „Welt“ etwa über Finanzderivate-Geschäfte, die in der Amtszeit Schäfers abgeschlossen wurden. Dabei sicherte das Land Hessen Kredite im Wert von 6,5 Milliarden Euro über Zinswetten ab. Das Finanzministerium ging dabei von steigenden Zinsen aus.

Hessischer Parteispandensandal?

Mit der Nullzinspolitik der EZB verwandelte sich die Zinswette jedoch in eine ebenso teure wie nutzlose Versicherung ohne Kündigungsmöglichkeit. Für das Jahr 2017 wurden die Derivatgeschäfte beispielsweise mit einem negativen

Marktwert von 4,2 Milliarden Euro bilanziert. Allerdings steht Hessen mit seiner fehlgeschlagenen Zinswette nicht allein. Viele deutsche Kommunen und Bundesländer haben sich schon an riskanten Finanzgeschäften die Finger verbrannt.

Zudem ist es bereits mehr als anderthalb Jahre her, dass Thomas Schäfer wegen den Zinsgeschäften unter scharfer Kritik stand. Sehr viel jüngeren Datums ist dagegen ein Bericht des „Spiegel“, in dem es um den Verdacht nicht deklarierter Parteispenden zugunsten der CDU Hessen ging. Das Hamburger Magazin berichtete am 20. Februar, der hessischen CDU würden wegen lückenhafter Re-

chenschaftsberichte erhebliche Strafzahlungen drohen.

Dabei soll es um Vorgänge um die Nutzung einer Immobilie im CDU-Kreisverband Marburg-Biedenkopf, Schäfers Heimatverband, gehen. Laut dem Bericht konnte der Kreisverband der Partei eine Gründerzeitvilla mindestens seit 1996 mietfrei nutzen und musste nur für die Instandhaltungskosten aufkommen. In der Villa befand sich auch Schäfers Wahlkreisbüro. Treffen die Vorwürfe zu, dann hat die CDU über die Jahre mehrere Hunderttausende Euro gespart, die eigentlich wie eine Parteispende behandelt werden müssten.

Norman Hanert

CORONA-KRISE

Ärzte kritisieren den Senat scharf

„Kein Interesse an planvollem Vorgehen“: Vizechef der Kassenärzte gibt Rot-Rot-Grün vernichtende Noten

VON NORMAN HANERT

Im Rekordtempo bauen Krankenhäuser in ganz Deutschland derzeit ihre Kapazitäten auf den Intensivstationen aus. Wie das Beispiel Berlins zeigt, haben sich im deutschen Gesundheitssystem aber über Jahre Probleme angestaut, die sich kurzfristig kaum lösen lassen.

Im Kampf gegen die Corona-Pandemie kann das deutsche Gesundheitssystem auf eine Trumpfkarte zurückgreifen, um die es ein Großteil der Welt derzeit beneidet. Im Vergleich mit anderen großen Wirtschaftsnationen fällt die Bundesrepublik nämlich durch eine hohe Versorgungsdichte mit Krankenhausbetten und insbesondere durch eine hohe Zahl von Betten in Intensivstationen auf. Laut dem Bericht „Beyond Containment: Health systems responses to COVID-19“ der Industrieländerorganisation OECD kommen hierzulande auf 100000 Einwohner im Schnitt 33,9 Intensivbetten.

Ähnlich gut ist die Infrastruktur in Österreich mit 28,9 Intensivbetten je 100000 Einwohnern und in den USA (25,8). Deutlich schlechter sind Spanien (9,7) und Italien (8,6) aufgestellt. Mittlerweile haben nach Angaben des Chefs der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Gerald Gaß, die Kliniken in Deutschland die Zahl der Intensivbetten nochmals erhöht. Zur Verfügung stehen nun rund 40000 Intensivbetten, etwa 30000 dieser Betten sind mit Beatmungsgeräten ausgerüstet.

Deutschland wird beneidet

Berlin peilt innerhalb weniger Wochen sogar eine Verdoppelung seiner Kapazitäten zur Intensivbehandlung an. Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci kündigte am 2. April an, dass bis Ende des Monats die Zahl der Intensivbetten in der Stadt auf 2200 aufgestockt werden soll. Nach Angaben der SPD-Politikerin standen vor der Corona-Krise in der deutschen Hauptstadt 1045 Betten mit Beatmungsgeräten zur Verfügung.

Ebenfalls im Laufe des April will der Senat auf dem Berliner Messegelände noch ein Corona-Behandlungszentrum errichten, das Covid-19-Patienten mit einem leichteren Krankheitsverlauf aufnehmen soll. Laut der Ankündigung von Senatorin Kalayci soll in der Messehalle 26 ein Mix aus „Krankenhaus und Feldlaza-



„Implosion des Gesundheitswesens“ droht: Berlins Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci (SPD) und Projektleiter Albrecht Broemme auf der Baustelle des provisorischen „Corona-Behandlungszentrums“ in der Halle 26 der Messe Berlin

Foto: pa

rett“ entstehen. Mit Blick auf diesen Plan warnte Berlins Krankenhausgesellschaft, für das Corona-Behandlungszentrum aus den anderen Kliniken dringend nötiges Personal abziehen. Tatsächlich fehlt an vielen Berliner Krankenhäusern bereits seit Jahren Pflegepersonal. Dieser lang bekannte Missstand verschärft sich nun: Bundesweit mehren sich die Fälle, bei denen medizinisches Personal selbst an der Lungenkrankheit Covid-19 erkrankt.

Der Ausfall osteuropäischer Mediziner und Pfleger durch Quarantäne-Regelungen in Polen und Tschechien verschärft den Personalmangel zusätzlich. Vor diesem Hintergrund will die Gesundheitsverwaltung für das Behandlungszentrum auf Ärzte zurückgreifen, die sich entweder im Ruhestand, in Teilzeit oder in Weiterbildung befinden. Zudem setzen die Verantwortlichen auch auf Berufsanfänger und auf Personal aus Arztpraxen, die schließen mussten. Normalerweise

verfügt Berlin über rund 6500 Praxen. Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Berlin waren davon Anfang des Monats 86 geschlossen, 255 Berliner Arztpraxen mussten wegen fehlender Schutzausrüstung oder Quarantänemaßnahmen ihren Betrieb einschränken.

Gefahr durch fehlenden Schutz

Die Kassenärztliche Vereinigung warnt inzwischen vor weiteren Schließungen. Burkhard Ruppert, der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der KV Berlin, sagte, die niedergelassenen Ärzte müssten sich, ihre Mitarbeiter und noch nicht infizierte Patienten schützen. Ohne Schutzausrüstung könne die medizinische Grundversorgung nicht mehr aufrechterhalten werden, so dass eine Implosion des Gesundheitssystems drohe. Ruppert erinnert zudem daran, dass die Bevorratung von Schutzausrüstung in großen Mengen keine Aufgabe der Kassenärztlichen Ver-

einigung sei. „Laut Aufgabenverteilung im Katastrophenschutz ist das ganz eindeutig Sache der Bundesländer“, so Ruppert. Die fehlende Vorsorge durch das Land Berlin zwingt die KV inzwischen zur Schadensbegrenzung: Damit Dialysepraxen, Lungenfachärzte und Hausärzte ihren Betrieb weiter aufrechterhalten können, kümmert sich die Vereinigung seit Wochen selbst um die Beschaffung von Schutzausrüstung.

Die KV Berlin kritisiert zudem, dass noch im Januar medizinische Schutzkleidung aus Deutschland exportiert worden sei. Auch dem aktuellen Agieren des rot-rot-grünen Senats in der Corona-Krise stellte der Vertreter der niedergelassenen Ärzte kein gutes Zeugnis aus. Gegenüber der „Berliner Zeitung“ sagte Ruppert: „Wir sind leider weiterhin mehr als besorgt über das Desinteresse des Senats. Es gibt kein erkennbares Interesse an planvollem Vorgehen.“

BERLIN

Grüne wollen Asylsucher von Lesbos holen

Justizsenator Behrendt fordert, zunächst 300 Minderjährige per Flugzeug an die Spree zu bringen

Berlins Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) will bis zu 1500 minderjährige Asylsucher von der griechischen Insel Lesbos nach Berlin holen. Dass dies gar nicht in seine Zuständigkeit fällt, stört ihn dabei nicht. Für die Einreise von Ausländern nach Deutschland gilt die Zuständigkeit des Bundesinnenministers Horst Seehofer (CSU).

Hilfsweise wäre vielleicht noch die Zuständigkeit des Berliner Innensenators Andreas Geisel (SPD) gegeben. Behrendt droht, Berlin werde notfalls „eigene Schritte gehen“ und die 1500 Immigranten aus griechischen Lagern aufnehmen. „Dass die Menschen auf Lesbos bei Regen und Kälte in provisorischen Zelten hausen, das ist unwürdig für die Europäische Union.“

Die Geisel unterstehende Innenverwaltung scheint indes nicht der Meinung zu sein, dass Berlin gegen den Willen des Bundes „Flüchtlinge“ nach Berlin holen kann. Aus Geisels Behörde heißt es, „nach dem ausdrücklichen Wortlaut des Gesetzes“ sei das „Einvernehmen des BMI“, also des Bundesministeriums des Innern, Voraussetzung für eine solche Aufnahme. Mittlerweile hat sogar Vizebürgermeister Klaus Lederer (Linkspartei) dem Vorstoß des Justizsenators widersprochen.

Widerspruch aus der Linkspartei

Zuvor hatte der grüne EU-Abgeordnete Erik Marquardt ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, nach dem auch gegen den Willen des Bundesinnenministers

„Flüchtlinge“ ins Land geschafft werden könnten. Daraufhin forderte der Berliner Flüchtlingsrat: „Wir erwarten vom Senat, dass er diese Möglichkeit intensiv prüft und gegenüber dem Bund durchsetzt.“ Behrendt zeigt sich unbeirrt: „Jeder einzelne Mensch, den wir dort rausholen, ist wichtig und richtig. Wir sollten mit einem Flugzeug anfangen, das wären dann etwa 300 Menschen.“

Der Flüchtlingsrat fordert den Berliner Senat auf, auch in Sachen Familienzusammenführung das Recht zu brechen. Um ein Familienmitglied nach Berlin holen zu können, müssen bisher hier lebende Angehörige ein Nettoeinkommen von mindestens 2300 Euro im Monat nachweisen. Der Flüchtlingsrat: „Wenn man die viel zu hohen Einkommensvoraussetzungen für

das Programm absenken würde, könnten sehr viel mehr Menschen diese Möglichkeit der sicheren Einreise nutzen. Der gefährliche Weg über das Meer und die griechischen Elendslager blieben ihnen erspart.“

Auch Innenbehörde dagegen

Bisher lehnte die Senatsinnenverwaltung dies aber ab: „Dieser Voraussetzung hat der Bundesgesetzgeber eine Bedeutung von grundlegendem staatlichem Interesse beigemessen.“ In Berlin können außer Verwandten auch Dritte eine Verpflichtungserklärung abgeben, „die den Lebensunterhalt und den Wohnraum abdeckt“. Weitere Absenkungen der Voraussetzungen beabsichtigt der Senat nicht einzuführen.

Frank Bücker

KOLUMNE

Gesetze? Egal!

VON THEO MAASS

Trotz Coronakrise fordern Einwanderungslobbyisten Sonderrechte für ihr Projekt der möglichst unbegrenzten Immigration nach Deutschland. „Aktivisten“ reklamieren in Berlin trotz Versammlungsverbot das Recht, für ihre Sache zu demonstrieren. Eine Handvoll Demonstranten war am vergangenen Sonntagmittag, Punkt 12 Uhr, vor dem Brandenburger Tor zusammengekommen und hielt Parolen wie „Open the borders“ und „Wir hinterlassen Spuren – Leave No One Behind“ auf Schildern hoch.

Angeblieh haben die „Seebrücke“ und „Fridays for Future“ diese Aktion unterstützt, die auch in anderen Städten stattfand. Die Demonstranten legten Schuhe am Versammlungsort ab und entfernten sich dann.

Die Veranstalter hatten vor den jeweiligen Verwaltungsgerichten gegen das Verbot ihrer Kundgebung geklagt – und verloren. Vereinzelt gelang es Polizisten, die „Aktivisten“ zu stellen, ihre Personalien festzustellen und entsprechende Anzeigen zu schreiben. Eine zweistellige Zahl von Protestlern wurde polizeilich überprüft, die Schuhe und Schilder wanderten in große Müllsäcke der Polizei.

Alina Lyapina vom Veriein „Seebrücke“, der Transporte illegaler Einwanderer über das Mittelmeer durchführt, nannte die Auflösung des Protests „Schikane“. Abgesehen davon, dass hier deutlich wird, was die selbsternannten Menschenfreunde von der Einhaltung von Gesetzen halten, haben die „Aktivisten“ in Kauf genommen, dass die im Einsatz befindlichen Polizisten von ihnen mit dem Coronavirus infiziert werden. Das ist schlicht und ergreifend Körperverletzung.

Nachdem ein Prominenter wie der frühere Fußballnationalspieler Jérôme Boateng wegen Verstoßes gegen die Restriktionsvorschriften zu einer saftigen Geldbuße verdonnert wurde, darf es für die „Schuhaktivisten“ keine Sonderrechte geben.

MELDUNG

Großes Mauerstück abgerissen

Berlin – Im Bezirk Pankow ist eines der größten noch erhaltenen Mauerstücke abgerissen worden. Bei dem Abschnitt hat es sich um Teile der sogenannten Hinterlandmauer gehandelt, die zu DDR-Zeiten entlang des Bahndamms der Strecke Berlin-Stettin verlief. Von der Betonwand an der Dolomitenstraße, Ecke Maximilianstraße, sind nach dem Abriss nur noch zehn Meter erhalten, 60 Meter der originalen Mauer wurden komplett abgeräumt. Die Mauer stand auf einem Grundstück, auf dem eine Genossenschaft Wohnungen bauen will. Nach Angaben der Stiftung Berliner Mauer lagen über die Absicht zum Abriss keine Informationen vor. Obwohl in Berlin insgesamt nur noch etwa 2500 Meter der Mauer existieren, stand das in Pankow erhalten gebliebene Teilstück nicht unter Denkmalschutz. Manfred Wichmann, der Kurator der Stiftung, will gemeinsam mit dem Landesdenkmalamt nun erreichen, dass der Rest der Hinterlandmauer unter Denkmalschutz gestellt wird.

N.H.

● MELDUNGEN

Hamsterkäufe bei Drogen

London – In einem Beitrag über Auswirkungen der Corona-Quarantänemaßnahmen in Großbritannien berichtet die Zeitung „The Guardian“ über Panikkäufe auf dem illegalen Drogenmarkt. Zitiert wird in dem Artikel ein Drogenhändler aus Nordengland, der von einer starken Nachfrage nach Cannabis und massiv angezogenen Kokainpreisen spricht. Auch aus den Niederlanden wurden Hamsterkäufe bei Drogen gemeldet. Nachdem der niederländische Gesundheitsminister Bruno Bruins Mitte März in einer Pressekonferenz die Schließung von Schulen, Bars und anderen Geschäften angekündigt hatte, bildeten sich vor Coffeeshops, in denen legal Marihuana verkauft wird, lange Menschenreihen. Aus Sorge vor einem Aufblühen eines Schwarzmarktes hat Bruins inzwischen entschieden, dass die niederländischen Coffeeshops zwar ihren Ladenbereich geschlossen halten müssen, aber durch Fenster oder Türen weiterhin Cannabis verkaufen dürfen. N.H.

Finnen horten Schutzmasken

Berlin – Anders als in Deutschland herrscht in Finnland kein Mangel an Atemschutzmasken. Das skandinavische Land bereitet sich seit den 1950er Jahren auf mögliche Krisenfälle wie Pandemien vor und hat nach einem Bericht der „New York Times“ zu diesem Zweck im ganzen Land geheime Lager mit Schutzausrüstung angelegt. Dazu zählen neben Gesichtsmasken auch Handschuhe und Schutzanzüge sowie Getreide, Treibstoff und weitere Rohstoffe. Auch wenn das in den Lagern der Nationalen Notfallversorgungsbehörde gehortete Schutzmaterial teilweise veraltet ist, erfüllt es nach Angaben des Behördenchefs Tomi Lounema seinen Zweck. Nachdem die Zahl der Covid-19-Erkrankten auch in Finnland rasant angestiegen ist, ließ er das Material jetzt massenhaft an die Krankenhäuser verteilen. Die Notfalllager wurden im Kalten Krieg angelegt, als Finnland ein potenzieller Angriffsgegner der Sowjetunion war. tws

Hilfe von Sanktionierten

Moskau/New York – Russland macht während der Corona-Krise mit humanitären Hilfslieferungen an seinen schärfsten Widersacher USA auf sich aufmerksam. Erst vergangene Woche brachte das größte russische Frachtflugzeug 60 Tonnen Masken sowie medizinische Ausrüstung wie Beatmungsgeräte nach New York. Wie nun bekannt wurde, verstößt die humanitäre Hilfe teilweise gegen US-Sanktionen, denn die gelieferten Beatmungsgeräte werden von einer Firma hergestellt, die zum Staatskonzern Rostec gehört, der auf der Sanktionsliste steht. Für den Handel mit diesem Unternehmen ist eigentlich eine Sondergenehmigung notwendig. Die US-Regierung beteuert, dass sie für die gelieferten Hilfsmittel bezahlt habe, während Russland nur bestätigte, dass die medizinische Hilfe teils von Washington, teils aus einem staatlichen Fonds bezahlt worden sei. MRK



Insbesondere Österreichs bedeutende Tourismusbranche ist von Corona schwer getroffen: Einsame Frau mit Atemmaske vor dem geschlossenen Schloss Schönbrunn, einer der traditionell beliebtesten Sehenswürdigkeiten der Alpenrepublik
Foto: ddp images

CORONA IN ÖSTERREICH

Höchste Arbeitslosigkeit seit 1945

Innerhalb nur eines Monats erhöhte sich die Quote um mehr als die Hälfte von 8,1 auf 12,2 Prozent

VON MICHAEL LINK

Wenige Stunden nach einer Meldung, wonach erstmals mehr als 10000 mit dem Coronavirus Infizierte in Österreich registriert waren, verkündete die schwarz-grüne Regierung neue, verschärfte Maßnahmen im Kampf gegen die Krankheit. Dazu zählten die landesweite Verpflichtung zum Tragen von Atemschutzmasken in Supermärkten. An den Eingängen der Märkte positionierte Sicherheitskräfte sollten die Einhaltung der Vorschriften sicherstellen.

Bundeskanzler Sebastian Kurz von der Österreichischen Volkspartei kündigte Stichprobentests bei potenziellen Superverbreitern (Superspreadern) an, also bei Personen, die im Falle einer Infizierung das Virus an überdurchschnittlich viele Mitmenschen weiterzugeben drohen. Das sind vor allem Beschäftigte im Gesundheitswesen. Zudem sollen jene Menschen, bei denen im Fall einer Infektion ein besonders hohes Risiko für ihr Leben besteht, identifiziert werden.

Ein Problem ist allerdings, dass Gesichtsmasken sowie Schutzkleidung und -masken knapp sind und sich wichtige

Produktionsstätten in Asien befinden. Laut dem Gesundheitsministerium werden grundsätzlich „sämtliche verfügbaren Beschaffungskanäle ausgeschöpft. Sowohl inländische als auch ausländische.“ Der Fokus soll dabei auf Unternehmen mit Erfahrung in der Produktion von Medizinprodukten gelegt werden. Österreichische Firmen, die wegen des Coronavirus die Produktion ihres üblichen Sortiments drosseln oder gar einstellen mussten, haben bereits auf die Herstellung des knappen Gutes umgestellt.

562522 Personen ohne Stelle

Bildungsminister Heinz Faßmann kann sich einen Mundschutz auch im Schulunterricht vorstellen. „Mund-Nasenschutz ist eine Maßnahme, die bringt etwas beim Unterbrechen der Infektionskette, ich kann mir so etwas durchaus in der Schule vorstellen“, sagte der ÖVP-Politiker gegenüber „Krone.tv“.

Wann die Schulen wieder geöffnet werden, ist noch ebenso unklar wie, wann und in welcher Form wieder Abiturprüfungen stattfinden können. Es gebe zwar, so Faßmann, bereits Überlegungen, die Schulen schrittweise wieder zu öffnen, doch brauche es dafür Begleitmaßnahmen

wie eine „Entdichtung“, um Infektionsketten nicht zu fördern. „Wir müssen überlegen: Müssen alle Schüler immer gleichzeitig in der Schule sein in dieser Übergangsphase?“, so der Bildungsminister. Opposition, Schülerversammlung, Arbeiterkammer und Industriellenvereinigung fordern indessen mehr Klarheit darüber, wie lange die Schließung der Schulen noch dauern wird.

Neben den Schulen bleiben auch viele Betriebe, vor allem im Gastgewerbe und Tourismus, geschlossen. In der Folge stieg die Arbeitslosigkeit mit Monatsbeginn auf ein historisches Hoch. Erstmals seit 1945 waren mehr als eine halbe Million Menschen ohne Arbeit. Der Anstieg auf 562522 Personen – Arbeitslose und Schulungsteilnehmer zusammengerechnet –

bedeutete einen Anstieg von über 52 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition stieg von Februar auf März um 4,1 Punkte auf 12,2 Prozent. Den deutlich größten Anstieg gab es in der Tourismusbranche, wo die Saison Mitte vergangenen Monats mit den Schließungen der Betriebe beendet wurde, gefolgt von der Bauwirtschaft.

Das Krisenmanagement der Regierung stößt bei den Vertretern der drei Oppositionsparteien zunehmend auf Kritik. Bedenken löste in allen drei Parteien Bundeskanzler Kurz' Andeutung aus, dass seines Erachtens der Staat den Zugriff auf Mobiltelefonaten, etwa zum Verfolgen von Verdachtsfällen und positiv Getesteten, erhalten soll. Der Bundesparteiobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs, Norbert Hofer, fordert wie die liberale Partei NEOS mehr Corona-Tests.

Ein weiterer gemeinsamer Kritikpunkt der Oppositionsparteien ist ihre ihrer Ansicht nach mangelnde Beteiligung an den Beschlüssen der Bundesregierung. „Mehr Einbindung der Opposition ist dringend notwendig“, so die Bundesparteiobmann der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, Pamela Rendi-Wagner.

„Mehr Einbindung der Opposition ist dringend notwendig“

Pamela Rendi-Wagner
Bundesparteiobmann der SPÖ

CORONA IN ITALIEN

Zu den Profiteuren zählt nicht zuletzt die Mafia

Wie die „ehrenwerte Gesellschaft“ Nutzen aus der Pandemie zieht

Die Mafia kann hoffen, gestärkt aus der Corona-Krise hervorzugehen. Zwar liegen das Geschäft mit Drogen und die Prostitution gegenwärtig fast vollkommen darnieder, aber dafür floriert nicht nur der Schwarzhandel mit Schutzmasken und -anzügen sowie Desinfektionsmitteln – teilweise auf dem Umweg über die Türkei oder Kasachstan. Die Mafia investierte in den letzten Jahren eifrig in Firmen der Reinigungs- und Desinfektionsbranche sowie der Abfallentsorgung – auch und gerade im Klinikbereich. Desgleichen steckt viel Mafia-Geld in den jetzt ebenfalls stark beschäftigten Bestattungsunternehmen sowie den Logistikdienstleistern,

die lebensnotwendige Güter transportieren. Außerdem nimmt nun so mancher Betriebsinhaber, dem das Wasser bis zum Hals steht, ein Darlehen bei der „ehrenwerten Gesellschaft“ auf. Deshalb wird Letztere die italienische Wirtschaft künftig noch stärker infiltrieren als jetzt schon.

Professor fordert Zusammenarbeit

Ebenso kommt der Mafia zugute, dass die Pandemie den Kampf gegen das organisierte Verbrechen erschwert. Corona lähmt das Justizwesen, und die Polizei ist anderweitig beansprucht. Auch sah sich der italienische Staat gezwungen, über 2500 Strafgefangene aus den überfüllten

Haftanstalten zu entlassen, um das Infektionsrisiko dort zu verringern. Davon profitierten auch viele Insassen mit Mafia-Hintergrund.

Vor und nach der Verhängung der Ausgangssperren in Norditalien haben viele aus dem Landessüden stammende Menschen die anfangs noch nicht strikt abgegrenzten Städte und Dörfer der Lombardei sowie der Emilia-Romagna und des Piemont verlassen, um in ihre Heimatorte zu fliehen. Das veranlasste den Politologieprofessor an der Universität von Perugia, Alessandro Campi, zu einem verzweifelten Aufruf via Facebook an sämtliche Mafia-Organisationen, sie sollten „in den

riesigen Gebieten, die sie kontrollieren, ... all ihren Landsleuten, die plötzlich aus ... der roten Zone zurückgekehrt sind, die obligatorische Quarantäne auferlegen“.

Darüber hinaus forderte Campi die Behörden auf, mit der Mafia zu kooperieren, „wenn sie nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft die Einhaltung dieser elementaren Vorsichtsmaßnahme zu gewährleisten“. Der Vorschlag des Professors stieß auf heftige Proteste, aber Italien steckt derart fest im Würgegriff des Coronavirus, dass keineswegs auszuschließen ist, dass der Staat am Ende auch nach diesem Strohalm greift, um anarchische Zustände zu verhindern. Wolfgang Kaufmann

VON WOLFGANG KAUFMANN

Deutschland galt einmal als die „Apotheke der Welt“. Die hiesigen Pharma-Firmen Merck, Boehringer, Schering, Bayer und Hoechst waren unangefochten globale Marktführer. Aber damit ist es nun schon seit geraumer Zeit vorbei. Während der letzten Jahre stieg die Produktion von Arzneimitteln in Indien und China unablässig an, wohingegen der Ausstoß der Pharmawerke in der Bundesrepublik genauso kontinuierlich zurückging. Dadurch mutierte Indien quasi zur „Apotheke Deutschlands“.

Aus dem asiatischen Staat kommt inzwischen ein erheblicher Teil der bei uns eingesetzten Krebsmedikamente, Narkose- und Schmerzmittel, Blutdrucktabletten, Virostatika und Antibiotika. Rund 20000 Pharmaunternehmen gibt es derzeit in Indien. Mit ihnen nimmt das Land nun den weltweit vierten Platz unter den Medikamentenherstellern ein – gleich nach den USA, Japan und China. Mittlerweile betragen die jährlichen Umsatzzuwächse fast zehn Prozent.

Überaus günstig produzierende Firmen wie Bharat Biotech, Biocon, Dr. Reddy's oder Sun Pharmaceutical. So kostet das in Indien hergestellte Antibiotikum Ciprofloxacin beispielsweise nur ein Sechstel dessen, was US-Unternehmen für das gleiche Mittel verlangen.

Engpässe bereits vor Corona

Die niedrigen Herstellungskosten erhöhen zweifellos die Konkurrenzfähigkeit der indischen Pharmaindustrie. Doch der Erfolg der USA zeigt, dass auch Hochpreisländer eine erfolgreiche pharmazeutische Industrie haben können. Höhere Herstellungskosten als in Indien können also nicht der einzige Grund dafür sein, dass zunehmend weniger Medikamente aus Deutschland kommen. Mindestens genauso nachteilig wirkt sich die Überregulation in der Bundesrepublik aus.

Immer neue Zulassungsaufgaben, Zwangsrabatte und Ähnliches schmälern den Gewinn und machen es dadurch schwerer, in Forschung und Entwicklung zu investieren. Unabhängig von der Finanzierung gelten für Letztere in Deutschland so hohe Hürden wie sonst nirgendwo auf der Welt. Außerdem herrscht in der Bundesrepublik schon seit Längerem eine ausgeprägt pharmafeindliche Stimmung. Im rot-grün dominierten Meinungsklima werden die Arzneimittelhersteller ebenso zum Sündenbock für wirtschaftliche und soziale Fehlentwicklungen gestempelt wie die Banken.

Die Folge sind Engpässe bei der Versorgung mit Medikamenten, die bereits vor der Corona-Krise bestanden. So waren im Sommer des vergangenen Jahres 2016 teils lebenswichtige Präparate



Aufgrund von Corona und der deswegen verhängten Ausgangssperre ist mit einem starken Rückgang der indischen Produktion zu rechnen: Auswärtige Arbeitnehmer stehen Schlange für Hilfe einer örtlichen Nichtregierungsorganisation

ARZNEIMITTEL

Gefährliche Abhängigkeiten in Zeiten von Corona

Deutschlands Versorgungssicherheit ist von Indiens Pharmaindustrie abhängig. Die wiederum benötigt Lieferungen aus China

auf Dauer nicht mehr lieferbar, ohne dass dies die hiesigen Gesundheitspolitiker in irgendeiner Weise gekümmert hätte.

Indischer Exportstopp

Und nun wird alles noch schlimmer, weil die indische Generaldirektion für Außenhandel (DGFT) am 3. März einen Exportstopp für 26 pharmazeutische Wirkstoffe und daraus hergestellte Medikamente verhängt hat. Darunter fallen das viel verwendete Schmerzmittel Paracetamol und therapeutisch unverzichtbare Antibiotika wie Erythromycin, Clindamycin und Metronidazol.

Die DGFT entschied so, weil die Lieferkette bei den wirksamen pharmazeutischen Inhaltsstoffen, den sogenannten API (Active Pharmaceutical Ingredients) infolge des Corona-Ausbruchs in China abrisst. Daraufhin begannen indische Händler die Substanzen zu horten, um bei

Einst galt Deutschland als „Apotheke der Welt“. Inzwischen mutierte Indien zur „Apotheke Deutschlands“

einem Fortschreiten der Pandemie märchenhafte Gewinne einfahren zu können.

Immerhin werden in der zwei Monate lang abgeriegelten zentralchinesischen Provinz Hubei nicht weniger als 153 Wirkstoffe für die Medikamentenherstellung produziert. Insgesamt bezieht Indien 70 Prozent der im eigenen Lande verarbeiteten API aus China. Wegen dieser Abhängigkeit „muss Indien niesen“, „wenn China sich erkältet“, um es mit der „Deutschen Apothekerzeitung“ zu sagen.

Das Virus hat Indien erreicht

Jetzt wird zwar die Produktion in Hubei wieder hochgefahren, aber dafür hat die Corona-Welle nun auch Indien erreicht, was sicher mit einem weiteren Produktionsrückgang verbunden sein wird. Die Bundesrepublik dürfte also noch längere Zeit unter Lieferschwierigkeiten ihrer Apotheke in Asien leiden.

LANDREFORM

Der Ukraine droht ein Staatsbankrott

Von Corona-Quarantäne und andauernden Konflikten schwer getroffen – Kiew erfüllt IWF-Forderungen

Die ukrainische Regierung hat ihre Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus verschärft. Damit gerät das krisengeschüttelte Land noch näher an den Abgrund. Anfang März stand Wladimir Selenskij's Regierung vor der Zerreißprobe, als mit Denis Schmygal ein neuer Regierungschef ernannt und die Posten der Minister für Gesundheit und Finanzen neu besetzt wurden.

Dass Selenskij's Mannschaft ebenso fragil agiert wie die seiner Vorgänger, lässt die Tatsache erahnen, dass mitten in der Corona-Krise Ilja Jemez und Igor Umanskij, der Gesundheits- und der Finanzminister, nach nur vier Wochen im Amt ihre Posten schon wieder verloren haben.

Wegen der Quarantänemaßnahmen wurde nun das Schrumpfen des Wirt-

schaftswachstums um 3,9 Prozent nach oben prognostiziert. Eine Staatspleite scheint kaum noch abzuwenden. Das Land ist dringend auf frisches Geld angewiesen, doch an den internationalen Kapitalmärkten erhält die Ukraine kaum noch Mittel. Sie ist dringend auf Hilfen des Internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen.

In einer Krisensitzung stimmte die Mehrheit der Abgeordneten des Kiewer Parlaments für die Umsetzung einer hart umstrittenen Landreform. Sie besagt, dass ab dem 1. Juli 2021 ukrainische Privatpersonen bis zu 100 Hektar Ackerland besitzen dürfen. Ab 2024 wird der Umfang dann auf 10000 Hektar erhöht, und auch ukrainische Unternehmen dürfen Land erwerben. Kleinbauern sollen finanzielle Hilfe vom

Staat erhalten, und in Staatsbesitz befindliche Flächen dürfen nicht veräußert werden, um der Korruption vorzubeugen. Damit hat die Ukraine eine lange geforderte Bedingung des IWF erfüllt, der die Vergabe weiterer Kredite an die Verabschiedung des Agrarreformgesetzes geknüpft hatte. Selenskij erwartet einen Kredit in Höhe von neun Milliarden Euro.

Die Landreform ist seit dem Jahr 2000 ein Zankapfel und wurde daher immer wieder verschoben. Die Mehrheit der Ukrainer befürchtet einen Ausverkauf des Landes, das über 40 Millionen Hektar äußerst fruchtbare Schwarzerdeböden verfügt, an Oligarchen und Ausländer. Befürworter glauben, dass die Liberalisierung des Agrarsektors und eine Öffnung auch für ausländi-

sche Investoren dem Land ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent bringen und seinen Ruf als „Kornkammer Europas“ wiederbeleben könnten. Ob Ausländer zukünftig Land in der Ukraine erwerben dürfen, steht noch in den Sternen. Die Regierung will ein Referendum darüber durchführen. Das soll aber frühestens 2025 kommen, wenn die Bevölkerung Erfahrungen mit den jetzt beschlossenen Maßnahmen sammeln konnte. Des Weiteren stimmte das Parlament einer ebenfalls vom IWF geforderten Gesetzesvorlage zu, welche die Rückgabe verstaatlichter Banken an ihre ursprünglichen Eigentümer verhindert. Es zielt auf die Privat-Bank des Medien- und Finanzmoguls Igor Kolomojskij ab, dessen Bank 2016 verstaatlicht wurde. *Manuela Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Weniger Getreideausfuhr

Moskau – Im vergangenen Jahr noch mit 35 Millionen Tonnen als weltweit größter Weizenexporteur aufgestellt, will Russland in diesem Jahr Quoten für den Export von Weizen, aber auch von Mais, Gerste und Roggen einführen, um die heimische Versorgung sicherstellen und die Preise für die eigene Bevölkerung niedrig halten zu können. Die Weltgesundheitsorganisation und die Welthandelsorganisation kritisierten diesen Schritt, da die weltweite Lebensmittelversorgungskette durch die Exportbeschränkungen gestört werden könne. Von den Beschränkungen des Lebensmittelhandels ausgenommen sind lediglich die Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion Kasachstan und Weißrussland. Besorgt zeigte sich auch die UNO über die Ankündigung. Weltweit seien heute schon etwa 212 Millionen Menschen chronischer Lebensmittelknappheit ausgesetzt. Die Folgen der Corona-Krise könnten vor allem für afrikanische Länder südlich der Sahara verheerend sein. *MRK*

Bahn hat eine Brücken-Krise

Berlin – Rund 1000 Brücken der Deutschen Bahn sind in einem solch abrisstauglichen Zustand, dass auf die Bahn AG in den nächsten Jahren ein weiterer großer Investitionsfall zukommt. Nach Angaben des Bahnbeauftragten der Bundesregierung, Enak Ferlemann, sind die Brücken in einem solchen desaströsen Zustand, dass sie wirtschaftlich nicht mehr saniert, sondern nur noch ersetzt werden können. Die Kosten dafür lägen bei 7,3 Milliarden Euro. In Deutschland gibt es etwa 25700 Eisenbahnbrücken, von denen mehr als die Hälfte vor dem Zweiten Weltkrieg gebaut wurde. Viele davon sind über 100 Jahre alt. Weil die Deutsche Bahn in den vergangenen Jahren zu wenig in die eigene Infrastruktur investiert hat, gilt das Bahnnetz insgesamt als marode. Erst kürzlich kam es zu einem Zugunfall an der Rheintalstrecke im Markgräflerland, bei dem ein Güterzug mit einem abgebrochenen Brückenteil kollidierte und der Zugführer dabei ums Leben kam. Die Brücke, von der sich das Betonteil abgelöst hatte, war für den Ausbau der Rheintal-Bahnstrecke für den Abriss vorbereitet. *tws*

Corona macht Strom teurer

Berlin – Privathaushalte müssen wegen der Corona-Krise mit Mehrkosten beim Stromverbrauch rechnen. Grund sind die Quarantänemaßnahmen, durch die viele Berufstätige zum Home-Office am Computer gezwungen sind und Familien vermehrt Elektrogeräte wie Fernseher im eigenen Haushalt benutzen. Hinzu kommt, dass etliche Stromanbieter zu Beginn des Jahres die Preise erhöht haben, obwohl der Energiepreis in den Strombörsen um 17 Prozent abgerutscht ist. Wegen der zu erwartenden Rezession werden auch die örtlichen Energieversorger mit Umsatz- und Gewinneinbußen rechnen müssen, was sich im Endeffekt zusätzlich auf den Strompreis niederschlagen wird. *tws*

KOMMENTARE

Chinas Rückschläge

NORMAN HANERT

Der Versuch der chinesischen Führung, sich in der internationalen Arena als Retter in der Corona-Krise und als humanitäre Supermacht in Szene zu setzen, erleidet Rückschläge. Spanische und tschechische Medien berichten, dass einige chinesische Lieferanten in großem Umfang medizinisches Material geliefert hätten, das sich als unbrauchbar herausgestellt habe.

Der Bieterwettbewerb um Dinge wie Atemschutzmasken führt auch den Europäern vor Augen, wie abhängig die westlichen Volkswirtschaften mittlerweile von China geworden sind. Die „Fabrik der Welt“ liefert längst nicht nur Billigware, sondern auch viele Medikamente und sensible Hochtechnologie, etwa die Netzwerktechnik für die 5G-Mobilfunkgeneration. US-Präsident Donald Trump kommt das Verdienst zu, die wirtschaftliche Abhängigkeit des Westens zu einem wichtigen Thema seiner Amtszeit gemacht zu haben.

Weitere Faktoren sorgen nun dafür, dass sich auch in anderen westlichen

Ländern zunehmend ein realistisches Bild von China durchsetzt. Mit der Corona-Pandemie muss die Weltöffentlichkeit beispielsweise zur Kenntnis nehmen, dass nach SARS und dem Vogelgrippe-Erreger H7N9 innerhalb von 20 Jahren bereits drei Pandemien von China ausgegangen sind.

In den USA und Großbritannien kommt jetzt auch eine Diskussion auf, in der es um das Agieren der kommunistischen Führung Chinas beim Ausbruch der Corona-Epidemie in der Provinz Hubei geht. Der US-Vizepräsident Mike Pence kritisierte beispielsweise: „Es ist nun offenkundig, dass, lange bevor die restliche Welt es mitbekam, China sich schon damit auseinandersetzte und, vielleicht sogar einen ganzen Monat früher, wusste, dass der Ausbruch tatsächlich in China stattfand.“

Berater der britischen Regierung beschuldigen Peking nicht nur, das wahre Ausmaß des Coronavirus-Ausbruchs vertuscht zu haben, sondern auch, die Pandemie nun zum weiteren Ausbau seines wirtschaftlichen Einflusses ausnutzen zu wollen.

Kann das gesund sein?

HARALD TEWS

Wegen der Quarantänebestimmungen wird sich die Osterfeierfreude in diesem Jahr in Grenzen halten. Statt im Garten werden Eltern die Osterfeier für die Kleinen lieber in den eigenen vier Wänden verteilen. Wer nach draußen geht, obwohl Traumwetter herrscht, macht sich in diesen Zeiten verdächtig. Zu schnell könnte es passieren, dass sich in der Öffentlichkeit flüchtige Gruppen bilden oder man verbotenerweise längere Zeit am selben Fleck verharret.

Ein Blick auf die leeren Straßen oder in verwaiste Straßenbahnen und Züge zeigt: Wir haben gerade nordkoreanische Zustände in öffentlichen Verkehrsmitteln und Plätzen. Die von Epidemiologen erfolgreich vor Ansteckungsgefahr eingeschüchterte Bevölkerung befolgt gehorsam die Anweisung der Regierung, zu Hause zu bleiben. Wer sich trotzdem nach draußen wagt, tut dieses mit einem schlechten Gewissen. Trotz bester Gesundheit kommen sich diese Waghalsigen wie ein potenzieller Seuchenherd vor, vor dem Mitmenschen

entsetzt zur Seite springen, sobald der Mindestabstand nicht eingehalten wird.

Kann das gesund sein? Nicht nur, dass durch dieses Angstverhalten das psychische Miteinander in der Gesellschaft für längere Zeit gestört ist, so leidet vor allem auch die physische Gesundheit unter der Zwangsisolation. Wer den ganzen Tag drinnen bleibt, baut keine Abwehrkräfte auf, die doch auch gegen Lungenkrankheiten helfen.

Wer sein Immunsystem stärken und draußen joggen oder Rad fahren will, wird von Spaziergängern neuerdings angefeindet. Das Hecheln der dicht an einem vorüberziehenden Sportler könnte über Aerosole das Virus übertragen. Dagegen weist selbst der Chefvirologe vom Berliner Charité, Christian Drosten, darauf hin, dass sich die Virusmenge, die ein Infizierter ausatmet, in der frischen Luft so schnell verdünnt wie Rauch.

Rauch kann in geschlossenen Wohnungen rasch zum Erstickungstod führen. Draußen dagegen selten. Um das Ansteckungsrisiko zu minimieren, gilt daher nur Eines: Nichts wie raus! Aber bitte einzeln und nicht in Gruppen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.preussische-allgemeine.de

E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Gelebte Solidarität: Russland schickt Italien in der Corona-Krise per Flugzeug Hilfsgüter

Foto: pa

KOLUMNE

Was Solidarität ist

FLORIAN STUMFALL

Wenn das Haus eines Nachbarn in Flammen steht, so erfordern es Anstand und Mitmenschlichkeit zu helfen, so gut man kann. Das Prinzip, das so etwas befiehlt, heißt Solidarität. Diese allerdings befiehlt nicht, dass man in so einem Falle auch das eigene Haus anzünde, die Solidarität drängt auf Hilfe, nicht auf Gleichheit. So wird sich meist der Geschädigte in minderen Umständen wiederfinden, als er sie zuvor gehabt hat und im Nachteil gegenüber dem Nachbarn, dessen Haus unbehelligt geblieben ist. Solidarität also ist Hilfe nach Kräften, aber nicht bis zum totalen Ausgleich. Und ein zweites Merkmal ist ihr eigen. Sie beruht auf Freiwilligkeit und ist nicht gesetzlich einzufordern.

Ein Weiteres kennzeichnet die Solidarität. Sie leitet sich keineswegs aus einem Katalog der Menschenrechte her, sondern aus der katholischen Moraltheologie. Das mag überraschen, denn in weiten Kreisen vor allem einer selbstbewussten Linken gilt der Terminus als zentrales Merkmal sozialistischer Lebenswirklichkeit. Dieser Widerspruch ist schnell behoben. Denn hinter dem einen Wort „Solidarität“ verbergen sich zwei Begriffe.

Die Solidarität im sozialistischen Sinne gilt jedem, welcher der Arbeiterklasse angehört. Menschen anderer Herkunft haben daran keinen Anteil. Es handelt sich dabei um eine Art von Gruppenegoismus derer, die einer gemeinsamen Klasse oder Rasse, Kaste oder Gewerkschaft angehören. Es erinnert an die Solidarität der Räuberbanden, an die sich die Mitglieder letztlich aus Eigennutz gebunden fühlen. Die Solidarität im christlichen Sinne dagegen gilt jedem Menschen vor dem Hintergrund des Glaubens an die gemeinsame Gotteskindschaft, bis hin zum Gebot der Feindesliebe.

Solidarität beruht auf Freiwilligkeit

Es schweres Feld ist also zu beackern, wenn man mit dem Begriff der Solidarität umgeht, und wenn dies so oft – und so oft gedankenlos – geschieht wie im Zusammenhang mit Corona und der Frage nach der ethischen Beschaffenheit der EU, dann ist es unausweichlich, dass die Dinge durcheinandergeraten.

Denn in der Tat: Der Ruf nach einer wie immer verstandenen Solidarität in der Stunde der Not wird immer lauter.

Doch wie soll diese aussehen? Wenn Deutschland französische oder italienische Schwerkranken in eigene Krankenhäuser übernimmt und dort pflegt, so ist das solidarisch. Dies geschieht ohne einen Rechtsanspruch auf der Basis der Freiwilligkeit angesichts einer gegenwärtigen Bedrohung.

Dasselbe, wenn Russland weit über ein Dutzend Flugzeugladungen an Hilfsgütern nach Italien schickt oder andere in die USA. Auch dies geschieht freiwillig angesichts der aktuellen Lage und ist nicht einklagbar. Hilfe einer solchen Art ist

Solidarität gebietet keine Corona- oder Euro-Bonds

nicht hoch genug einzuschätzen und zielt jeden, der sie leistet.

Der deutschen Hilfe ungeachtet fordern aber vor allem Spanien und Italien von Deutschland und weiteren nordeuropäischen Ländern finanzielle Unterstützung, und sie tun das unter Berufung auf die Solidarität. Das allerdings geschieht ganz zu Unrecht. Denn in dem Moment, da eine Finanzhilfe festgeschrieben wird, rechtlich bindend und damit einklagbar, egal ob unter dem Namen Euro-Bonds oder Corona-Bonds, geschieht ein Geldfluss nicht mehr namens und im Sinne der Solidarität, sondern er ist zum Rechtsanspruch geworden. Das Moment der Freiwilligkeit, das dem solidarischen Handeln den ethischen Wert verleiht, fällt weg.

So erweist sich hier der Ruf nach Solidarität als ein propagandistisch moralisierendes Druckmittel, mit dem ein abseitiger Zweck verfolgt wird, nämlich, ausgehend von einer aktuellen Lage, einen Rechtsanspruch auf Dauer zu etablieren.

Aus dem Hintergrund wirken obendrein Gegebenheiten, die mit einem Virus ganz und gar nichts zu tun haben. Gerade Italien und Spanien befinden sich in finanziellen Verhältnissen, die nicht geeignet sind, den Belastungen durch die derzeitige Drosselung auch der Wirtschaft standzuhalten. Der Grund dafür ist ein viele Jahre anhaltender unbekümmerter Umgang mit dem Geld, das durch die Gemeinschaftswährung Euro leicht zu be-

kommen war, und zu enormen Schuldenbergen geführt hat. Jetzt also soll eine Schiefelage, die durch Verschwendung entstanden und durch die Epidemie verschärft worden ist, durch noch mehr Geld beigelegt werden. Man versucht, den Säuerer mit Schnaps zu heilen.

Kein Schnaps für den Säuerer

Die Scheu vor Heuchelei gebietet es auch, von den Grenzen der Solidarität zu sprechen. Angenommen, zwei Kinder wären in einen Brunnen gefallen, so täte der herbeieilende Vater recht, wenn er zuerst das eigene Kind rettete, und dann das fremde. Die umgekehrte Reihenfolge einzuhalten ist ihm nicht zuzumuten. Dieses einfache Bild hat auch eine politische Dimension. Hoch oben auf dem Reichstag zu Berlin steht zu lesen: „Dem deutschen Volke“ – seit Langem ein Ärgernis für mancherlei politische Exzentriker.

Doch diese Widmung gibt den Politikern, die in dem Hause Gesetze beschließen, die Pflicht auf, dabei als erstes an das Wohl der Deutschen, also des eigenen Volkes zu denken, und dann zuzusehen, dass dieses keinem anderen widerspricht. Dieselbe Pflicht übernimmt ein jedes Mitglied einer Regierung, das einen Amtseid leistet, wobei in Deutschland der Bundeskanzler gelobt, dass er seine „Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden“ werde. Das schließt Solidarität mit anderen nicht aus, aber auch hier ist die Reihenfolge zu bedenken, genau wie bei den Kindern im Brunnen.

Ein bekanntes Hamburger Magazin hat bereits Betrachtungen darüber angestellt, was mit den Südländern der EU sein mag, wenn das medizinische Problem der Corona-Krise beigelegt sein und ihre wirtschaftliche erst zutage treten wird. Man darf getrost annehmen, dass dann der Ruf nach deutscher Solidarität noch lauter ertönen wird. Doch ebenso sicher stellt sich eine weitere Frage. Wird Berlin dann dazu in der Lage sein?

Eines ist sicher: Je mehr sich Deutschland in einem weiteren EU-Umverteilungs-Mechanismus gefangen sieht, in dem es nicht einmal möglich ist, Einfluss auf die Verwendung der eigenen Gelder zu nehmen, umso wirkungsloser wird eine deutsche Hilfe sein.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Merkel gegen den Rest der Welt

Filmisches Protokoll der Asylkrise von 2015 in der ARD – Der Film „Die Getriebenen“ vermeidet Heiligsprechung der Kanzlerin

VON ANNE MARTIN UND HARALD TEWS

So kann's gehen, wenn Filmmacher die Ereignisse einer Jahrhundertkrise nachzeichnen und von der Aktualität überholt werden: Mitten in der Corona-Schockstarre zeigt „Das Erste“ einen Politthriller über die 63 Tage der Asylkrise im Spätsommer 2015. „Die Getriebenen“ heißt der Film (15. April um 20.15 Uhr), ein ambitionierter Versuch, die ungeheure Dynamik jener Wochen abzubilden und der sehr umstrittenen Haltung der Kanzlerin auf die Spur zu kommen.

Originalszenen mischen sich mit fiktionalen, vor allem die Schnittstellen, wenn die „echte“ Merkel – von hinten – vor die Kameras tritt und die verblüffend ähnlich aussehende Schauspielerin Imogen Kogge – von vorne – ihren Double-Part übernimmt, greifen nahtlos ineinander. Die Fakten basieren auf dem gleichnamigen Sachbuch des „Welt“-Autors Robin Alexander, sie wurden minutiös geprüft, schon um rechtlich auf der sicheren Seite zu sein.

Was sich die Produktion allerdings herausnimmt, sind fiktionale Einblicke in das normalerweise abgeschottete Privatleben Merkels. Regisseur Stephan Wagner folgt der Regierungschefin bis hinein in ihre Privatwohnung in Berlin, wo sie mit ihrem Ehemann beim Frühstück die Weltlage bespricht. Joachim Sauer wird dabei als ihr liebevolles Korrektiv aufgebaut, der die Gattin mit den Fragen konfrontiert, die sich seinerzeit die halbe Nation stellte: „Seit fünf Jahren tobt der Krieg in Syrien. Du hastest die Unterlagen auf dem Tisch. Aber Du hast es verdrängt, ausgesessen, aufgeschoben.“ In der erfundenen Version springt Merkel auf und gibt dem Ehemann Contra: „Bin ich hier im Hör-



Wie aus dem politischen Leben gegriffen: Innenminister de Maizière (W. Pregler, l.) und Kanzleramtschef Altmaier (Tristan Seith)

saal? Jetzt krieg dich mal wieder ein!“ Sogar hier deutet sich Familienkrach an.

Die Frage bleibt und wird vielleicht nie beantwortet werden: Warum setzt die Pfarrerstochter aus der Uckermark einen Alleingang durch, der sie in ganz Europa isoliert? Warum lässt sie fast eine Million Menschen ins Land, ungezählte davon ohne jegliche Registrierung? Der Film nähert sich an, gibt aber keine eindeutige Antwort. Schwerpunkt ist vielmehr der Intrigenzirkel rund um das Kanzleramt sowie der ungeheure Druck, unter dem die Politiker in jenen Tagen standen. Immer wieder gibt es Bilder, wo Merkel in ihren typischen Blazern über die Gänge eilt, beglei-

tet von ihrer büroleitenden Beamtin Beate Baumann, die ihr die Termine des Tages memoriert – Termine im Minutentakt.

Kein „Propagandasegen“ für Merkel

Berater flüstern ihr ein, dass sie ihr Image als kaltherzige Eiskönigin dringend ändern und ein Asylsucherheim besuchen müsse. Als sie dann zu Schülern spricht und unbeholfen, aber immerhin mitfühlend ein weinendes Asylsuchermädchen umarmt, reibt sich der damalige Vizekanzler Sigmar Gabriel die Hände. „Jetzt geht sie Flüchtlinge streicheln“, hämt ein Mitarbeiter, und der beliebte SPD-Mann lacht wie über einen gelungenen Scherz.

Merkel gegen den Rest der Welt: Vom überforderten Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kommt die Nachricht, dass das Dublin-Abkommen, wonach Asylsucher im Land ihrer Erst-Registrierung bleiben müssen, ignoriert wird. Wenig hilfreich auch die Machtkämpfe der Landesfürsten in Bayern: Ministerpräsident Seehofer (Josef Bierbichler) mag sein Reich nicht an den machthungrigen Kronprinzen Markus Söder übergeben, den er für charakterlich ungeeignet hält. Bei den Bayreuther Festspielen redet er der Kanzlerin ins Gewissen, fordert eine Änderung ihrer Asylpolitik: „Mit mir wird es kein ‚Weiter so‘ geben!“ Die Kanzlerin

bleibt uneinsichtig. Die europäische Lösung, die Merkel anstrebt, erweist sich als Sackgasse. Betonhart der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, der die Asylsucherströme auf dem Bahnhof Budapest nahezu unversorgt stranden lässt.

Wird die Kanzlerin von christlicher Nächstenliebe getrieben oder ist sie schlichtweg entscheidungsschwach? Der Film lässt die Frage offen, deckt aber auch schonungslos ihre politische Konzeptlosigkeit auf. Sie scheint schicksalhaft „getrieben“ zu sein von einer Vasallentreue zur EU. Zusätzlich war sie politisch allein gelassen von einem kränkelnden Innenminister de Maizière, einer damals im Machtkampf von Seehofer und Söder geschwächten Schwesterpartei CSU sowie einem intriganten SPD-Chef Gabriel. Der Vizekanzler, so deutet es der Film an, wollte Merkel mit seiner vorgetäuschten Zustimmung für ihre desaströse Politik der Grenzöffnung ins offene Messer laufen lassen, um sie bei der folgenden Bundestagswahl ausstechen zu können. Am Ende, so weiß man heute, hatte er sich damit vollkommen verrechnet.

Der Film spendet überraschenderweise keinen öffentlich-rechtlichen „Propagandasegen“ für die Kanzlerin, die gerade wegen ihrer Haltung von 2015 im Ausland scheinbar an Anerkennung gewonnen hat. Unter dem Titel „Merkel“ soll der Film daher auch international verkauft werden. Im März waren Kinovorführungen geplant, die wie fast alle wegen der Corona-Krise abgesagt werden mussten.

Der große Asylsucheransturm war gestern, heute ächzt das Land unter der Pandemie. Die anfangs zögerliche Haltung der Kanzlerin, die erst spät Maßnahmen zur Eindämmung der Seuche einleitete, zeigt, dass sie in diesem Fall eine von Wirtschafts-, Viren- und EU-Beratern wieder konzeptlos „Getriebene“ ist.

VIRTUELLES MUSEUM

Die Kunst in der Quarantäne

In Corona-Zeiten haben die Museen „geöffnet“ – Vom Internet aus kann man Ausstellungen besuchen

Mit der Losung „Quadrat statt Quarantäne“ macht das Ingolstädter Museum für Konkrete Kunst auf sich aufmerksam. In Haltern sind die „Römer allein zu Haus“, in Herne heißt es „Pest auf Sendung“, und die Klassik Stiftung Weimar betont, „geschlossen, aber offen“ zu sein. Dass die zur Eindämmung der Pandemie geschlossenen Museen dank Internet trotzdem rund um die Uhr geöffnet sind, ist nichts Neues. Aber angesichts Corona sind die ersten von ihnen dazu übergegangen, die altbewährten digitalen Angebote um interessante neue Programme zu bereichern.

Mit zehn Kunst-Tipps für die Quarantäne wartet das Frankfurter Städel Museum auf. Dazu gehört viel Altbekanntes, wie etwa die mit etwa 30000 Kunstwerken aus sieben Jahrhunderten bestückte Digitale Sammlung. Neu hingegen ist die Wiederbelebung der Mitmach-Aktion „KunstKochen“. Die Quarantäne-Version begleitet der Aufruf: „Lasst euch von unserer Digitalen Sammlung zu Rezeptideen inspirieren.“ Besonders geeignet sind da natürlich die appetitanregenden Stillleben der Alten Meister und die gewagten Farbmenüs der Expressionisten (<https://blog.staedelmuseum.de/10-kunst-tipps-fuer-die-quarantaene>).

Mit einem originellen Einfall hält Ingolstädts Museum für Konkrete Kunst das Publikum bei der Stange. Es nennt ihn „telefonische Kunstseelsorge“. Jeden Montag wartet eine der Angestellten des Museums auf Anrufer, die über ein Kunstwerk der Sammlung plaudern wollen.

Um welches es sich handeln soll, erfährt man auf der Homepage. Direktorin Simone Schimpf erklärt: „Die Werke, die wir vorstellen, geben Impulse für die eigene Lebenssituation.“ Ihr Lieblingswerk ist Timm Ulrichs „Mikado“. Es ist mit Holzstäben von 3,60 Metern Länge so riesig, dass es nur gedanklich gespielt werden kann. Schimpf erklärt: „Für mich ist es ein gelungenes Sinnbild von Gesellschaft/Gemeinschaft. Jedes einzelne Teil trägt zur Stabilisierung bei und hat in dem vermeintlichen Chaos seinen Platz“ (www.mkk-ingolstadt.de/besuchen/callforart).

Der Putzmann läuft durchs Bild

Schnell und improvisationsfreudig haben die Museen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe begonnen, Corona zu trotzen. Das LWL-Römermuseum in Haltern bietet mit „Römer allein zu Haus“ virtuelle Führungen durch die Ausstellungsräume an. Die Videos über das Le-

ben der Römer vor gut 2000 Jahren sind informativ und humorvoll. Da tritt zum Beispiel die Schankwirtin Cynthia auf, die wegen der Corona-Pandemie ihre Taverne dichtmachen musste. Während Cynthia im langen grünen Gewand vor den Ausstellungsvitrinen die Römerin spielt, werden die musealen Alltagspflichten auch ohne reale Besucher aufrechterhalten: Ein Putzmann läuft im Hintergrund mit dem Besen am Boden durchs Bild.

In Hernes LWL-Museum für Archäologie musste die Sonderausstellung „Pest!“ geschlossen werden. Doch nun heißt es „Pest auf Sendung“. Kurator Stefan Leenen erzählt in seiner dreiteiligen digitalen Führung von den medizinischen und kulturhistorischen Aspekten der Pest. Obendrein gibt es digitale Führungen, die etwa über Pest und Psychologie oder herausragende Exponate informieren. Zum digitalen Publikumsrenner könnte das Video mit dem sympathischen Auftritt der Kunsthistorikerin werden, die uns das 1578 gemalte Ölbild „Die Pest in der St.-Jakobs-Pfarrkirche in Leiden“ erklärt. Sie steht vor dem wegen zu greller Ausleuchtung spiegelnden Großformat wie vor einer Wetterkarte, weist nach links und rechts, deutet nach oben und unten,

um die dortigen Szenen zu kommentieren. Man sieht, dass da nicht um technische Perfektion gerungen, sondern in der musealen Notlage beherzt gehandelt wird (www.lwl-kultur.de/kultur-digital).

Der in Weimar gestorbene Friedrich Nietzsche hat in letzter Zeit reichlich Pech gehabt. Statt seiner anlässlich des 175. Geburtstages zu gedenken, feierte Weimar letztes Jahr das 100. Gründungsjubiläum des Bauhauses. Für Wiedergutmachung wollte die Klassik Stiftung Weimar mit der für Ende März geplanten Wiedereröffnung des Nietzsche-Archivs sorgen, das eine neue Dauerausstellung bekommen hat. Das sollte der Start des Veranstaltungsreignis „Nietzsche Superstar“ werden. Jetzt hat man umdisponiert und den Parcours digital gestartet (www.klassik-stiftung.de/ihr-besuch/ausstellungen/nietzsche-superstar-digital).

Viele weitere Museen bieten ähnliche digitale Museumsrundgänge an. Mit einem Klick auf die Internetseite des Potsdamer Museums Barberini gelangt man zum Beispiel auf die derzeit geschlossene teure Monet-Ausstellung (www.prolog-museum-barberini.com/monet). Deuten sich da Museumsbesuche der Zukunft von zu Hause an? Veit-Mario Thiede/tws

MELDUNGEN

Nothilfefonds für Sänger

Berlin – Die Fachzeitschrift „OPER!“ hat in Kooperation mit der Manfred Strohscheer Stiftung den Nothilfefonds „Sängerhilfe“ ins Leben gerufen. Sänger und Beschäftigte des Musiktheaters können ab sofort unter www.saengerhilfe.de einen Antrag auf Hilfe stellen, wenn sie durch die Corona-Krise in wirtschaftliche Bedrängnis gekommen sind. Auf Antrag werden einmalig bis zu 2000 Euro pro Person ausbezahlt. tws

Elphi-Konzerte frei Haus

Hamburg – Ähnlich wie die Museen bieten auch Konzerthäuser und Opern digitale Erlebnisse frei Haus. Die Hamburger Elbphilharmonie etwa bietet halbstündige Konzerte in kleinen Besetzungen, die aktuell im leeren Großen Saal der Elbphilharmonie mit ferngesteuerten Kameras aufgenommen werden. Internet: www.elbphilharmonie.de/de/blog/elphi-at-home-wochenprogramm/327 tws

„Nacht von Potsdam“

Vor 75 Jahren traf der letzte Großangriff des britischen Bomberkommandos die wohl preußischste aller Städte. Der Krieg war entschieden. Die majestätisch-barocke Nachbarstadt Berlins war eher von symbolischer denn militärischer Bedeutung

VON BJÖRN SCHUMACHER

Keinen Monat vor Ende des Zweiten Weltkrieges, am 14. April 1945 ab 22.16 Uhr, schlugen Großbritanniens Premierminister Winston Churchill, Pionier einer menschenverachtenden Luftkriegsstrategie, und sein Kriegskabinett noch einmal zu. Churchills Entsetzen über die Apokalypse von Dresden im Februar 1945 war längst erloschen, seine Mahnung an die Royal Air Force (RAF), einen Strategiewechsel zu erwägen, zurückgezogen worden. „Sind wir Tiere, treiben wir es zu weit?“, soll er in einem seltenen Moment des Innehaltens ausgerufen haben.

In der „Nacht von Potsdam“ starben wohl 3578 (Statistisches Jahrbuch Potsdam 1966), mindestens aber 1800 Zivilisten (Historiker Hans-Werner Miha nach Durchsicht amtlicher Sterberegister), meist unschuldige Frauen, Kinder und alte Männer, die mit dem alliierten Popanz des „preußisch-deutschen Militarismus“ absolut nichts zu tun hatten. 60000 wurden obdachlos. An eine „Skelettlandschaft“ und „verkohlte Leichen, so klein wie Puppen“ erinnert sich Zeitzeugin Luise Lunow. Angesichts täglicher Horrormeldungen vom Krieg regten solche Zahlen und Details niemanden mehr auf.

Demoralisierung war ein RAF-Ziel

Warum wurde das bislang unversehrte Potsdam so massiv angegriffen? Warum warfen 490 viermotorige Avro 683 „Lancaster“ 1780 Tonnen Minen sowie Spreng- und Brandbomben ab? Potsdam besaß keine militärisch wichtigen Ziele. Die Behauptung der Briten, man habe den Stadtbahnhof angegriffen, diene der Verschleierung, gehörte also – im Jargon des digitalen Zeitalters – zu den propagandistischen „Fake News“. Auch die Luftstreitkräfte der USA nutzten dieses zynische Instrument, als sie die Zerstörung des Ostseehafens Swinemünde als „Angriff auf Rangierbahnhöfe“ beschrieben. Dort starben am 12. März 1945 zwischen 4500 und 23000 Zivilisten, vor allem Flüchtlinge aus dem deutschen Osten.

Später veröffentlichte Dokumente der RAF mit den Markierungen des Zielgebiets lassen keinen Zweifel mehr, dass der Angriff unterschiedslos war und vor allem der Potsdamer Altstadt galt. Der Bahnhof befand sich am äußersten Rand des Zielgebiets. Offenbar nahmen die Briten in Kauf, ihn gar nicht zu treffen. Schwerste Schäden erlitten die südliche und östliche Altstadt und das Gebiet nordöstlich des Brauhausbergs. Weite Teile der Berliner Vorstadt gingen in Flammen auf, auch Teile von Babelsberg wurden getroffen. Die Gebäude in der Potsdamer Innenstadt und der Berliner Vorstadt wurden bis zu 97 Prozent zerstört oder beschädigt. Babelsberg kam mit einer Schadensquote von 23 Prozent vergleichsweise glimpflich davon.

Die Suche nach den Hintergründen der „Nacht von Potsdam“ führt zur Area Bombing Directive vom 14. Februar 1942. Mit Angriffen auf die Wohnviertel von Industriearbeitern, was de facto sämtliche Wohngebiete betraf, wollten Churchill, RAF-Stabschef Charles Portal und Luftmarschall Arthur Harris die Durchhaltevermögen deutscher Zivilisten und in der Konsequenz die Kampfmoral der Wehrmacht schwächen. Dass es am Ende eines längst entschiedenen Krieges nichts mehr zu demoralisieren gab, spielte keine Rolle.

„Nächtliche Massenmorde an der Zivilbevölkerung, die zeigten, welchen Tiefstand die öffentliche Moral nun überall erreicht hatte“ (Golo Mann), gehörten längst zur Routine westallierter Luftkriegführung. Harris verfiel 1947 in absurde Selbstrechtfertigung: Flächenbombardements seien völkerrechtskonform und „trotz allem, was in Hamburg ge-



Kurz nach dem Luftangriff durch die Royal Air Force am 14. April 1945: Potsdam

Foto: United Kingdom Government

schah, eine vergleichsweise humane Methode“ gewesen.

Vermutlich wollte Churchill, dessen Weitblick längst der europäischen Nachkriegsordnung galt, die Rote Armee mit der Schlagkraft seines Bomberkommandos beeindruckten. Bereits die Vernichtung Dresdens ließ sich (auch) als Signal an Josef Stalin deuten. Tatsächlich begann jetzt der Endkampf um Potsdam. In der mittlerweile zur „Festung“ erklärten Stadt besetzten Spähposten die höchsten Aussichtspunkte. Diese wurden von sowjetischer Artillerie schwer getroffen. Bislang erhaltene Bauwerke gingen in Flammen auf. Allein den Potsdamer Parks und ihren Schlössern blieben größere Zerstörungen erspart.

Ein weiteres Motiv kam dazu. Wie in Dresden wollte die RAF „Symbolpolitik“ betreiben und historische Architektur vernichten, die neben ihrer Ästhetik auch als Ausdruck deutscher Identität verstanden wurde. Passende Worte fand Jörg Friedrich, sprachgewaltiger Chronist kriegerischer Geschichte des 20. Jahrhunderts: „Das mythische Gestein von Potsdam wurde triumphal gekippt. Die Hof- und Garnisonkirche, Grablage Friedrich II., verbrannte wie das Potsdamer Stadtschloss, Modell des preußischen Barocks. In die strenge Vornehmheit ganzer Straßenzüge und Ensembles schlug der Bombenhammer, weil der Stein beseelt war. Die Baugestalt war ein Erzieher, der stumm belehrte über Schönheit und Form, Maß und Zweck. Auch die Bombe war Erzieher und richtete über Macht und Ohnmacht.“

Signal an Josef Stalin

Das Angriffsdatum 14. April 1945 haben die RAF-Strategen wohl nicht zufällig ausgewählt. Exakt 200 Jahre zuvor, am 14. April 1745, war der Grundstein zum Bau von Schloss

Sanssouci gelegt worden. Hundert Jahre vor dem Bombardement, am 14. April 1845, erfolgte die Grundsteinlegung der Friedenskirche im Schlosspark.

Symbolpolitik betrieb auch Walter Ulbricht, Staatsratsvorsitzender der DDR, auf dessen Veranlassung die Ruine der Garnisonkirche im Mai/Juni 1968 gesprengt und beseitigt wurde. Ihn störte, dass im weitgehend erhaltenen und hergerichteten Turm der Kirche Gottesdienste stattfanden. Im eingeübten Ideologendeutsch schwadronierte Ulbricht vom Ausbau eines „sich sozialistisch wandelnden Stadtkerns“.

Auch heutige Gegner der Garnisonkirche bemühen die Symbolik. Parallel zum „Historikerstreit“ von Dresden, der sich um Todesopferzahlen, den von Zeitzeugen bekundeten Tieffliegerbeschuss und den Opferstatus deutscher Zivilisten dreht – man denke an die antifaschistische Sottise „Deutsche Täter können keine Opfer sein“ –, gibt es in Potsdam einen Streit zwischen Kirchenfunktionären, Bauplanern, Historikern und an Stadtbildästhetik interessierten Bürgern. Dieser wächst sich zum Kulturkampf um die Deutungshoheit über preußische und deutsche Geschichte aus.

Daran hat der längst beschlossene Wiederaufbau des Kirchturms wenig geändert. Kritiker ereifern sich über Verbindungen von Kirche, Staat und Militär in Preußen. Die wichtigsten Impulse zur Errichtung dieses Barockgebäudes seien von Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. ausgegangen. Ins Visier geraten auch deutschnationale Kundgebungen und Gedenkfeiern der Jahre 1919 folgende sowie die Verbeugung Adolf Hitlers vor Reichspräsident Paul von Hindenburg am 21. März 1933. Ständig sei die Garnisonkirche für „eine dumpfe Mischung aus Demokratie-

feindlichkeit, großdeutschen Machtansprüchen und Antisemitismus“ missbraucht worden, so der Journalist und Buchautor Matthias Grünzig in der „Frankfurter Allgemeinen“.

Vernichtung historischer Architektur

Diese Kritiker blenden aus, dass Preußen eine sehr kunstsinnige Seite hatte und für unverzichtbare Tugenden, für Aufklärung und Religionsfreiheit stand. Zahllose Menschen nutzten die Garnisonkirche als Stätte des Gebets, des Gottesdienstes und der Seelsorge; zur Gemeinde gehörten auch Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944. Warum werden konstruierte antipreußische und antideutsche Affekte über Ästhetik, Schönheit und die Wünsche der Gläubigen gestellt? Wie will ein Volk im internationalen Wettbewerb bestehen, wenn es sich nie von historischen Selbstanklagen mitsamt ihren Schuld- und Sühnekomplexen lösen und ein positives Selbstbild entwickeln kann?

Das Erinnern an die „Nacht von Potsdam“ ist würdevoll. Am 14. April 2013 fand in der Nikolaikirche die Uraufführung des von Kantor Björn Wiede komponierten „Potsdam Requiem“ statt. Auf dem Neuen Friedhof wurden zwei Ehrenfelder mit Einzel- und Massengräbern angelegt; die Granitkreuze kamen 1993 dazu. Neben den Opfern des großen Fliegerangriffs ruhen hier auch Tote aus den Kämpfen der letzten Kriegstage: Zivilisten, Soldaten, Zwangsarbeiter. Ein wuchtiges Mahnmal beeindruckt in Verbindung mit seiner schlichten Inschrift: „Dem Gedenken der Opfer des Bombenangriffs auf Potsdam am 14. April 1945.“

● Dr. Björn Schumacher ist Jurist und Publizist mit den Schwerpunkten Völkerrecht, neuere Geschichte sowie Rechts- und Staatsphilosophie.

Wie in Dresden wollte die Royal Air Force „Symbolpolitik“ betreiben und historische Architektur vernichten, die neben ihrer Ästhetik auch als Ausdruck deutscher Identität verstanden wurde

VON ERIK LOMMATZSCH

Vielen gilt „König Silberlocke“ nach wie vor als die ideale Verkörperung eines deutschen Bundespräsidenten. Richard Freiherr von Weizsäcker amtierte über zwei Amtsperioden, von 1984 bis 1994, als sechstes Staatsoberhaupt der Bundesrepublik. Nicht nur der Name wies ihn als Aristokraten aus. In seinem gesamten Auftreten wusste er das Vornehme zu kultivieren. Von den meisten Politikern seiner Umgebung hob er sich – durchaus bewusst – ab. Der Gegensatz zwischen dem zierlichen, rhetorisch begabten Intellektuellen und Helmut Kohl, Bundeskanzler von 1982 bis 1998, hätte größer nicht sein können.

Das Erscheinungsbild mag das Ansehen, das Weizsäcker als Bundespräsident sowie in den Jahren danach genoss, zum Teil erklären. Zufriedenstellend lässt sich die Frage, woher die „unangefochtene, fast kultische Verehrung“ kommt, welche etwa der Publizist Thorsten Hinz scharf kritisierte, wohl nicht beantworten. Der „Deutschlandfunk“ resümierte nach Weizäckers Tod: „Kaum ein Staatsoberhaupt schien für seine Aufgabe so geschafften zu sein.“

Hilfsverteidiger seines Vaters

Geboren wurde er am 15. April 1920 im Neuen Schloss in Stuttgart. Sein Vater, der Marineoffizier Ernst von Weizsäcker, war im Vorjahr in den diplomatischen Dienst gewechselt. Der Großvater hatte als württembergischer Ministerpräsident gewirkt und war vom vierten und letzten König von Württemberg, Wilhelm II., 1916 in den erblichen Freiherrnstand erhoben worden. Die Tätigkeit des Vaters brachte es mit sich, dass Weizsäcker einen großen Teil von Kindheit und Jugend im Ausland verbrachte, so in Basel, Kopenhagen und Bern. Nach dem Abitur in Berlin widmete er sich in Oxford und Grenoble historischen und philosophischen Studien. 1938 erfolgte der Eintritt in das legendäre Infanterieregiment Nr. 9, auch bekannt als „Graf Neun“. Im Zweiten Weltkrieg nahm er am Feldzug gegen die Sowjetunion teil, zuletzt hatte er den Rang eines Hauptmanns inne.

Der Gefangenschaft entgangen, konnte er bereits 1945 das Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen beginnen, zehn Jahre später erfolgte die Promotion. Noch als Student hatte er sich als Assistent der Verteidigung seines Vaters engagiert. Ernst von Weizsäcker stand in Nürnberg ab 1947 im sogenannten Wilhelmstraßenprozess vor Gericht. Im Dritten Reich war er 1938 zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt worden, ab 1943 war er Botschafter beim Vatikan. 1949 wurde er wegen Mitwirkung an der Juden- deportation nach Auschwitz zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt, die später herabgesetzt wurde. Mittels einer Amnestie kam er schon im Oktober 1950 frei.

Richard von Weizsäcker hatte eine andere Sicht auf die Dinge als die Richter. Auf der Grundlage der Annahme, sein Vater sei strikter Gegner der NS-Politik gewesen, fragt er in seinen „Erinnerungen“: „Welchen Preis musste einer bezahlen, der im Amt blieb, also mitwirkte, um auf die Entwicklung in seinem Sinne verändernd einzuwirken oder um wenigstens Schlimmeres zu verhüten?“ Zudem: „Wenn er aber wegen seiner Tätigkeit einen Gerichtsprozess zu erwarten hatte, dann wäre Freislers Volksgerichtshof die richtige Instanz gewesen, nicht aber das Militärgericht der Alliierten in Nürnberg.“ Die Berliner Villa, die die Weizsäcker 1939 bezogen, hatte übrigens bis 1938 dem jüdischen Bankier Hans Fürstenberg gehört, der ins Ausland fliehen und sein Anwesen „an das Reich“ verkaufen musste.

Richard von Weizsäcker hatte leitende Positionen im Bankwesen und in der Industrie inne. So war er bis 1966 Mitglied der Geschäftsleitung von Boehringer Ingelheim. Das Unternehmen belieferte im Folgejahr eine in den USA ansässige Firma



Beim Signieren in Köln im Jahre 2009: Altbundespräsident Richard von Weizsäcker

Foto: A. Savin

RICHARD VON WEIZÄCKER

Bundespräsident ohne Gegenkandidat

Bis heute genießt der vor 100 Jahren geborene württembergische Freiherr unkritische Verehrung. Erklären lässt sich das nur schwer

mit Chemikalien, die dort zur Herstellung von „Agent Orange“ weiterverarbeitet wurden.

Von 1964 bis 1970, dann noch einmal von 1979 bis 1981 wirkte er als Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Der CDU gehörte er schon ab 1954 an. 1969 zog Weizsäcker in den Bundestag ein, in der Unionsfraktion war er ab 1973 stellvertretender Vorsitzender. Für seine Partei arbeitete er in der Grundsatzkommission. Von 1981 bis 1984 war er Regierender Bürgermeister von Berlin.

Folgt man Kohl, der Weizäckers Vorkommen zunächst stark gefördert hatte, später jedoch auf Distanz ging, so hatte es dieser bereits frühzeitig auf das höchste Staatsamt abgesehen. Einen ersten Anlauf unternahm er 1968, unterlag aber schon CDU-intern gegen Verteidigungsminister Gerhard Schröder. 1974 war er Zählkandidat gegen Walter Scheel. 1979 bevorzugte nicht nur Kohl Karl Carstens, sodass sich Weizsäcker noch bis zur Bundespräsidentenwahl 1984 gedulden musste, in der er gegen die von den Grünen vorgeschlagene Schriftstellerin Luise Rischer gewann.

„Erzwungene Wanderschaft“

Als Bundespräsident gewann er schnell an Zustimmung. Bei seiner Wiederwahl

1989 gab es keinen Gegenkandidaten. In der Geschichte der Bundesversammlungen ist das bislang einzigartig. Eitel war er, das Lob anderer zitierte er gern. In Weizäckers „Erinnerungen“ ist über seine Moskauer-Reise von 1987 nachzulesen, nach Ansicht Michail Gorbatschows sei damit „eine neue Seite in der Geschichte aufgeschlagen worden“, Kohl habe von einem „Meilenstein der Verständigung“ gesprochen.

Konkret verbunden wird Weizäckers Präsidentschaft mit der Rede zum 40. Jahrestag des Weltkriegsendes im Jahr 1985. Großen, wenn auch nicht einhelligen Beifall finden bis heute die Formulierungen: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er

„Kaum ein Staatsoberhaupt schien für seine Aufgabe so geschaffen zu sein“

Deutschlandfunk zum Tode von Richard von Weizsäcker

hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Weniger im Gedächtnis sind gelungene Sätze wie „Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich.“ Und seltsam vergessen scheinen die kenntnis- und pietätfreien Worte: „Der erzwungenen Wanderschaft von Millionen Deutschen nach Westen folgten Millionen Polen und ihnen wiederum Millionen Russen.“

Kritik am Parteienstaat

1992 übte Weizsäcker Kritik am Parteienstaat. Dieser sei nach seiner Überzeugung von Machtversessenheit und Machtvergessenheit „zugleich geprägt, nämlich machtversessen auf den Wahlsieg und machtvergessen bei der Wahrnehmung der inhaltlichen und konzeptionellen politischen Führungsaufgabe“. Er selbst befand sich in einer anderen Sphäre. Nach dem Ende seiner Amtszeit ließ er – im Gegensatz zu anderen Präsidenten – seine Parteimitgliedschaft weiterhin ruhen. Verübelt hat ihm das vor allem Kohl, der sich auch enttäuscht zeigte, dass der Altbundespräsident, der ihm viel zu verdanken hatte, in der sogenannten Spendenaffäre explizit auf Distanz ging. Richard von Weizsäcker ist am 31. Januar 2015 in Berlin gestorben.

VIETNAMKRIEG

Richard Nixon interveniert in Kambodscha

Bis zum Ende der Amtszeit des 36. US-Präsidenten Lyndon B. Johnson war der Vietnamkrieg in den USA derart unbeliebt geworden, dass der Demokrat darauf verzichtete, ein weiteres Mal zu kandidieren. Statt seiner wurde 1969 der Republikaner Richard Nixon zum Präsidenten gewählt.

Statt zu deeskalieren weitete der 37. US-Präsident den Kriegsschauplatz jedoch erst einmal aus, um die eigene Verhandlungsposition zu verbessern. Mit dem Ziel, die Nachschubbasen und Stellungen der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams (NFB) und der nordvietnamesischen Armee in Kambodscha zu zerstören, ließ er ab dem 18. März 1969 achtstrahlige Langstreckenbomber vom Typ Boeing B-52 „Stratofortress“ Grenzgebiete Kambodschas bombardieren. Allerdings führte diese geheime Operation mit dem Codenamen „MENU“ nicht zu dem gewünschten Erfolg. Deshalb entschied sich Nixon schließlich für den Einsatz von Bodentruppen. Diese sogenannte Kambodscha-Kampagne startete am 29. April 1970. An diesem Tage rückten 50000 US-Soldaten und 60000 Angehörige der südvietnamesischen Armee ohne Kriegserklärung in das formell neutrale südostasiatische Land ein.

Bis heute ist umstritten, inwieweit das völkerrechtlich zulässig war. Die Mehrheit der Fachjuristen vertritt die Ansicht, dass ein Staat, der die Anwesenheit oder Aktivitäten von Truppen kriegführender Parteien auf seinem Territorium duldet oder gar aktiv fördert, seinen Status als neutrale Macht verliert. Das traf auf Kambodscha insofern zu, als das Bürgerkriegsland Symptome eines „failed state“, eines gescheiterten Staats aufwies und die Zentralregierung nicht die Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet hatte.

Die Kambodscha-Kampagne führte in den USA zu heftigen Protesten, weil sie eine territoriale Ausweitung des Vietnamkrieges bedeutete. Abgesehen davon verfehlte das Unternehmen sein strategisches Ziel. Die NFB und die nordvietnamesische Armee verlagerten ihre Basen ins Landesinnere. Ihnen nachzusetzen, hätte noch ausgedehntere Operationen seitens der USA nötig gemacht. Diese unterblieben jedoch wegen der Reaktionen in der US-Öffentlichkeit und auf der weltpolitischen Bühne. Vielmehr zogen sich die US-Truppen nach 30 Tagen zurück.

Das schwächte die von den USA unterstützte Seite im kambodschanischen Bürgerkrieg, die schließlich unterlag. Vor 45 Jahren endete der Bürgerkrieg mit der Proklamation des Demokratischen Kampuchea durch die von Pol Pot geführten Roten Khmer (Khmers rouges).

Wolfgang Kaufmann

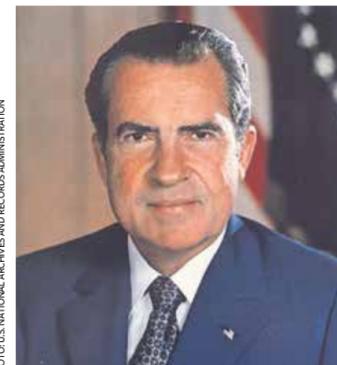


FOTO: U.S. NATIONAL ARCHIVES AND RECORDS ADMINISTRATION

US-Präsident Richard Nixon

VON WOLFGANG KAUFMANN

Durch die Corona-Krise sind notorische Klima-Alarmisten schlagartig aus dem Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit katapultiert worden. So ist es um den langjährigen Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), Hans Joachim Schellnhuber, ebenso still geworden wie um die grünen Galionsfiguren Robert Habeck, Annalena Baerbock und Anton Hofreiter oder die Fridays-for-Future-Aktivistinnen um Greta Thunberg und Luisa Neubauer. Darauf reagiert „Klima-Greta“ in ihrer üblichen trotzig-infantilen Art, indem sie – ohne jedweden klinischen Beleg – in die Welt hinausposaunt, auch sie sei bereits von dem Virus befallen gewesen. Dahingegen gehen andere Vorreiter der Klimabewegung subtiler vor, um wieder Beachtung zu erlangen und darüber hinaus strategische Vorteile aus der verheerenden Pandemie-Krise zu ziehen.

Sie registrieren erfreut, dass die verängstigte Bevölkerung sich momentan recht willig den umfassenden staatlichen Zwangsmaßnahmen unterwirft, von denen Regierungskritiker wie der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier sagen, dass hier eine beispiellose „Außerkräftsetzung von Freiheitsrechten zugunsten eines Obrigkeits- und Überwachungsstaates“ erfolge, welche in vielen Fällen nicht mehr durch die Notlage infolge der Corona-Welle gerechtfertigt sei.

Richter warnt vor Obrigkeitsstaat

Und tatsächlich kontrolliert die Polizei hierzulande teilweise schon Einkaufstaschen vor Supermärkten, um festzustellen, ob die Bürger während ihres „Ausgangs“ denn wirklich nur „lebenswichtige“ Dinge erstanden haben. Oder sie scheucht hoch zu Ross durch die Parks patrouillierende Einzelpersonen von den Bänken hoch, als ob nun auch die kommunalen Sitzmöbel vor einer Infektion geschützt werden müssten. Ganz abgesehen von den ausdrücklichen behördlichen Verboten, die nicht zum unmittelbaren Wohnumfeld gehörende Natur aufzusuchen, obwohl die Ansteckungsgefahr dort im Gegensatz zu den noch „erlaubten“ Supermärkten und öffentlichen Verkehrsmitteln gegen Null tendiert.

Diese Entwicklung beflügelte nun offenbar die Phantasie des „Klima-Papstes“ und langjährigen Merkel-Beraters Schellnhuber. Der meinte am 26. März im Interview mit der „Frankfurter Rundschau“, die Politik solle nach der Corona-Krise eine „nachhaltige Wirtschaftsstrategie“ fahren, „die Veränderungen anstößt“, aber „sicher auch Zumutungen an die Bevölkerung beinhaltet“. Denn „wir erleben ja gerade, dass solche Zumutungen – bis hin zur Ausgangssperre – akzeptiert werden, wenn deren Notwendigkeit



Bilder wie in einem „Überwachungsstaat“: Münchener Polizisten kontrollieren die Einhaltung der Ausgangsbeschränkungen

Foto: imago images/Overstreet

CORONA

Die Pandemie-Krise als Türöffner für den autoritären „Klimaschutz“-Staat

Politiker und Aktivisten bejubeln, wie leicht sich die Menschen gängeln lassen, wenn sie Angst haben. Am liebsten würden sie viele der Zwangsmaßnahmen dauerhaft beibehalten

gut begründet ist“. In dasselbe Horn stieß der Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Anton Hofreiter, gegenüber zahlreichen großen deutschen Blättern, welche seine Auslassungen bereitwillig abdruckten.

Wie weit Politiker der Öko-Fraktion in ihrem manischen Reglementierungsdrang zu gehen bereit sind, demonstrieren jetzt die Gesinnungsgenossen Hofreiters in Österreich: Die Vize-Bürgermeisterin von Wien und Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung, Birgit Hebein, will Straßensperren errichten, um angesichts des momentan rückläufigen Auto-Verkehrs „Platz für Fußgänger“ zu schaffen. Und der grüne Gesundheitsminister unseres alpinen Nachbarlandes, Rudolf Anschober, der schon seit Langem von der „Klima-Revolution“ träumt, triumphierte im öffentlich-rechtlichen ORF: „Es ist beachtlich, dass wir Dinge in die Wege geleitet

haben, wo vor einer Woche jeder gesagt hätte: ‚Das ist unmöglich in Österreich.‘ Dieses Denken werden wir beim Klimaschutz ... genauso brauchen ... Ich freue mich darauf, wenn wir die Corona-Krise überstanden haben, dass wir dann die Klima-Krise mit einer ähnlichen politischen Konsequenz angehen werden.“

Beifall für solche Phantasien gibt es unter anderem von dem Berliner Soziologen Klaus Hurrelmann, welcher gerade das Buch „Generation Greta. Was sie denkt, wie sie fühlt und warum das Klima nur der Anfang ist“ auf den Markt gebracht hat. Der sagte gegenüber der evangelischen Nachrichtenagentur idea, Thunberg und deren Anhängerschar sollten „die Klimakrise und die gegenwärtige Gesundheitskrise“ in einen engen Zusammenhang stellen. Ja, selbst die Wirtschaftswissenschaftlerin und Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, Claudia Kemfert, tonte

vor Kurzem: „Was wir derzeit beim Umgang mit dem Coronavirus lernen, gilt auch beim Klimaschutz.“

Weniger CO₂ „verbrauchen“

Ebenso entdecken nun manche Medien ihr Faible für den Klimanotstand. Ein typisches Beispiel hierfür ist der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR): Der stellte am 28. März in einer Kindersendung die Frage: „Was haben das Corona-Virus und CO₂ gemeinsam?“ Die „kompetente“ Antwort hierauf lautete: Der Erreger und das Kohlendioxid seien beide „winzig klein und mit dem bloßen Auge nicht zu sehen“. Danach ließ die Moderatorin Michaela Koschak die Katze aus dem Sack: „Von Corona wird man ziemlich krank. Aber auch von CO₂ wird man krank.“ Glücklicherweise würden die Menschen von dem Letzteren jetzt deutlich weniger verbrauchen – die studierte Meteorologin sagte tatsächlich „verbrauchen“ –, „weil wir nicht so viel rausgehen“. Danach äußerte

Koschak die Hoffnung, dass dieser Ausnahmezustand nach der Pandemie noch möglichst lange anhalten werde: „Da tun wir was Gutes für unser Klima.“

Die behördlichen Verbote und Freiheitseinschränkungen aufgrund der Corona-Krise, welche von Leuten wie Koschak, Hofreiter und Schellnhuber bejubelt werden, schaffen – so notwendig die Maßnahmen derzeit oft auch sein mögen – gefährliche Präzedenzfälle, die den Klima-Alarmisten in die Hände spielen. Deshalb sollte die durchaus berechtigte Angst vor einer weiteren Ausbreitung des Virus keinesfalls dazu führen, dass in der Bevölkerung statt der wünschenswerten Herden-Immunität am Ende eine schafsähnliche Herden-Folgsamkeit entsteht. Denn die könnte die Wirtschaft und Gesellschaft unseres Landes am Ende noch deutlich teurer zu stehen kommen als die derzeitigen, bereits ziemlich ruinösen Maßnahmen zur Eindämmung der Seuche.

DEBATTE UM BESCHRÄNKUNGEN

Die Stimmen der Anderen

Inzwischen fordern Wissenschaftler, die ihrer Meinung nach überzogenen Einschränkungen wegen Corona aufzuheben

Nicht wenige haben den Eindruck, dass die Corona-Szenarien seitens der Politik und Experten in immer düsteren Farben gezeichnet werden. Nahezu täglich weisen Verantwortliche auf die noch zu erwartende Welle von Erkrankungen hin. Innenminister Horst Seehofer (CSU): „Ohne Handeln könnte es Millionen Tote geben.“ Zugleich erfolgen weitere Einschränkungen, Kritiker beklagen dies als Aktionismus.

Was, wenn das Virus und die von ihm beim geringeren Teil der Infizierten ausgelöste Krankheit Covid-19 bei nüchterner Betrachtung keinesfalls die prophezeite gesundheitliche Katastrophe zur Folge haben? Eine Reihe von Wissen-

schaftlern warnt inzwischen eindringlich. Der Toxikologe und Immunologe Stefan Hockertz sagt gegenüber „wallstreet:online“, das Virus „lässt sich im Krankheitsbild sehr gut mit der bekannten Influenza, also der Grippe vergleichen“. In den meisten Ländern zeige sich eine Todesrate („Letalität“), die der Influenza entspreche. Die uns erschreckenden Bilder aus Italien und Spanien erklärten sich damit, dass man „mit der Lupe“ dorthin schaue.

Todesrate „entspricht Influenza“

Hockertz macht auf andere Faktoren aufmerksam: hohe Luftverschmutzung in Norditalien, mangelhafte Krankenhaushygiene sowie Vorerkrankungen. Der Nach-

weis von Corona bei einem Toten bedeute nicht zwingend, dass er auch daran gestorben sei. Hinsichtlich der Reaktion der Politik findet der Professor deutliche Worte. Diese sei „maßlos, autoritär und rechthaberisch“. Die Maßnahmen seien ergriffen worden, „ohne eine Exit-Strategie vorher zu bedenken, ein Kardinalfehler“. Hockertz rät dazu, das „Rad möglichst schnell noch zurückzudrehen“. Angst mache ihm ein Mord- und Totschlagsszenario, „wenn wir weiter die soziale Isolation aufrechterhalten“. Man solle „endlich wieder wissenschaftsbasiert und vernünftig handeln“.

In der Diktion zurückhaltender, inhaltlich aber sehr ähnlich klingen die Stellungnahmen von Sucharit Bhakdi. Der

ehemalige Leiter des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene der Universität Mainz fragt, ob man genug wisse, „um all das zu verantworten, was wir den Menschen in diesem Lande gerade zumuten“. In einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel schreibt er, seine Besorgnis liege „vor allem in den wirklich unabsehbaren sozioökonomischen Folgen der drastischen Einschränkungsmaßnahmen“. In Form von Fragen, deren Gegenstand seiner Meinung nach bislang nicht ausreichend analysiert wurde, bezweifelt Bhakdi die besondere Gefährlichkeit von Corona und moniert einen seiner Meinung nach unwissenschaftlichen Umgang mit Statistiken und Ver-

gleichen, die als Grundlage für politische Entscheidungen dienen.

„Sehr, sehr viel Schaden“

Ansgar W. Lohse, Direktor des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf, weist im MDR auf Probleme, die durch die Konzentration auf Corona entstünden. Man vergesse, „dass die Maßnahmen, die wir ergriffen haben, auch zu sehr, sehr viel Schaden“ führten, nicht zuletzt gesundheitlich. Sogar zu Todesfällen, weil für andere Krankheitsbilder die Versorgung nicht mehr gewährleistet sei. Sollten diese Stimmen auch nur zum Teil recht behalten, hätten die Regierungen viel zu erklären. Erik Lommatzsch



S-BAHN IM KÖNIGSBERGER GEBIET

In 20 Minuten an die Ostsee

Seit der Fußball-WM 2018: Immer mehr Strecken werden mit „Lastotschka“-Schnellzügen ausgestattet

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2018 hatte die Gebietsregierung zwischen Königsberg und den Kurorten Cranz und Rauschen eine schnelle Bahnverbindung eingerichtet. Damals wurden vier neue Elektrozüge mit der Bezeichnung „Lastotschka“ (Schwalbe) angeschafft, die in den vergangenen anderthalb Jahren 4,6 Millionen Passagiere nach Rauschen, Cranz und in den Kurort Neukuhren beförderten.

Die Beliebtheit dieser Zugverbindungen bei den Fahrgästen veranlasste die Gebietsregierung dazu, die Küstenstrecken mit zwei weiteren „Schwalben“ auszustatten. Der lang erwartete fünfte elektrische Hochgeschwindigkeitszug wurde Anfang Februar dieses Jahres in Betrieb genommen. Im Rahmen des „Businiess Express-Projekts“ bringt die neue S-Bahn in kurzer Zeit Reisende vom Königsberger Südbahnhof nach Rauschen. Fährt der Zug beispielsweise in Rauschen um 8.15 Uhr ab, erreicht er den Königsberger Nordbahnhof um 8.35 Uhr und den Südbahnhof um 8.44 Uhr. Die Ostsee ist also von Königsberg aus in 20 Minuten zu erreichen. Diesen Schnellzug nutzen neben Tagestouristen auch Pendler, die aus Rauschen nach Königsberg zur Arbeit fahren. Die Fahrkarten für die S-Bahn von Rauschen zum Nordbahnhof kosten umgerechnet nur 70 Cent und bis zum Südbahnhof 80 Cent.

Die Ankunft des sechsten Hochgeschwindigkeitszuges in Königsberg im Februar wurde durch einen tragischen Zwischenfall überschattet. Als der Zug von Jekaterinburg nach Königsberg überführt wurde und am Bahnhof von Wladimir zwischenparkte, befanden sich zwei Mitarbeiter im Fahrgastraum – der Zugführer und sein Assistent. Der Zugführer verstarb plötzlich, sein Mitarbeiter konnte gerettet werden. Was war passiert? Nach vorläufigen Angaben starb der Mann an



S-Bahnhof in Königsberg: Der Schnellzug „Lastotschka“ erfreut sich großer Beliebtheit

Foto: J.T.

einer Kohlenmonoxidvergiftung. Vermutlich war die Vergiftung darauf zurückzuführen, dass der Verstorbene eine Heizung mit einem Benzinmotor benutzt hatte.

Doppelt so viele Gäste wie 2014

2019 belief sich die Zahl der Fahrgäste des S-Bahn-Verkehrs im Königsberger Gebiet auf fast fünf Millionen, das sind 25 Prozent mehr als 2018 und fast doppelt so viele wie 2014. Der Hochgeschwindigkeitszug besteht aus fünf Wagen, die Gesamtlänge des Zuges beträgt 130 Meter. Er kann Geschwindigkeiten von bis zu 160 Kilometern pro Stunde erreichen. Die Kosten für den Zug betragen umgerechnet knapp sechs Millionen Euro.

Zurzeit fahren S-Bahnen in zehn Richtungen: nach Rauschen, Cranz, Pillau, Neuhausen, Heiligenbeil, Schultitten [Strelnja], Insterburg, Tilsit, zu den Königsberger Bahnhöfen Nord und Süd sowie nach Tannenwalde. Insgesamt werden täglich 12.000 Passagiere mit 74 verkehrenden Zügen befördert.

S-Bahn wird weiter ausgebaut

Die Verantwortlichen der Region beraten seit Langem über eine S-Bahnverbindung zwischen Königsberg und dem Flughafen Powunden [Chrabrowo]. Dazu wäre es allerdings notwendig, erst einmal eine Eisenbahnlinie zum Flughafen zu bauen, da diese nicht vorhanden ist. Dies bedeutet eine Investition von mehreren Milliarden Rubel. Zuvor sagte die

Regionalregierung, es sei erst dann ratsam, das Projekt näher in Betracht zu ziehen, wenn der Flughafen seinen maximal möglichen Passagierstrom erreicht hat. Dieser wird mit fünf Millionen Passagieren kalkuliert. Ende 2019 belief sich der Passagierverkehr am Königsberger Flughafen jedoch nur auf 2,4 Millionen Fluggäste.

Darüber hinaus prüfen die Behörden der Region zusammen mit den Russischen Eisenbahnen die Möglichkeit, Strecken im Osten der Region zu elektrifizieren, um Hochgeschwindigkeitszüge in andere Richtungen zu lenken. Die S-Bahnverbindungen erfreuen sich bei Anwohnern und Gästen der Region wachsender Beliebtheit, und das Netz wird daher noch weiter ausgebaut.

ALLENSTEIN

Deutsche Vorkriegsgebäude sichtbar machen

Hausbewohner setzten sich für die Anbringung eines zweisprachigen Straßenschilds ein

Mit dem Einmarsch der Roten Armee wurde Allenstein 1945 stark zerstört und niedergebrannt. Wenigstens blieb ein Teil des Stadtzentrums verschont. Dort befinden sich schöne und prächtige Mietshäuser, ein Beispiel dafür ist die Langgasse, die eine Vorstellung davon vermittelt, wie die Hauptstraßen von Allenstein in der Vergangenheit aussahen. In den letzten Jahren stellte die Stadt aus dem laufenden Haushalt regelmäßig umgerechnet etwa 110.000 Euro für die Restaurierung historischer Gebäude zur Verfügung.

Die Eigentümer und Verwalter der im Denkmalregister eingetragenen Wohnhäuser konnten diese Finanzmittel beantragen. Das Geld aus der Zuwendung wurde für verschiedene Zwecke verwendet. Von der Wanddämmung über Dachreparaturen, die Renovierung von Balkonen bis hin zur Fassadenrenovierung, die am auffälligsten ist und das Bild des Stadtzentrums sowie des nördlichen Wohn-

viertels [Zatorze] prägt. Und wenn Baugerüste verschwinden und neue farbenfrohe Fassaden freigelegt werden, dann wird es zu einem Impuls für die Verwalter der benachbarten Gebäude, diese auch zu renovieren.

So ist es auch im Fall des Mehrfamilienhauses Nr. 8 in der Langgasse geschehen. Die Wohngemeinschaft entschied, an der Fassade des im März renovierten Gebäudes ein neues Schild mit dem polnischen Straßennamen und darunter ein entsprechend kleineres mit dem deutschen Straßennamen „ehem. Langgasse“ aus der Vorkriegszeit anzubringen. Auf diese Weise hat die Wohngemeinschaft des über 100 Jahre alten, schönen Mietshauses die Kontinuität der Geschichte und des kulturellen Erbes der Stadt sichtbar gemacht. „Wir dachten, dass die Restaurierung der Fassade eine schöne Gelegenheit wird, die Geschichte unserer Straße in Erinnerung zu rufen. Wäre der Stra-

ßenname mit einer Ideologie verbunden, hätten wir uns sicher nicht dazu entschlossen, aber in diesem Fall ist er neutral. Wir haben uns von den Schildern mit den Vorkriegsnamen der Allensteiner Straßen inspirieren lassen, die wir im Museum der Moderne gesehen hatten, und das gab uns den Anstoß für unser Projekt. Es lohnt sich, die Geschichte des uns am nächsten gelegenen Raums kennenzuler-



Zeugt von der deutschen Vergangenheit: Schild am Haus Nr. 8

Foto: D.K.

nen“, unterstrich Tomasz Sztachelski vom Vorstand der Wohngemeinschaft. Die Langgasse ist besonders reich an erhaltenen Gebäuden. Obwohl die Befürchtung bestand, dass das Anbringen eines deutschsprachigen Straßenschildes die Einwohner von Allenstein spalten könnte, zeigt eine Internetumfrage auf der Website einer der populärsten landesweiten Zeitungen etwas ganz anderes. Laut der Umfrage sind mehr als 71 Prozent der Leser der Meinung, dass die Idee, über ehemalige Straßennamen zu informieren, eine gute sei. Dies ist ein gutes Zeichen, denn die positive Einstellung der Stadtbewohner zu derartigen Projekten beweist, dass sie zunehmend toleranter und aufgeschlossener werden, sich der Geschichte der Region bewusster werden und sich nicht mehr von deutschfeindlichen Stereotypen nähren sowie immer seltener Ressentiments gegen Deutsche hegen.

Dawid Kazanski

MELDUNGEN

Kornspeicher ausgebrannt

Dönhoffstädt – Der Kornspeicher von Schloss Dönhoffstädt aus dem 19. Jahrhundert hat gebrannt. Vier Feuerwehrmannschaften haben versucht, das Feuer, das den historischen Getreidespeicher verzehrte, zu bekämpfen. Der Brand brach am 25. März nach 2 Uhr nachts aus. Insgesamt 13 Feuerwehreinheiten aus Rastenburg, Barten und Dönhoffstädt waren zum Löschen ausgerückt. Als die erste Einheit ankam, hatten die Flammen bereits das gesamte Dach erfasst, und einige Konstruktionselemente waren schon zusammengebrochen. Die Brandbekämpfung dauerte mehrere Stunden. Die Feuerwehreinheiten durchsuchten anschließend das Gebäude, doch zum Glück befand sich niemand im Inneren. Die Polizei untersucht die Ursachen des Feuers. „Nach unseren Erkenntnissen hatte das Gebäude keinen Stromanschluss“, sagte der Sprecher der Rastenburger Feuerwehr. Der neugotische Getreidespeicher wurde Mitte des 19. Jahrhunderts als eines der Wirtschaftsgebäude des Schlosses in Dönhoffstädt erbaut. Letzteres war der Sitz der Familie Dönhoff. Das Objekt befindet sich im Denkmalregister. E.G.

Vorbereitung auf die Saison

Palmnicken – Der Leiter der Stadtverwaltung von Palmnicken, Alexej Saliwatskij, hat auf seiner Facebook-Seite bekannt gegeben, wie die Stadt sich auf die diesjährige Badesaison vorbereitet. Es wird damit gerechnet, dass die Corona-Krise um den 10. April ihren Höhepunkt erreicht haben wird. „Ich weiß, dass das zurzeit nicht ganz angemessen ist, aber das Leben muss weitergehen. Wir bereiten die Strandsaison für die Zeit nach der Apokalypse vor“, schrieb der Politiker. Zur Unterstützung seiner Worte veröffentlichte der Beamte ein Foto, auf dem Arbeiter Holzschirme an der Küste installieren. Zuvor hatte Saliwatskij Königsberger und die Bewohner anderer Regionen aufgefordert, während der Ausbreitung des Coronavirus nicht nach Palmnicken zu kommen. In dem Ort sind alle touristischen Einrichtungen geschlossen. Hotels nehmen bis zum 1. Juni keine Gäste auf. MRK

Arbeitsplätze in Gefahr

Königsberg – Die Regionalregierung des Königsberger Gebiets geht davon aus, dass in den kommenden drei Monaten 1000 Beschäftigte ihre Arbeit verlieren könnten. Wegen der Corona-Pandemie hatte Gouverneur Anton Alichanow zunächst in Erwägung gezogen, zusätzliche Leistungen zur Arbeitshilfe an Betroffene zu zahlen. Dafür seien im Haushalt umgerechnet 1,2 Millionen Euro vorgesehen. Später ruderte Alichanow jedoch zurück und sprach stattdessen von Lebensmittelkarten für Arbeitslose. Aufgrund der geltenden Ausgangssperre mussten in der Region bereits viele Cafés, Restaurants, und Einkaufszentren schließen. MRK

Wir gratulieren...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Körner, Hedwig, geb. **Prengel**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 13. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Herold, Johanne, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 13. April
Kunowski, Herta, geb. **Dreier**, aus Wolettnick, Kreis Heiligenbeil, am 15. April
Plewe, Luise, geb. **Behrendsen**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 11. April
Spendowski, Elisabeth, geb. **Aukthun**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 16. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Elste, Gertrud, geb. **Gollub**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 14. April
Peter, Elizabeth, geb. **Van den Pluijm**, aus Wehlau, am 14. April
Rapold, Gerda, geb. **Behring**, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 16. April
Schulewski, Hildegard, geb. **Dombrowski**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 10. April
Wollemin, Walter, aus Maihof, Kreis Lyck, am 13. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bludau, Erika, aus Lyck, am 14. April

Buschmann, Edelgard, geb. **Belusa**, aus Treuburg, am 15. April
Kirschmacher, Paul, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 12. April
Kossak, Helga, geb. **Gricksch**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 10. April
Macheit, Gisela, geb. **Rose**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 10. April
Riedel, Dr. Dietrich, aus Fischhausen, am 16. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Borutta, Gerhard, aus Goldensee, Kreis Lötzen und aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 12. April
Breitmoser, Robert, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 13. April
Christiansen, Käthe, geb. **Preuss**, aus Treuburg, am 16. April
Gottschling, Lotte, geb. **Gielich**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 16. April
Lindemann, Karl Wilhelm, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 10. April
Von Bostell, Ingeburg, aus Königsberg, am 14. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Arnold, Gertrud, geb. **Bednarzik**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 12. April
Dittrich, Gerda, geb. **Kluck**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 11. April
Mitzig, Eleonore, aus Lyck, am 13. April
Mlynek, Eva, geb. **Stallzus**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 14. April
Pille, Hedwig, geb. **Nientkewitz**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 10. April

ANZEIGE

Seinen **87.** Geburtstag
 am 5. April feierte
Siegfried Waschull
 aus Rosenheide,
 Kreis Lyck
 Es gratulierten von Herzen
Dein Sohn Siegfried mit Sema
Deine Enkelkinder

Rogowsky, Margot, geb. **Remscheidt**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 10. April
Zerner, Rose, geb. **Melis**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 12. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Burchard, Elisabeth, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, am 10. April
Dettmann, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. April
Froriep, Marie, geb. **Kochanowski**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 10. April
Griwatz, Kurt, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 16. April
Haverland, Barbara, geb. **Dumjahn**, aus Belgard, Pommern, am 11. April
Pehmöller, Frieda, aus Kalteherberg, Kreis Danzig, am 15. April
Raeder, Hans, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 12. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Günther, Erika, geb. **Bangel**, aus Neidenburg, am 14. April
Lang, Inge, geb. **Kohnke-Laupichler**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 15. April
Lenz, Irmgard, geb. **Schade**, aus Loppönnen, Kreis Fischhausen, am 14. April
Nessmann, Erna, geb. **Mattuschat-Sabautzki**, aus Pöhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 10. April
Rohde, Edelgard, geb. **Lendle**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 10. April
Rüppel, Lieselotte, geb. **Waschulewski**, aus Schuchten, Kreis Treuburg, am 13. April
Schmidt, Gertrud, aus Renkusen, Kreis Lyck, am 12. April
Schulz, Werner, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 95, am 13. April
Schustereit, Eva, geb. **Lange**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 15. April
Ziebell, Herta, geb. **Jenzewski**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Adermann, Eva, geb. **Ruge**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 13. April
Bandilla, Gustav-Otto, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 16. April
Droste, Charlotte, geb. **Ruddies**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 12. April
Klein, Marga, geb. **Hinz**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 16. April
Klischewski, Eva, aus Walden, Kreis Lyck, am 16. April
Langbein, Hedwig, geb. **Sbrzesny**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 13. April
Michalski, Herbert, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 16. April
Ruschinzik, Richard, aus Bobern, Kreis Lyck, am 14. April
Scheffler, Kurt, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 16. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Arndt, Eva, geb. **Kell**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 14. April
Gäth, Rosemarie, geb. **Henseleit**, aus Wehlau, am 13. April
Holzhausen, Käthe, geb. **Sbrzesny**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 10. April
Jebramek, Erwin, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 15. April
Joswig, Annemarie, geb. **Müller**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, am 15. April
Kewitz, Maria, geb. **Krogull**, aus Freythen, Kreis Ortelsburg, am 14. April
Kramer, Irmgard, geb. **Liedtke**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 15. April
Kulschewski, Reinhold, aus Milucken, Kreis Lyck, am 13. April
Mow, Annelies, geb. **Hennig**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. April
Schau, Rosemarie, aus Lyck, Königinn-Luisen-Platz 12, am 13. April
Schwabe, Gertraud, geb. **Becker**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 15. April
Spiess, Georg, aus Lyck, Lycker Garten 13, am 10. April
Todtenhaupt, geb. Stumpf, aus Wehlau, am 16. April
Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

ANZEIGE

Masuren und Danzig
 Reisen mit der MS CLASSIC LADY
 Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

Zoellner, Sidonie, geb. **Fink**, aus Holländerei, Kreis Wehlau, am 12. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Barske, Käthe, geb. **Sand**, aus Treuburg, am 10. April
Becherer, Lisbeth, geb. **Wenzel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. April
Beyer, Heinz-Werner, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 10. April
Donde, Ingeborg, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. April
Färber, Herta, geb. **Artischewski**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 14. April
Gassewitz, Martin, aus Lyck, Freystraße 10, am 10. April
Hesse, Hildegard, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April
Kowalzik, Alfred, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 13. April
Lasarzik, Gerd, aus Bartken, Kreis Treuburg, am 15. April
Mattinger-Courvoisier, Lydia, geb. **Courvoisier**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 13. April
Miehling, Adelheid, geb. **Buxa**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. April
Pawelzick, Herbert, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 10. April
Poluda, Manfred, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 16. April
Pruß, Hans, aus Narthen, Kreis Neidenburg, am 13. April
Romanowski, Hildegard, geb. **Dembeck**, aus Grundensee, Kreis Lötzen, am 12. April
Scharnowski, Werner, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 11. April
Schulze, Magdalena, geb. **Zachrau**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 11. April
Seinwill, Herbert, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 12. April
Trilat, Liselotte, geb. **Lottermoser**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 12. April
Wieck, Annemarie, geb. **Brenneisen**, aus Fuchshagen, Kreis



Frühling Ein Star auf einem Baum vor dem Gutshaus Klein Guja (Aufnahme von Walter von Sanden-Guja um 1934) Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Ebenrode, am 10. April
Wunderlich, Helene, geb. **Nürnberg**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 11. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Breede, Inge, geb. **Quandt**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 14. April
Foerster, Hans-Georg, aus Herzogshöhe-Neumühl, Kreis Treuburg, am 12. April
Griga, Harry, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. April
Heick, Ilse, geb. **Niedzwetzki**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. April
Kuppa, Lilli, geb. **Niedrich**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 11. April
Leidig, Herbert, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 10. April
Maier, Hannelore, geb. **Koreik**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 11. April
Marrek, Wilhelm, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 13. April
Monecke, Edith, geb. **Senkbeil**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 12. April
Nimschowski, Waltraud, geb. **Schenkewitz**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 13. April
Rehberg, Ruth, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 16. April
Rogge, Gerhard, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 11. April
Scheffler, Kurt, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 14. April
Seidler, Fritz, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 13. April
Heinacher, Horst, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 14. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adams, Christa, geb. **May**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 13. April

Dickmann, Gerhard, aus Dame-
 rau, Kreis Wehlau, am 10. April
Fehlberg, Erika, geb. **Zywitz**, aus Wansen, Kreis Neidenburg, am 11. April
Fleischer, Ruth Helga, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 11. April
Garber, Annemarie, geb. **Bahlo**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 16. April
Grau, Helga, geb. **Czieslick**, aus Lyck, am 14. April
Hartwich, Günter, aus Lyck, am 12. April
Janzik, Gerhard, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 14. April
Kerstan, Siegfried, aus Lehlesken, Kreis Ortelsburg, am 14. April
Lange, Ursula, geb. **Broß**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 11. April
Merchel, Karl, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 14. April
Möller, Helga, geb. **Brockert**, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 14. April
Oldevend, Helga, geb. **Paulini**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 10. April
Pichottka, Irene, aus Michelsdorf, Kreis Ortelsburg, am 15. April
Saborowski, Horst, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 12. April
Sass, Inge, geb. **Fidorra**, aus Großalbrechtstort, Kreis Ortelsburg, am 14. April
Stiemer, Heide, geb. **Regge**, aus Treuburg, am 15. April
Trzaska, Edelgard, geb. **Neumann**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 15. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Leben, Werner, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, am 15. April
Moeller, Hubert, aus Adlig Boro-
 wo, Kreis Neidenburg, am 15. April
Riedel, Eckart, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. April
Schawaller, Hans-Peter, Kreis Ebenrode, am 12. April

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Die Arbeitstagung für die deutschen Vereine in Sensburg muss wegen der Corona-Krise leider ausfallen.

26. bis 28. Juni: 8. Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg

11. Juli: Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein

12. Juli: Ostpreußisches Sommerfest in Wuttrienen

18. bis 20. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

5. bis 11. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

8. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Bitte vormerken für 2021
Jahrestreffen der Ostpreußen, 05.06.2021, CongressPark Wolfsburg

Wegen der Corona-Krise kann es zu weiteren Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Zusendungen für die Ausgabe 17/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 17/2020 (Erstverkaufstag 24. April) bis spätestens Dienstag, den 14. April 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.



Ostpreußisches Landesmuseum

Unser Museum bleibt digital geöffnet

Seit drei Wochen haben wir den Regierungsaufgaben gemäß und unserer Verantwortung für die Gesundheit unserer Gäste und Mitarbeiter folgend alle Ausstellungen geschlossen und unsere sonstigen Veranstaltungsangebote vollständig abgesagt. Diese Maßnahmen gelten zunächst bis zum 20. April. Damit entfällt auch die Eröffnung unserer großen Sonderausstellung „Sielmann!“ über den großartigen Tierfilmer

Heinz Sielmann. Diese tolle Ausstellung ist bereits aufgebaut, wir hoffen, Sie Ihnen so bald wie möglich präsentieren zu können.

Wie viele Kulturinstitutionen wollen wir Ihnen wenigstens auf digitalem Weg unsere Ausstellungen und Sammlungen näher bringen. Jede Woche soll deshalb ein Video erscheinen, in dem wir unsere Lieblingsstücke vorstellen oder über ein Ausstellungsmodul berichten.

www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe
Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar
Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Landesgruppe - Liebe Mitglieder der Landesgruppe, wir alle sind betroffen von den Einschränkungen, die uns das Coronavirus beschert. Leider auch einige unserer Veranstaltungen. Sehr schmerzlich ist, dass das Kulturzentrum Ostpreußen den für den 25. April geplanten Landeskulturtag absagen musste.

Das Schloss und damit auch der Flügel des Kulturzentrums ist zunächst bis zum 19. April wegen der Corona Einschränkungen geschlossen. Derzeit ist geplant, die Tagung zunächst um zwei Monate auf einen Termin Ende Juni/Anfang Juli 2020 zu verschieben.

Wir gehen davon aus, dass der Herbsttermin - der Kulturtag der Landesgruppe Bayern - ohne Einschränkungen stattfinden kann.

Wenn Sie sich also auf den Termin gefreut hatten - so wie wir - so bleibt uns nur die Hoffnung auf den Nachholtermin - oder auf unseren Landeskulturtag im Herbst dieses Jahres.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Liebsten, dass Sie gut über die Corona-Krise hinwegkommen, und freuen uns auf ein Wiedersehen zur nächstmöglichen Gelegenheit.

Der Vorstand



Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Landesgruppe - Der Vorstand der Landesgruppe Hessen sieht sich veranlasst, wegen der Corona-Pandemie die vom 9. bis 10. Mai 2020 geplante Kulturtagung leider abzusagen.

Kassel - Das Vortragsthema unseres März-Treffens lautete: „Der Wolf in Deutschland“. Der Jungjägerausbilder und Wolfsexperte Dieter Sellemann war zu uns gekommen, um einen Situationsbericht über die Ausbreitung Isegerrimms zu geben. In diesem Zusammenhang kam zur Sprache, dass der Grauwolf vor 90 Jahren zu den „Sieben großen Wildtieren Ostpreußens“ zählte, die hier jeweils bedeutendere Bestände aufwiesen als die weiter westlich gelegenen Provinzen. Es gehörten dazu: der Wolf als gelegentliches Wechselwild, weiter Luchs, Elch, Rothirsch, Kranich, Weiß- und Schwarzstorch.

Nach der Westwanderung des grauen Räubers mit einem ersten Geheck im Jahre 2000 in der Lausitz ermittelten die Wolfszähler hierzulande mittlerweile an die 1300 Tiere - unglaublich! Auch in Nordhessen gab es bereits einen sesshaften Wolf, erste Rudel sind schon bald zu erwarten.

Viel Interessantes wusste der Referent über die „strenggeschützte Art“ zu berichten. Neben Anga-

ben zu typischen Kennzeichen und Verbreitung in Wort und Bild gab es Informationen zu Wolfsrissen, der Weidetierproblematik und Verhaltensweisen des Wildtiers. Erstaunliches hörten wir über das teils fragwürdige Wolfsmanagement mit seinen strengen Regeln. Ein Landwirt verwies in der Diskussionsrunde auf die bewährte Rotwildhege. Auch für den Wolf sollte es zugewiesene Lebensräume mit festgelegten Abschussplänen geben, um eine verantwortbare Wolfsdichte zu erlangen. Dies fordern auch viele Jäger. Dagegen steht aber die herrschende grüne Ideologie.

Gerhard Landau

Vortrag Posen und das Posener Land

Wetzlar - Die Provinz Posen war eine von 1815 bis 1920 bestehende Provinz im Osten des Staates Preußen. Heute gehört sie zu Polen. In einem Vortrag zum Thema „Posen und das Posener Land“ mit Lichtbildern erinnert Karla Weyland (Rauschenberg) an die ehemalige Heimat bei der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen - Kreisgruppe Wetzlar. Die Veranstaltung ist für Montag, 11. Mai, um 13 Uhr in der Gaststätte „Grillstuben“ (Stoppelberger Hohl 128) geplant. Der Eintritt ist frei. Bitte informieren Sie sich vorher bei Kuno Kutz, ob die Veranstaltung stattfindet. Kontakt: Telefon 06441 770559.



Leben auf dem Lande Kolonialwarenladen in Hochweiler, Kreis Pillkallen (später Schloßberg), um 1930
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

2020 vorgesehene Delegiertenversammlung wegen des Coronavirus verschoben werden. Vereinsrechtlich ist eine Delegiertenversammlung mindestens einmal jährlich vor dem 1. Mai vorgeschrieben (§ 9 Abs. 2 der Satzung der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen e.V.), doch kann diese Satzungsregelung in diesem Jahr nicht eingehalten werden. Ich beabsichtige daher die Einberufung einer Delegiertenversammlung in der zweiten Jahreshälfte - voraussichtlich zum 24. Oktober 2020, dem für die Herbsttagung vorgesehenen Termin.

Wilhelm Kreuer



Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau - Als neue Vorstandssitzung ist Mittwoch, der 22. April 2020 geplant. Dann wird sich vielleicht schon entscheiden, wann unsere Veranstaltungen weitergeführt werden können. Wir werden uns sofort melden, wenn die Treffen wieder stattfinden werden.

Wir hoffen, Ihnen allen geht es gut. Falls Sie aber irgendwelche Hil-

fe brauchen oder ein Gespräch suchen, melden Sie sich unter folgenden Nummern Ihres Vorstandes: (0451)2901034 - Axel Simanowski, oder (0451)23400 Hans Eckloff, oder (04504)3435 Gisela Rowedder.
Ihr Vorstand

Schwarzenbek - Die Corona-Pandemie zwingt die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Schwarzenbek, die am 18. April 2020 vorgesehene Feier zum 70-jährigen Bestehen der Landsmannschaft zu verschieben.

Wenn es die Situation zulässt, ist der 8. August 2020 als neuer Termin angedacht. Der 8. August ist der nächstgelegene Sonnabend zum 70-jährigen Bestehen der Charta der Vertriebenen, die am 5. August 1950 von namhaften Vertretern der Vertriebenen unterzeichnet wurde. Darin verzichteten die Vertriebenen nach allem ihnen zugefügten Leid und Unrecht, nach dem unwiederbringlichen Verlust ihrer Heimat und der totalen Enteignung, auf Rache und Vergeltung. Sie bekundeten, mit allen Kräften die Schaffung eines geeinten Europas zu unterstützen, in dem Völker ohne Furcht und Zwang leben können. Die Vertriebenen verpflichten sich in ihrer Charta auch, durch unermüdete Arbeit am Wiederaufbau Deutschlands und Europas teilzunehmen.

Peter Gerigk

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft.

Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 €. Den Aufnahmean-

trag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft - www.ostpreussen.de - herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen: Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de.



ANZEIGE

Bestellen Sie ganz einfach unter (040) 41 40 08 42

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit das ostpreußische Schlemmerpaket als spezielle PAZ-Prämie.

Unser ostpreußisches Schlemmerpaket

Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Preußische Allgemeine Zeitung. Die Wochenzeitung für Deutschland.

Heimatkreisgemeinschaften

Allenstein-Stadt

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach **Gst.:** Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 - 29 131, StadtAllenstein@t-online.de

65. Jahrestreffen der Stadtgemeinschaft Allenstein
11. und 12. September in Gelsenkirchen-Schloss Horst

Allenstein-Land

Kreisvertreter: Andreas Galenski, Sauerbruchstraße 2, 42549 Vellbert, Tel.: 02051 - 8 77 29, Kreisvertreter-Allenstein@t-online.de, www.allenstein-landkreis.de
Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen. Tel.: 05401 - 977-0

In der Vorstandssitzung mit sieben Teilnehmern am 22. Februar 2020 in Meinerzhagen wurde der Antrag der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) auf Gewährung eines Reisekostenzu-

schusses für die Teilnahme am Heimattreffen im September 2019 in Gelsenkirchen, zu dem die Stadtgemeinschaft Allenstein eingeladen hatte, positiv beschieden. Ebenso fand der Entwurf eines Flyers, bezogen auf die neue Kreisgemeinschaft, zur Anwerbung aktiver Mitarbeiter allseitige Zustimmung.

Der Termin zur Kreisversammlung (ehemals Mitgliederversammlung) wurde festgelegt auf Sonntag, 25. April 2020, 10 Uhr, im Großen Sitzungssaal des Rathauses in Hagen a.T.W., Schulstraße 7. Die gewählten Mitglieder werden noch postalisch unter Beifügung einer Tagesordnung eingeladen werden. Auch die eingetragenen Vereinsmitglieder können an der Versammlung teilnehmen, allerdings ohne Stimmrecht. Einigkeit wurde erzielt, wer aus den Reihen der KG mit dem Verdienstabzeichen der LO geehrt werden soll.

Zum Ablauf des Arbeitsbesuches des Vorstandes in der Heimat in der Zeit vom 9. bis 20. Juli 2020 wurden weitere Vorschläge gemacht und angenommen. Außerdem gaben Kreisvertreter Andreas Galenski einen Situations- und Arbeitsbericht ab sowie Schatzmeister Artur Korczak einen Überblick zur Kassenlage. Der Kreisvertreter gab abschließend bekannt, dass das

neue Kreisbuch „Landkreis Allenstein“ eines deutschen in Allenstein lebenden Historikers kurz vor der Vollendung steht und demnächst vorgestellt wird. Das Werk wird durch Vermittlung eines unserer Ehrenmitglieder von der Sparkasse Osnabrück mitfinanziert.

Tod des Kreisvertreters a.D. Winrich Otto

Wie aus seiner Familie jetzt mitgeteilt wurde, verstarb kürzlich unser früherer Kreisvertreter Winrich Otto, Rechtsanwalt in Hamburg. Er stand der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land von 1981 bis 1989 in der Nachfolge des langjährigen Kreisvertreters Hans Kunigk vor. Davor war er zwei Jahre lang dessen Stellvertreter. Winrich Otto kam 1932 auf Gut Rosenau im Landkreis Allenstein als Sohn der Eheleute Egbert und Christel Otto zur Welt. Sein Vater war Gutsbesitzer, später auch Provinzialbauernführer und nach dem Krieg in den 1950er Jahren der Gründungsvorsitzende der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land (1953) und danach Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen und Verlagsleiter des *Ostpreußenblatts*.

Winrich Otto besuchte mit zehn Jahren das staatliche humanistische Gymnasium in Allenstein, wo er in Schülerspension war. Im Januar 1945 wurde er mit Mutter und zwei Schwestern auf Gut Rosenau von der russischen Front überrollt. Während die Mutter verhaftet wurde, blieben die Kinder sich selbst überlassen. In jener Zeit wurde der 12jährige als Viehtreiber in die UdSSR „ausguckt“, und die etwas ältere Schwester sollte verschleppt werden. Durch glückliche Umstände kam die Mutter frei, und

die Familie konnte sich im Dorf verstecken. Alle erlebten noch den Übergang ihrer Heimat aus sowjetischer in polnische Hand und das Abbrennen des Gutshauses. Noch im Jahre 1945 wurde die Familie Otto von den Polen aus ihrer Heimat vertrieben.

Mit der Wahl von Winrich Otto zum Kreisvertreter fand ein Generationswechsel statt; frischer Wind zog in die Kreisgemeinschaft ein. Ihm gelang es, junge Leute auf seine Seite zu ziehen; er förderte Kirchspiel- und Ortstreffen, die er selbst besuchte. Ein weiterer Meilenstein in seiner Amtszeit war die Ausarbeitung einer Vereinssatzung für unsere Kreisgemeinschaft Allenstein-Land nach den Strukturen unseres alten Landkreises Allenstein mit einem Kreistag und einem Kreis Ausschuss als die wichtigsten Organe und mit einem Vorsitzenden (Kreisvertreter) an der Spitze sowie ihm zur Seite der gleichberechtigte Schatzmeister.

Es ist das Verdienst von Winrich Otto, den Vorstand verjüngt und dazu beigetragen zu haben, dass die Kreisgemeinschaft als Verein beim Amtsgericht eingetragen werden und vom Finanzamt die Gemeinnützigkeit erlangen konnte. Dafür sind wir ihm heute noch dankbar. Im Jahre 1999 verlieh ihm die LO ihr Ehrenzeichen in Silber.

Ruhe in Frieden!

Horst Tuguntke

Angerapp

Kreisvertreter: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Tel.: 04102 - 823 300, Fax: 04102 - 47 39 608, Handy: 0151-18 46 100, E-Mai@gmx.net

Terminabsage

Das für den 9. Mai 2020 vorgesehene Jahreshaupttreffen der Angerapper in Ahrensburg wird aufgrund der Corona-Krise abgesagt.

Alle gebuchten Zimmer im „Hotel Am Schloß“ wurden storniert. Ob in diesem Jahr noch ein Jahreshaupttreffen stattfinden kann, ist ungewiss.

Weitere Informationen finden Sie auch auf unserer Homepage www.angerapp.com.

Blieben Sie alle gesund!

Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Tel.: 04261 - 983-31 00; Fax: 04261 - 983 -31 01, kreisgemeinschaft.angerburg@lk-row.de

Brigitte Junker zum 80. Geburtstag

Nahezu täglich ist Brigitte Junker für Angerburg und Ostpreußen im Einsatz. Trotzdem wird die stellvertretende Kreisvertreterin und Schatzmeisterin der Kreisgemeinschaft Angerburg sicherlich Zeit finden, um am 14. April 2020 ihren 80. Geburtstag angemessen, aber

der derzeitigen Situation angepasst, zu begehen.

Brigitte Junker, geb. Böttcher, wurde am 14. April 1940 auf dem Hof ihres Großvaters in Heidenberg im Landkreis Angerburg geboren. Bereits im Oktober 1944 musste die Familie den schönen Besitz verlassen, um vor der herannahenden Roten Armee gen Westen zu fliehen. Sie hatte dabei das Glück, dass sie als Angehörige eines Berufssoldaten der Luftwaffe ausgeflogen wurde und nicht den Landweg im eisigen Winter antreten musste. Im Landkreis Wiedenbrück konnten die Eltern mit viel Eigenleistung ein Eigenheim für sich und ihre Tochter bauen. Nach dem Besuch der Mittelschule und einer kaufmännischen Ausbildung folgte die Tätigkeit in einer Hamburger Werkzeughandlung. Dort leitete sie viele Jahre die Buchhaltung. Neben dem anspruchsvollen Beruf übernahm sie früh Verantwortung in der Kreisgemeinschaft Angerburg. 1981 wurde sie für das Kirchspiel Kutten in den Kreistag gewählt. 1983 erfolgte zudem die Wahl in den Kreis Ausschuss der Kreisgemeinschaft Angerburg, dem sie seitdem ununterbrochen angehört. Am 1. April 1995 übernahm Brigitte Junker die Kassenführung der Kreisgemeinschaft Angerburg, die sie bis zum heutigen Tage mit hoher Fachkompetenz und großem Engagement wahrnimmt. In ihren Verantwortungsbereich fallen auch die Organisation der jährlich stattfindenden Heimatpolitischen Tagungen sowie der Angerburger Tage. Diese mehrtägigen Veranstaltungen werden von ihr stets mit Umsicht und Sorgfalt vorbereitet.

Die Verbindungen zum Patenschaftsträger, dem Landkreis Ro-

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrun Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
Telefon: (040)41 40 08 - 34
E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de
Bürozeiten: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

PAZ wirkt!

Rätsel

liegen, entspannen	Sportstätte (Pferde)	berühmt, weithin angesehen	dichtes Dunstgebilde	Klettertrieb einer Pflanze	semit. Stammesangehöriger	schlafen (ugs.)	Fluss zur Donau	Sittsamkeit	russ. Schriftsteller (Boris)	Kanton u. Bundesstadt der Schweiz	ausgenommen, frei von	Absicht, Vorhaben	Früchte einbringen
Initiator, Schöpfer			veraltet; Schranke		körperliche Ertüchtigung	nicht innen			Beseitigung v. Missständen		Metallbolzen	gefällsüchtig; eingebildet	
Rempler beim Eishockey		elegantes Kleidungsstück	Verfasser		waagrecht absetzen, platzieren	ausdruckslos, starr (Blick)	gerade jetzt		absondern, lösen		heilig; geweiht	kleine Mahlzeit	
in der Tiefe	ein Himmelskörper	Radmittelstück			genau; sorgfältig			nordischer Hirsch, Elen	Teil des Buches				DEI
Stadt in Norditalien			Abkürzung für Montag		höflich zu einem Besuch bitten	Handarbeit	aus tiefstem Herzen	Farbüberzug	Luft einziehen und ausstoßen		elektronische Post (engl.)		strahlen, spiegeln
ein Europäer		sehr starker Kaffee			Flächenmaß	zwei Dinge, Menschen						Kirchengalerie	
Verzierung			Kurzhaalsgiraffe				hervorragend; außerordentlich		mittel- u. südamerikanische Währung	Schwarzdrossel			
Magisch: 1. Aerobic, 2. Kontakt, 3. winklig				Region der Rep. Südafrika				Blutflussigkeit (Kzw.)					
hinnehmen, aushalten				Pflanzenkunde	fleißig, unermüdet	ritterliche Liebe			Riese d. griechischen Sage	schwedische Insel			
Spielklasse beim Sport							Schnell; Ab!	alt-nordischer Donnergott	Lokal im Wildweststil		metallhaltiges Mineral		
Kobold, Zwerg				süd-deutsch: Lohn, Gehalt	fein, zart; spitzfingrig			tschechische Hauptstadt	eingedickter Fruchtsaft		deutsches Mittelgebirge	Kerzenfaden	
Hauptgeschäfts- Hauptreisezeit							Sittenlehre		in Wartestellung (auf...)				Roll- und Eiskunstläufiger
Panzer-, Zehnfußkrebs				Universum		stehendes Binnen-gewässer	Pferdegangart		verehrtes Vorbild			chem. Zeichen für Kupfer	
deutsche Schauspieler (Heike)				dt. Chemiker (Justus von)				Adelstitel					
Sumpf-, Kranichvogel						Körperteil		nachgemacht, imitiert		Bruststück an Hose, Kleid			

Schüttelrätsel:
B E T R A G
S S
O R G I S I T E
T R E N D W E I D E
W

Mittelwörter:
1. Praemien, 2. Orangen, 3. Tränner, 4. Erlebnis, 5. Diamanten, 6. Kraeuter, 7. Hamster

So ist's richtig:

Schüttelrätsel

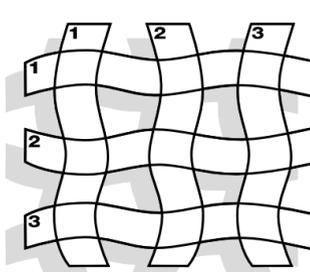
In diesem ungewöhnlichen Kreuzwörterrätsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

DDEEE NNRTW	EORS	ERSTW	ADIV	EGIWZ	DEIN	DIOT	DEEN
EGIOR				DEI			
ABEG RT		EIIS TV					DNO

Mittelwörterrätsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Symbol des Frühlings.

1	SIEG					SPAREN
2	BLUT					BAUM
3	HEIM					BANK
4	NATUR					BAD
5	ROH					RING
6	WILD					TEE
7	GOLD					RAD



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Form des Fitnesstrainings
- 2 Berührung; Berührungspunkt
- 3 eckig, unübersichtlich

Heimatkreisgemeinschaften



Verdienstvolle Jubilarin Am 14. April feiert Brigitte Junker ihren 80. Geburtstag. Die LO würdigte ihr Wirken u.a. mit der Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens. Der Bundespräsident verlieh ihr für den außergewöhnlichen Einsatz für Angerburg und Ostpreußen im Jahre 2018 die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

tenburg (Wümme), sowie den Vereinen und Organisationen im Landkreis Rotenburg (Wümme) werden von Brigitte Junker durch den Besuch von Veranstaltungen und den persönlichen Kontakt zu vielen hochgestellten Persönlichkeiten gepflegt. Sie hat großen Anteil daran, dass die Patenschaft Rotenburg (Wümme)-Angerburg bundesweit als vorbildlich gilt.

Um gute Kontakte zwischen der Kreisgemeinschaft Angerburg und dem Landkreis Rotenburg (Wümme) auf der einen Seite und der polnischen Verwaltung sowie den heutigen Bewohnern des Landkreises Angerburg (Węgorzowo) auf der anderen Seite bemüht sich die Jubilarin seit vielen Jahren. Durch die Organisation von Reisen für Interessierte und den stetigen Kontakt hat sie das notwendige Fundament für ein gutes Verhältnis zwischen Polen und Deutschen geschaffen. Die Unterstützung der Deutschen Gesellschaft Mauersee in Angerburg hat für sie größte Bedeutung. Mit großem Einsatz kümmert sie sich um die Beschaffung von Geld- und Sachspenden.

Ebenso liegt Brigitte Junker der Schüleraustausch zwischen dem Lyzeum in Angerburg und dem Ratsgymnasium Rotenburg (Wümme) am Herzen. Als Mitorganisatorin hat sie viel Engage-

ment in diesen sehr lebendigen Austausch gesteckt, der bereits seit 1994 ununterbrochen durchgeführt wird.

Zudem engagiert sich Brigitte Junker im Bereich der ostdeutschen Kulturpflege. Von 1994 bis 2013 war sie im Vorstand der Ostpreußischen Kulturstiftung tätig. In diesen 19 Jahren hat sie ausgezeichneten und engagierten Einsatz gezeigt. Seit dem 24.11.2001 ist Brigitte Junker Schatzmeisterin der Stiftung Ostpreußen. Diese sehr umfangreiche Arbeit für 12 Einzelstifter hat sie bis heute gewissenhaft und sehr verantwortungsvoll ausgeführt. Auch hat sie einen besonderen Beitrag dazu geleistet, um das gute Verhältnis zwischen den Einzelstiftern zu erhalten. Gleichzeitig hat sie in dieser Zeit die Stiftung Ostpreußen im Gremium der übergeordneten Stiftung „Nordostdeutsches Kulturwerk“ vertreten. Seit 2014 ist sie ebenfalls Mitglied im Stiftungsrat der Ostpreußischen Kulturstiftung und hat dadurch eine weitere Möglichkeit, sich für die Kulturpflege einzusetzen.

Die Landsmannschaft Ostpreußen würdigte ihr Wirken mit der Verleihung des Silbernen und des Goldenen Ehrenzeichens. Der Bundespräsident verlieh ihr für den außergewöhnlichen Einsatz für Angerburg und Ostpreußen im Jahre 2018 die Verdienstmedaille

des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Die Kreisgemeinschaft Angerburg und der Landkreis Rotenburg (Wümme) gratulieren Brigitte Junker sehr herzlich zum achtzigsten Geburtstag und verbinden dies mit dem Wunsch, dass die Jubilarin bei persönlichem Wohlergehen noch viele Jahre im Dienst für ihre Heimat wirken kann.

Michael Meyer

Hilfe für die Sozialstation in Angerburg

Die deutsche Minderheit in Angerburg betreibt zusammen mit der Stadt Angerburg (Węgorzowo) und mit Unterstützung der Kreisgemeinschaft Angerburg und des Landkreises Rotenburg (Wümme) seit 25 Jahren eine Sozialstation in Angerburg. Diese Einrichtung unterstützt alle hilfebedürftigen Menschen dieser Region. Da die finanziellen Möglichkeiten begrenzt sind, freuen sich die Verantwortlichen immer über Sach- und Geldspenden. Eine besonders große Unterstützung ist die Tschernobylhilfe Rotenburg (Wümme) e.V.

Der 1996 gegründete Verein zählt heute 15 Mitglieder und hat sich in den ersten zehn Jahren um die Menschen im weißrussischen Gomel gekümmert. Aufgrund der Kosten und hoher bürokratischer Hürden werden seit 2006 nur noch Sozialstationen in Ostpreußen angesteuert.

Dass die Menschen eines EU-Mitgliedsstaates überhaupt die Hilfe einer solchen Einrichtung benötigen, wird von Außenstehenden oft hinterfragt. „Die Arbeitslosenquote liegt dort deutlich über 20 Prozent, die Versorgung der Menschen ohne festen Job und auch die Renten fallen äußerst schmal aus. Diese Unterstützung ist nach wie vor nicht den Preisen angepasst, die die Polen zu zahlen haben“, sagt Rudolf Schwiebert, Schatzmeister des Vereins. In den Städten sehe es anders aus. Aber auf dem Lande habe vor allem die ältere Bevölkerung zu leiden.

In diesem Jahr findet der 16. Transport nach Ostpreußen statt. Über 150 Tonnen Hilfsgüter, darunter Kleidung und medizinische Hilfsmittel, wie Toiletten- oder Rollstühle, Rollatoren und Gehstützen, hat der kleine Verein nicht nur der Sozialstation in Angerburg, sondern auch nach Rastenburg und Lötzen geliefert.

Die Tätigkeit der Tschernobylhilfe hat aber auch selbst großzügige Unterstützer. So kann eine Halle in der Rotenburger Lent-Kaserne für die Lagerung und Sortierung der gespendeten Hilfsgüter genutzt werden, und die Firma Oetjen Logistik GmbH stellt schon seit mehreren Wochenenden, 12. und 13.09.2020, in der Patenstadt Eckernförde statt.



Angekommen in Angerburg Herta Androlonis (links), Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft Mauersee, und ihre Schwiegertochter nehmen die Hilfslieferung in Empfang. Fleißige Helfer aus der benachbarten Einrichtung für Menschen mit Behinderung stehen schon zum Abladen bereit. Foto: Tschernobylhilfe

Die Treibstoffkosten wiederum werden von den Kreisgemeinschaften Angerburg, Rastenburg und Lötzen finanziert.

Jeweils eine Woche sind die Helfer des Vereins jedes Jahr unterwegs. Eine Woche, für die vor allem viele Menschen in Ostpreußen besonders dankbar sind.

Michael Meyer

Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstr. 6, 52146 Würselen, Tel.: 02405-73810, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Tel./Fax: 034203 - 33 567

Ausfall des Nachbarschaftstreffens

Das für Sonnabend, 16. Mai 2020 vorgesehene Nachbarschaftstreffen mit Tilsit-Ragnit und Stadt Tilsit muss leider ausfallen.

Fischhausen

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. **Stellvertretender Vorsitzender:** Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. **Familienforschung:** Heidrun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, E-Mail: H.Meller@t-online.de, Internet: www.kreis-fischhausen.de. **Geschäftsstelle:** Fahlskamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746

Das 66. Heimattreffen der Heimatgemeinschaft Seestadt Pillau e.V. findet am zweiten September-Wochenende, 12. und 13.09.2020, in der Patenstadt Eckernförde statt.



Kulturzentrum Ostpreußen

Wegen der aktuellen Corona-Ausbreitung ist die Residenz Ellingen zunächst bis mindestens 19. April für den Besucherverkehr geschlossen.

Aus diesem Grunde kann auch die Ausstellung „Wilhelm Voigt aus Tilsit. Der Hauptmann von Köpenick“ derzeit

nicht besichtigt werden. Sobald der Besuch der Ausstellung wieder möglich sein wird, werden wir Sie informieren. Aktuelle Informationen finden Sie auch auf unserer Internetseite:

www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothaenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de **Geschäftsstelle:** Telefon (0152) 29032268, E-Mail: KGL-info@web.de

Ab sofort ist unsere Geschäftsstelle unter der Telefonnummer +49 (0) 152 290 32 268 zu erreichen. In dringenden Fällen steht auch der Kreisvertreter als Ansprechpartner zur Verfügung. Außerdem gibt es ab jetzt eine E-Mail-Adresse für die Geschäftsstelle: KGL-info@web.de

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Abgabe Regionaltreffen Nord in Lübeck

Aufgrund der Corona-Pandemie fällt das Treffen am 26. April 2020 in Lübeck aus.

Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Liebe Ortelsburgerinnen und Ortelsburger!

Im Zusammenhang mit dem Coronavirus sind einige Einschränkungen im öffentlichen Leben notwendig geworden, um die Gesundheit vor allem unserer Mitmenschen der älteren Generation zu schützen. Hierzu zählt vor allem die Reduzierung von Sozialkontakten.

Für uns bedeutet das konkret, dass wir leider die beiden Hei-

mattreffen im Mai absagen müssen. Betroffen sind das Heimattreffen der Amtsbezirke Altkirchen, Klein Jerutten, Wildenau, Rheinswein, Farienen, Friedrichshof, Fürstenwalde, Lindenort, Liebenberg, Groß Schöndamerrau, Lehmanen und Schöndamerrau, das für den 3. Mai 2020 geplant war, sowie das Heimattreffen der Amtsbezirke Großalbrechtsort, Großheidenau, Kolbulten, Steinhöhe, Korpellen, Schiemanen, Mensguth und Wilenberg, das für den 9. Mai 2020 geplant war.

Wir bedauern diesen Schritt sehr, doch hoffen wir auf eine baldige Normalisierung unseres Alltags.

Welche Auswirkungen die Ausbreitung des Coronavirus im weiteren Verlauf dieses Jahres haben wird, ist noch nicht absehbar. Wir werden Sie aber über Veröffentlichungen hier in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* und über unseren Internet-Auftritt rechtzeitig informieren.

Seitens des Vorstandes der Kreisgemeinschaft Ortelsburg wünschen wir Ihnen allen ein frohes Osterfest und uns, Sie schon bald gesund wiederzusehen.

Mit den herzlichsten Grüßen
Marc Plessa

Treuburg

Kreisvertreter: Ulf Püstow, Richard-Wagner-Straße 30, 19059 Schwerin. **Stellvertreter:** Mattias Lask, über Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf. **Geschäftsführer:** Ronny Haase, Nöhringswinkel 1, 14959 Trebbin. Internet: www.treuburg.de

In der Kreisgemeinschaft Treuburg gibt es im Jahr 2020 folgende Heimattreffen:

• **Kirchspiel Gonsken** (Herzogskirchen): 04.09. bis 06.09.2020 in Münster/Westf. im Hotel Kaiserhof. Organisator: Ronny Haase, Nöhringswinkel 1, 14959 Trebbin, Tel. (033731) 10394

• **Rogonnen / Schwentainen:** 07.06. bis 12.06.2020 in Fintel, Hotel Eurostrand. Organisator: Joachim Rattay, Tel. (02152) 8099041

• **Kreistreffen Treuburg** (zusammen mit Lyck): 29.08. bis 30.08.2020 im Hotel Mercure (wie 2019).

Bitte beachten Sie auch die Hinweise im Treuburger Heimatbrief.

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel. Geben Sie bitte bei allen Schreiben stets auch den letzten Heimatort an.

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimatarbeit“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

PREUSSISCHE TAFELRUNDE

Von Preußen lernen?

Philip Kiril Prinz von Preußen sprach auf der Tagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der Union

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU Ostholstein (OMV OH) hat Mitte März in Bad Schwartau ihre traditionelle „Preußische Tafelrunde“ mit Prinz Philip Kiril von Preußen zum Thema „Von Preußen lernen?“ durchgeführt. Der Kreisvorsitzende der OMV OH Manfred Lietzow und der stellvertretende Landesvorsitzende der OMV Schleswig-Holstein Fedor Mrozek, begrüßten den Ururenkel des letzten Deutschen Kaisers und Königs von Preußen und dankten ihm, der den weiten Weg aus Brandenburg nicht gescheut hatte, sowie allen Gästen für ihren Besuch trotz der Einschränkungen bei der gegenwärtigen Corona-Krise, den Weg zu dieser letzten Veranstaltung in Bad Schwartau vor dem Versammlungsverbot gefunden zu haben.

1947 wurde der Preußische Staat von den Alliierten offiziell zerschlagen, mit der nach Ansicht des Referenten oberflächlich und damit ahistorisch argumentierenden Behauptung, Preußen sei „seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion“ gewesen. In charmanter und kurzweiliger Weise verdeutlichte der Prinz anhand von 14 Punkten, dass diese Behauptung einer historisch genaueren Analyse nicht standhält und man von Preußen in der Tat viel lernen kann. Nach einem humorvollen Schwenk auf das erste Lernfeld: „Schönes Bauen“ kam er zurück zu den ernsteren Themen: Zwar zeitige jene Alliierten-Diskreditierung bis heute Auswirkungen in die gesellschaftliche Diskussion hinein, wo man in bestimmten politischen Kreisen Preußen ebenjeneren Militarismus, Kadavergehorsam und Wegbereitung des Faschismus anhängt.

Gegnerschaft zum NS-Regime

Die Wahrheit hingegen sei, dass in Preußen die NSDAP unterdurchschnittlichen Zuspruch erhalten habe, unter den höchsten NS-Repräsentanten so gut wie keine Preußen zu finden gewesen seien und das



Der Ururenkel des letzten Deutschen Kaisers und Königs von Preußen, Prinz Philip Kiril von Preußen, war zu Gast in Bad Schwartau: Dort hörten Mitglieder der OMV Schleswig-Holstein interessiert den Ausführungen über Preußen zu Foto: pa

Land Preußen unter dem damaligen Ministerpräsidenten Otto Braun stets in Gegnerschaft zum Nationalsozialismus geblieben sei. Demensprechend habe es in den 30er Jahren im „Schwarzen Korps“, der Zeitschrift der SS geheißt: „Der gefährlichste innere Feind des Nationalsozialismus heißt Preußen“!

Aber auch Militarismus sei bei historisch akkurater Betrachtung eine unzutreffende Zuschreibung. So habe der sogenannte Soldatenkönig, Friedrich Wilhelm I., zwar ein stehendes Heer aufgebaut, jedoch nie Krieg geführt. Überhaupt falle die militärische Bilanz Preußens beim Anteil an geführten Kriegen zwischen 1701 und 1933 nach dem Professor Hans-Joachim Schoeps im europäischen Vergleich interessant aus: Frankreich 28

Prozent, England 23 Prozent, Russland 21 Prozent, Preußen/ Deutschland 8 Prozent. Und selbst Friedrich der Große habe bei seinen geführten Kriegen – wobei Krieg bei allen damaligen Großmächten als legitime „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ galt – niemals einen Vernichtungsfeldzug gegen gegnerische Völker geführt, wie es unter dem NS-Regime der Fall war. Abgesehen davon rühmte sich Friedrich II. vielmehr seiner friedlichen Leistungen, etwa der „im Frieden gewonnenen Provinz“ des Oder- und Warthebruchs (durch Trockenlegung.)

Toleranz und Aufnahmebereitschaft

Weitere gewichtige Errungenschaften gehen ebenfalls auf Preußen beziehungsweise die preußischen Herrscher zurück, ins-

besondere auf Friedrich den Großen. Bis heute wegweisend sind bis heute unter anderem die tolerante – wenngleich stets maßvolle und in der selbstverständlichen Erwartung von Integration erfolgende – Aufnahme von (Glaubens-)Flüchtlingen und Vertriebenen (Salzburger Protestanten, Hugenotten und Juden). Hierin zeigte sich auch, dass falschverstandenes völkisches Denken und Rassismus bei den preußischen Herrschern keinen Platz hatten – und dementsprechend auch heute nicht haben dürfen. Diese offene Haltung gegenüber Einwanderern hing eng zusammen mit der beispiellosen religiösen Toleranz, die bereits unter Friedrich-Wilhelm I. mit seiner „Toleranzinstruktion“ begann und in Friedrichs II. Ausspruch gipfelte: „In meinem Staat soll jeder nach

seiner Façon selig werden.“ Preußen steht sodann (seit Friedrich dem Großen) als erstes Land für Pressefreiheit (1742 Abschaffung der Zensur. „Gazetten, wenn sie delectieren sollen, dürfen nicht genieret werden.“). Ferner als erstes Land der neueren Geschichte für einen Rechtsstaat (Preußisches Allgemeines Landrecht): Die berühmte Mühle des Müllers von Sanssouci, der sich rechtlich gegen den König behaupten konnte, steht noch heute. 1807 schaffte Preußen die Prügelstrafe ab. 1812 gewährte es Juden die vollen Bürgerrechte. Heute Selbstverständlichkeiten, damals jedoch Avantgarde. Lernen kann man von Preußen – anhand der unter seiner Federführung entstandenen und damals wiederum beispiellosen deutschen Sozialgesetzgebung von 1877 –, dass man sich nicht nur an Gewinn und Shareholder-Value orientieren darf, sondern es stets auch auf die sozialen Belange ankommt.

Abschließend lenkte der Gastredner nochmals den Blick auf das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte und machte deutlich, dass es vom Wesen her im Gegensatz zu Preußen stand: Im Widerstand gegen die NS-Diktatur läsen sich die Namen der Männer (und Frauen) des 20. Juli weitgehend wie ein Auszug aus dem preußisch-deutschen Adelsregister. Alles in allem zeige sich: Preußens Werte könnten auch heute noch für uns Vorbild sein.

Der starke Beifall und die anschließende Diskussion zeigten das lebhaftes Interesse an dem Referat bei der „Preußischen Tafelrunde“. Nach dem Absingen des Schleswig-Holstein-Liedes und der Nationalhymne sprach der Prinz in seiner Eigenschaft als evangelischer Pastor ein kurzes Gebet, in dem er auch um Gottes Schutz vor der Corona-Pandemie bat. Er ist Pastor in einer Gemeinde in Brandenburg und wäre heute wohl der Stammherr des Hauses Hohenzollern, wenn er nicht aus einer Ehe seines Vaters Friedrich Wilhelm Prinz von Preußen mit einer Bürgerlichen, Waltraud Freytag, hervorgegangen wäre. E.B.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein

Wegen der Corona-Krise ist ein direkter Kontakt nicht mehr möglich – Wer sich um die Deutschen in Schlesien kümmert

„Bist du Gottes Sohn, dann hilf dir selbst“ – ein Spruch, den Deutsche im Ausland jetzt sehr deutlich zu spüren bekommen.

Manfred Prediger lebt seit seiner Pensionierung in einem kleinen ober-schlesischen Dorf. Er zog von Sachsen-Anhalt, das nach seiner Vertreibung aus dem Sudetenland seine zweite Heimat geworden war, dorthin, weil seine Ehefrau in der dortigen Dorfschule Deutsch unterrichtete. 2019 ist sie verstorben, Prediger blieb jedoch in Oberschlesien und ist praktisch ohne Polnischkenntnisse. Der aus Gablonz [Jablonec] stammende Senior hat sich in dem hauptsächlich von verbliebenen Deutschen bewohnten Dorf gut eingelebt und als Stadtmensch nutzte er gerne die Kulturangebote der Deutschen Minderheit im nahen Oppeln [Opole].

Zum Arztbesuch über die Grenze

Ärztliche Versorgung genoss er allerdings westlich der polnischen Staatsgrenze. Dies ist jetzt nicht mehr möglich. Auch wenn ihm sein deutscher Hausarzt seine Medikamente weiterhin verschreibt, so kann er diese nicht mehr abholen. Und das postalische Zustellen ist ebenfalls erschwert, da seit dem 1. Januar 2019 internationale Warensendungen in Briefen

nicht mehr erlaubt sind und in Corona-Zeiten nun eine schleppende Zollabfertigung die Zustellung unsicher macht.

Auch die 94-jährige Agnes Kobiollka aus Kandrzin [Kedzierzyn] bekommt ihre Romane und das deutsche TV-Programm nicht mehr als Warensendung zugestellt. Klar – es ist nichts Lebenswichtiges, aber ein schöner Zeitvertreib im hohen Alter, wo sie doch nicht mehr aus dem Hause kommt und eigentlich polnische Zeitungen nicht mehr konsumieren wollte. Nachbarn versorgen sie mit Lebensmitteln; aber der Mensch lebt nicht vom Brot allein.

Organisation der Deutschen hilft

Die Organisation der Deutschen in Oberschlesien hat einen Appell an ihre Mitglieder gestartet, um alleinstehende ältere Menschen ausfindig zu machen und ihnen zu helfen. An die „zugezogenen“ Deutschen wird dabei auch gedacht. Aber die Mitglieder der Organisation – ob nun die Masse der Alteingesessenen oder die wenigen „Zuwanderer“ wie Manfred Prediger – sind meist selbst älter und oft auf Hilfe angewiesen. Es ist einfacher, die Jungen durch soziale Netzwerke zu erreichen. Dies tut die Sozial-Kulturelle Ge-



Die Corona-Krise wirkt sich auch auf Postsendungen aus: Erreichen deutsche Publikationen noch ihre deutschen Empfänger im Osten? Foto: interia.pl

sellschaft der Deutschen (SKGD) im Oppelner Land mit täglichen Tipps. Aber hier geht es eher um das klassische Feld der Kultur- und Spracharbeit wie Ideen zum Deutschlernen in den eigenen vier

Wänden. „Wir haben eine ganze Liste mit Ideen, wie man auf spielerische Weise Deutsch lernen kann. Wir werden auch unsere alten Projekte wiederaufleben lassen, damit die Interessierten noch mehr

Möglichkeiten haben, etwas auf Deutsch zu lesen oder anzusehen. Dazu gehört beispielsweise der Film ‚Gruß aus Oppeln‘, den wir online gestellt haben“, berichtet Joanna Hassa, Mitarbeiterin der SKGD in Oppeln in den Medien der Deutschen Minderheit. Daneben werden Links zu Übungsseiten und Lernvideos ins Netz gestellt. Durch Karaoke oder Videos von deutschsprachigen Schultheaterauftritten können Jugendliche an ihren Deutschkenntnissen feilen. Den Älteren bleiben die Sendezeiten für Minderheiten im Hörfunk und das Fernsehen.

Jüngere online erreichen

Das Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Oppeln und Gleiwitz sorgt dafür, dass seine Publikationen nun ebenfalls online erworben werden können, doch auch dieses Angebot erreicht nur Menschen, die im Netz aktiv sind. Einer Agnes Kobiollka nützt dieses Angebot nichts. Und auch Menschen wie Manfred Prediger sind nur so gut versorgt, wie ihre persönlichen Netzwerke in der neuen Heimat funktionieren. Auch in den Oder-Neiße-Gebieten drohen neue vergessene Schicksale. Chris W. Wagner

OSTERN 2020

Ostern in Pomerode/Brasilien

Romero Britto gestaltet dieses Jahr das größte Osterei – zwei Ostersymbole im XXL-Format



Das größte Osterei der Welt wurde auf dem Gelände des Kulturzentrums in Pomerode errichtet, ehemals standen hier die Industrieanlagen des bekannten Pomeroders Hermann Weege.

Foto: Johan D. Strelow

Die nach Brasilien ausgewanderten Pommern brachten natürlich alle jahreszeitlichen Bräuche in ihre neue Heimat mit. Gerade das Osterfest hat davon eine ganze Anzahl aufzuweisen. Das Bemalen der Ostereier, die an trockenen Zweigen aufgehängt werden, die ursprünglich an die Zeit des Leidens und den Tod Jesu Christi erinnern sollen. Sie symbolisieren außerdem die Auferstehung und die Freude des Lebens.

Traditionelles Brauchtum

Die Fastenzeit wurde früher sehr respektiert, ab Aschermittwoch gab es keine Tanzveranstaltungen mehr und am Palmsonntag waren oft die evangelischen Konfirmationen. Die Katholiken ließen ihre Palmzweige segnen.

Am Gründonnerstag, auch Heiliger Donnerstag genannt, begann die Feier des Heiligen Abendmahls. Der Freitag der Passion (Karfreitag) war ein Tag des Nachdenkens und absoluter Stille.

Am Karsamstag war die Reinigung des Hauses dran. Das eigentliche Fest begann Samstag um Mitternacht mit dem „Stiepen“. Eine kleine Gruppe lief durch

die Gegend, von einem oder mehreren Musikern begleitet. Während die Musik gespielt wurde, um der Auferstehung Jesu Christi zu gedenken, wurden die Einwohner mit einem Zweig des Lebensbaums angestiept.

Am Ostersonntagmorgen hatten die Kinder einen Grund mehr, früh aufzustehen, denn Geschenke und bunte Eier wurden in den Nestern versteckt.

Es gab auch die Sitte des Osterwassers, das aus einer sehr sauberen Wasserquelle gesammelt wurde. Auf dem Rückweg vom Wasserholen durfte man nicht sprechen oder zurückblicken, dann war das Osterwasser wertlos. Es wurde im Laufe des Jahres wie Medizin verwendet.

Von der geistlichen Einkehr zum weltlichen Volksfest

Doch in der heutigen Zeit ändert sich so manches, in Pomerode wurde das Osterfest zu einem Volksfest, ein Teil der Stadt verwandelt sich in ein „Osterdorf“, um die Ostertraditionen der deutschen Einwanderer zu feiern. Für einen Zeitraum von einem Monat wird die Stadt zur Bühne für diverse Veranstaltungen: Ein großer Ostermarkt mit Workshops (Eierbe-

malen, Osterdeko basteln etc.) findet statt. Das Programm umfasst zudem kulturelle Darbietungen und Auftritte von Volksgruppen, Ausstellungen von Handwerkern und lokalen Produkten. Die Attraktion des Osterdorfes sind jedoch das Riesen-Osterei und der große Osterbaum. Das Osterei wurde in diesem Jahr von dem bekannten brasilianischen Künstler Romero Britto gestaltet. Es ist 15,02 m hoch und hat einen Durchmesser von 8,72 m. Mit den Maßen hat es übrigens 2017 den Sprung ins Guinness-Buch der Rekorde geschafft und hat das bisher größte Osterei in Alcochte in Portugal abgelöst.

Ein Baum mit 100000 Eiern

Die weitere Attraktion ist der Osterbaum, geschmückt mit 100000 Eiern, die von der Gemeinde und den örtlichen Unternehmern gespendet wurden. Die Farben der natürlichen Hühnereier entsprechen dieses Jahr denen des Rieseneis von Romero Britto. Auch der Osterbaum konnte 2017 einen Eintrag im Guinness-Buch verzeichnen. Welche Veranstaltungen in diesem Jahr zu Ostern durchgeführt werden können ist leider äußerst fraglich,

denn auch in Brasilien hat die Corona-Krise fast alles lahmgelegt. Es ist aber im Gespräch, das Riesenei in diesem Jahr länger als sonst üblich stehen zu lassen.

Zahlreiche deutschstämmige Einwohner

Pomerode hat im übrigen mit 92 Prozent der Bevölkerung den größten Anteil deutschstämmiger Einwohner Brasiliens. Die Historie, die wundervolle Landschaft und die Traumstrände Santa Catarinas bieten eine interessante Urlaubskombination.

Brigitte Stramm

● **Romero Britto** * 6. Oktober 1963 in Recife, ist ein brasilianischer Neo-Pop-Künstler, der in Florida/USA lebt. Er kombiniert Elemente aus dem Kubismus, der Pop-Art und dem Graffiti. Seine Arbeiten zählen zu den begehrten Sammelobjekten der Kunstszene. Seit 2011 steht ein Britto-Best Buddies Friendship Bear – ein Geschenk der verstorbenen Kennedy-Schwester Eunice Shriver an Berlin – auf dem Gelände vor der Mercedes-Benz Arena



Der bunt mit 100.000 Eiern geschmückte Baum auf dem Gelände des Kulturzentrums. Im Hintergrund das Osterei.

Foto: Johan D. Strelow

DIE WOCHE VOR OSTERN

Ostertradition – woher der Wind kommt und einen Apfel essen



Die Woche vor Ostern ist die Karwoche, die Kernwoche der österlichen Passionszeit. Auch in dieser stillen Zeit wurden einst Bräuche gepflegt.

Der 5. Tag der Karwoche ist der Gründonnerstag. Für die Christen ist es der Tag des Abendmahls vor der Kreuzigung Jesu. Es ist der Tag, an dem früher Büsser wieder in die Kirchengemeinde aufgenommen wurden. Es heißt, dass sie, die Greinenden, sich vor dem Betreten der Kirche mit frischem Grün geschmückt haben. Aus meiner Kindheit kenne ich den Brauch am Gründonnerstag, Kringel zu backen. Meine Mutter fertigte sie aus Mürbeteig an. Von meiner Schwiegermutter weiß ich, dass die Menschen in Ostpreußen sie aus Hefeteig herstellten. Im Kochbuch: „Marion Lindt serviert ostpreussische Spezialitäten“ steht ein Rezept für diese Gründonnerstagskringel.

Wie zu erwarten, hatte die Bäckerei einen ursprünglichen Grund. Am Gründonnerstag brachen die Bauern nach dem Gottesdienst zur ersten Feldarbeit auf. Es musste zu diesem Zeitpunkt geschehen, damit die Felder später schön grünen und somit übers Jahr der Mensch und das Tier gesegnet waren. Zum feierlichen Abschluss dieses besonderen Arbeitstages wurden dann die Gründonnerstagskringel

verzehrt. Zum Eierfärben wurde gern grünes Gras verwendet. Das Wort „Grün“ beinhaltet aber nicht nur die grüne Farbe, sondern auch sprießend und wachsend. Nach der langen, vitaminarmen Kost in früheren Zeiten im Winter sah man zu, dass am Gründonnerstag ein Essen mit viel „Grün“ auf den Tisch kam. Es sollten möglichst 9 Kräuter sein. Mein Vater konnte sie immer sehr schön aufzählen: Brennnessel, Löwenzahn, Melde, Gänseblümchen, Quecken, Erdbeerblätter, Scharbockskraut, Schafgarbe und Hedrich. Das erste grüne Gericht sollte Gesundheit fürs ganze Jahr schenken. Wir stellten in Hökendorf Bärlauchbutter her. Die Blätter der nach Knoblauch riechenden Pflanze holten wir aus der Buchheide. Übrigens schickte mir eine ehemalige Volksschulkameradin im vorigen Jahr in ihrem rechtzeitig zu Ostern eingetroffenen Brief Osterhasen auf Oblaten, die in Schleswig-Holstein Lackbilder oder Wünsche heißen. Sie wollte mich damit an meine themengebundenen Oblatenalben erinnern. Meine verstorbene, mütterliche Freundin aus Schivelbein vergaß nie, mich

darauf aufmerksam zu machen, am Ostermorgen ja darauf zu achten, woher der Wind käme. Aus der Richtung nämlich würde er dann ein Vierteljahr wehen. Dazu kam noch ihr Ratschlag, vor dem Frühstück einen Apfel zu essen, damit ich das ganze Jahr gesund bliebe.

Und nun noch das Rezept für die österliche Mohnkranztorte mit halben Zuckereiern verziert. Zum letzten Mal wurde sie 1944 in Hökendorf gebacken. Der Eierlikör wurde damals auch selbst hergestellt. Ich habe das Rezept von meiner Mutter übernommen. Auf dem Bild sieht man meine 2019 hergestellte Torte.

Aus 5 Eiweiß einen steifen Schnee schlagen. 125 g Zucker, 5 Eidotter, 125 g gemahlene Mohn, 125 g Mehl, 1/2 Päckchen Backpulver, 1 Vanillezucker einen Teig herstellen. In die gebutterte Kranzform den Teig füllen. Abbacken.

300 g Schlagsahne steif schlagen. Mit Zucker und Eierlikör abschmecken. 6 Blatt weiße Gelatine auflösen und vorsichtig unter die Sahne ziehen.

Damit die Torte zweimal füllen (vorher die Torte zweimal quer aufschnei-

den). Die Oberfläche der Torte ebenfalls mit der Eierlikörsahne bestreichen. Sie wird zum Abschluss mit halben Ostereiern aus Zucker geschmückt

Brigitte Kleczewski



Fotos: B. Kleczewski

● MELDUNG

Zwei Brände vernichteten Herrenhäuser

Dienstag, den 24. März 2020 erhielt die Feuerwehr in Stolp/Slupsk eine Meldung über einen Brand in Kunsow/Kończewo in der Gemeinde Kublitz/Kobylnica bei Stolp.

Das Gutshaus aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts brannte. Das Objekt ist im Denkmalregister eingetragen. Das Feuer entstand im Turm und konnte gelöscht werden. Das Feuer hat es nicht geschafft, sich auszubreiten. Die Anlage war nicht bewohnt. Die Ursache des Brandes ist unbekannt, sagt Piotr Basarab, PSP-Sprecher in Stolp/Slupsk.

In der Nacht brannte auch das Herrenhaus in Glowitz/Główczyce fast vollständig nieder. Letzter Gutsbesitzer war Gerhard von Puttkamer. (Im Jahr 1938 gehörte zum Rittergut eine Fläche von 664,5 Hektar. Im Jahr 1929 wurden in Glowitz 169 Wohngebäude, 341 Haushaltungen und 1272 Einwohner gezählt.)

Gibt es eine Verbindung zwischen den beiden Bränden? Das wird von der Polizei untersucht. Im Moment kann niemand die Frage beantworten, ob es Brandstiftung gewesen sein könnte.

● SO SCHÖN

Eine Liebeserklärung an Köslin

Auf der WEB-Seite der Kösliner kann man sie hören. Gesungen von dem gebürtigen Kösliner Botho Lucas, der seine Heimat immer im Herzen hatte. https://koeslin.net/12_Geschichtliches.php (Auf dieser Seite runterscrollen bis Persönlichkeiten)

Köslin ca. 1935

(Archiv)



„Corona trifft nicht nur alte, weiße Männer“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Mein Dank und meine Anerkennung für Ihre ausgewogene, differenzierte Berichterstattung auch in Sachen Corona-Krise“

Dr. Wolfgang Link, Gengenbach
zum Thema: Leben mit dem Virus



Ausgabe Nr. 13

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

CORONA-KRISE ALS VORWAND ZU: DAS MONSTER INFLATION (NR. 13)

Leider trifft – wie so häufig – Hans Heckel mit seinem Kommentar genau den Nerv, den der Normalbürger zu spüren bekommen wird. Das, was so ziemlich das Wichtigste in der Finanzpolitik darstellt, die Geldwertstabilität, wird durch die fragwürdigen aktuellen gigantischen Hilfspakete, die allein auf wahnsinnigen Schuldenbergen beruhen und diejenigen immer weiter erhöhen werden, infrage gestellt.

Nun hat bereits in der Vergangenheit die abenteuerliche Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) dazu geführt, dass die Stabilität des Euro arg gelitten hat und der Sparer in permanenter Beständigkeit betrogen wurde. Jetzt hat man sogar ein willkommenes Alibi gefunden, um dieser katastrophalen Politik des Gelddrucks und des Schuldenmachens eine Rechtfertigung zu geben. Mit der allgegenwärtigen Angst und Panikmache wird das dann dem Bürger auch noch als „vorsorglich“ verkauft.

Wenn es also diese sogenannte Corona-Krise nicht gäbe, hätte man sie direkt erfinden müssen. Oder ist das eventuell sogar so gewesen? *Manfred Kristen, Freital*

NATIONALSTAAT BESSER ALS EU ZU: LEBEN MIT DEM VIRUS (NR. 13)

Der Corona-Schock hat in den Medien die „Klimakatastrophe“ völlig verdrängt. Die heilige Greta ist vom Format einer Retterin der Menschheit auf das einer kleinen 17-jährigen Schülerin zusammengeschrumpft. Nicht pubertierende Jugendliche retten jetzt die Zukunft, sondern die „diebischen“ Erwachsenen.

Im Unterschied zum krakeelenden Haufen der Greta-Fans sind das Leute von Format, mit Verstand, Lebenserfahrung und Kompetenz: Wissenschaftler, Ärzte und Pflegekräfte. Sollen doch alle, die bislang der Priesterin des Klimadogmas die Füße geküsst haben, nun die Überlegen-

heit der Jugend über die Alten unter Beweis stellen!

Wo es ums Überleben in einer Pandemie geht, sind offene Grenzen und Masseneinwanderung höchst problematisch. Da ist die Partei der Moralapostel und Oberlehrer mit ihrem gestörten Verhältnis zur Realität eine Gefahr für die Gemeinschaft. Zum Glück hat sie bei den politischen Entscheidungen (noch) keinen entscheidenden Einfluss. So wurden über Nacht und ohne viel Aufhebens etliche Grenzen gesperrt, was zuvor als inhuman und nicht machbar galt.

Die Griechen setzten mit Zustimmung der restlichen EU-Staaten gegen die anrollende Migrationswelle drastische Mittel ein, die vor wenigen Jahre noch ein empörtes Lamento ausgelöst hätten. Bislang war ja nur das dumme Volk Opfer der verfehlten Migrationspolitik. Jetzt, wo es auch die Politikklasse treffen könnte, wird das Unmögliche in Rekordzeit möglich, nämlich die Kontrolle der Grenzen.

Der von den Globalisierern verachtete Nationalstaat erweist sich bei der aktuellen Bedrohung als der EU eindeutig überlegen. Die Globalisierung ist eben nicht das Nonplusultra des 21. Jahrhunderts. Ein einziges Virus unter vielen bringt Wirtschaft und Gesellschaft weltweit in Verwirrung und Not. Handel und Wandel stocken; die Politik ist von einer nicht einmal sehr gefährlichen Krankheit überfordert. Nicht die Brüsseler Behörden holen die in fernen Ländern gestrandeten Urlauber zurück. Nicht Brüssel vermag die Bürger zur Solidarität im Streit gegen das Virus zu verpflichten. Und von Brüssel bis zum Bürgermeisteramt einer Stadt irgendwo in Europa ist der Weg weit, viel zu weit. Da ist der vertraute und bewährte Nationalstaat immer die bessere Wahl.

Zudem sind die nationalen Egoisten in Europa, wie sie gerade wieder sichtbar wurden, viel zu groß für ein dauerhaftes, gedeihliches Miteinander der Staaten. Allein die Erhaltung des Euro ist ein Balanceakt am Abgrund und die finanziellen Belastungen durch die Corona-Pandemie könnten das Ende der gemeinsamen Währung bedeuten. Die einen verlangen mit

voller Überzeugung von den vermeintlich Reichen und Starken Solidarität in Form von Übernahme ihrer Lasten, die anderen sehen sich als Opfer einer ihnen fremden Einstellung zur Arbeit, zum Umgang mit Geld und zum Lebensstil. Was den Deutschen als solides Wirtschaften gilt, ist für andere der arrogante Versuch, Herrschaft über ökonomisch Schwächere auszuüben.

Die durch das Coronavirus zu erwartenden wirtschaftlichen Verluste könnten das ganze Schuldengebäude der EU zum Einsturz bringen. Schaden macht dann hoffentlich klug. *Adolf Frerk, Geldern*

EINE (UN-)GEISTESHALTUNG ZU: „CORONA RETTET DIE WELT“ (NR. 13)

Ergänzend zu den Vorbeugemaßnahmen (das Meiden von sozialen Kontakten) ist die in der Öffentlichkeit und in den Medien kaum beachtete Stärkung des Immunsystems zu betonen. Hierzu gehören ausgewogene Ernährung mit vitaminreichen, naturbelassenen Lebensmitteln wie Obst und Gemüse, zusätzlich Einnahme von Selen, Bewegung in frischer Luft, Abhärtung, keine Angst, positives Denken. Erwiesenermaßen gesunden religiös orientierte Patienten schneller.

Zu der Aussage „Ja zu Corona“ von Schlecky Silberstein ist zu bemerken: Die hier vertretene menschenverachtende (Un-)Geisteshaltung zu lebensunwertem Leben hat schon einmal in der deutschen Geschichte zu unsäglichen Verbrechen geführt. Wehret den Anfängen!

Dr. Wolfgang Link, Gengenbach

JUNGE, DUMME MÄNNER ZU: „CORONA RETTET DIE WELT“ (NR. 13)

Es gab immer Menschen, die der Auffassung waren, dass man ab einem bestimmten Alter die Erde verlassen sollte. Also, Tarek Ebéné, das ist also nicht neu. „Da sterben nur alte, weiße Männer“, so dieses Individuum (in einer Anspielung auf das

Corona-Virus, d. Red.). Also wenn schon dann auch „alte, weiße Frauen“. Ebéné, Schlecky Silberstein und Meike Lobo glauben, dass Corona nur die Alten trifft.

Tatsache ist, dass sich sehr wohl auch junge Menschen infiziert haben und auch weiterhin noch werden. Nämlich dann, wenn auch sie zum gefährdeten Personenkreis gehören, und dieser Personenkreis ist groß. Die pauschale Aussage von Silberstein, „die Generation 65+ hat den Planeten in den letzten 50 Jahren an die Wand gefahren“, ist so dumm, dass man Angst haben muss, dass solche Menschen Deutschlands Zukunft sein wollen.

„Junge“ Menschen an die „Macht“. Dagegen ist nichts einzuwenden. Das setzt allerdings auch voraus, dass man seinen Kopf nicht nur zum Frisieren hat. Was wollen Männer und Frauen wie Ebéné, Silberstein und Lobo eigentlich?

Ich bin froh, dass es nach Ende des Zweiten Weltkrieges „alte, weiße Frauen und Männer“ gegeben hat. Hätte man damals nur Ebénés, Silbersteins und Co. gehabt, dann würden wir heute vermutlich noch immer lollilutschend mit Holzrollern durch die Gegend fahren. Dass Fehler gemacht wurden, ist unstrittig. Aber Fehler machen ist nicht auf alte Menschen beschränkt. Der abgedroschene Spruch, „nur wer arbeitet, macht auch Fehler“, ist noch immer so falsch nicht.

Erschreckend ist, dass intelligente junge Menschen solche Dummheiten widerspruchslos hinnehmen. Die es hinnehmen, dass solche Aussagen von öffentlich-rechtlichen Medien verbreitet werden, dass solche Individuen einen Grimme-Preis erhalten, dass hochrangige Politiker sich als Fans solcher Menschen wie Ebéné oder Silberstein zu erkennen geben.

Bemerkenswert ist, dass die Devise „Alles Alte muss raus“ in Deutschland auf fruchtbaren Boden fällt. Es stimmt weiter nachdenklich, dass Tarek Ebénés Album „Golem“ im Februar 2020 auf Anhieb Platz eins der Deutschen Albumcharts erreichte. Im gleichen Monat erreichte dieses Soloalbum in Österreich und der Schweiz lediglich Platz 28 beziehungsweise 26. *Heinz-Peter Kröske, Hameln*

ANZEIGE

Das One-World-Establishment im Kampf gegen Donald Trump

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

■ Wie kein anderer Präsident in der Geschichte der USA wurde und wird Donald Trump vom Establishment und den Massenmedien bekämpft. Dabei ist ihnen jedes Mittel recht: illegale Maßnahmen, Verleumdungen, Lügen, haltlose Anschuldigungen, Beleidigungen und persönliche Angriffe. Der »Putsch« gegen Trump nimmt immer obskure Züge an.

Lesen Sie hier, was die deutschen Massenmedien Ihnen verschweigen!

Erfolgsautor Helmut Roewer, ein profunder Kenner der politischen Situation in den USA, beleuchtet die Angriffe und Putschversuche im Detail. Minutiös analysiert er amtliche Quellen, FBI-Akten und Insiderberichte. Was er ans Tageslicht bringt, widerspricht fundamental dem, was uns von den Massenmedien hierzulande über Donald Trump tagtäglich aufgetischt wird. Erfahren Sie:

- Was sich tatsächlich hinter der berüchtigten »Clinton Foundation« verbirgt.
- Weshalb Trump gar nichts anderes übrig blieb, als viele seiner Berater und Minister zu entlassen.
- Wie Barack Obama sein Amt missbrauchte, um Trump zu verhindern.
- Wie das Geschäft der »Dreckbeschaffung« gegen Trump genau vor sich geht.
- Wie höchste Stellen die Verstrickungsgeschichte Trumps mit Russland einfädelten.
- Welches die wahren Hintergründe des Scheiterns des Impeachment-Verfahrens sind.

- Wie die Demokraten mithilfe von George Soros Trump doch noch zu Fall bringen wollen.
- Warum gerade wir Deutschen uns künftig warm anziehen müssen.

Der Autor geht aber auch noch weiteren brisanten Fragen nach, die in deutschen Medien ebenfalls keine Beachtung finden:

- Warum verhinderte die US-Regierung die Aufklärung der E-Mail-Affäre von Hillary Clinton, und was hat George Soros damit zu tun?
- Was hatten die Clinton-E-Mails ausgerechnet auf dem Laptop des Sexophilen Anthony Weiner zu suchen?
- Weshalb log Präsident Barack Obama der Presse förmlich ins Gesicht?
- Warum fädelten FBI-Agenten mit einem russischen Oligarchen einen »Deal« ein, um Trump zu schaden?

Helmut Roewer entlarvt in bisher nie gekannter Deutlichkeit die unglaubliche Verteufelung des US-Präsidenten und die mediale Heiligsprechung der Demokratischen Partei. Nach der Lektüre dieses Buches werden Sie Donald Trump und dessen Widersacher mit ganz anderen Augen sehen.



KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Helmut Roewer: Spygate • gebunden • 176 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 979 400 • 19,99 €

PASSIONSSPIELE OBERAMMERGAU

Jesus kommt verspätet an

Die Pest im Mittelalter hatten die Oberammergauer überstanden, doch vor der neuzeitlichen Corona-Pest mussten sie kapitulieren

VON VEIT-MARIO THIEDE

Volkspolprobe auf der größten Freilichtbühne der Welt: 400 Kinder und Erwachsene haben sich zum Einzugs Jesu in Jerusalem versammelt. Sie rufen: „Hosanna dem Sohn Davids! Gesegnet sei er, der kommt im Namen des Herrn!“ Das klingt noch ziemlich verhalten. Spielleiter Christian Stückl steht im Oberammergauer Passionstheater auf einem Tisch und feuert die Menge im oberbayerischen Dialekt an: „Stellt's euch vor, da Jesus kimmt! Da Jesus kimmt!“ Aus 400 Kehlen donnert nun zu Stückls Zufriedenheit „Hosanna! Hosanna!“

Das war Mitte Februar. Inzwischen breitet sich das Coronavirus in Deutschland aus. Deshalb muss man sich fragen: „Kimmt da Jesus wirklich?“ Bisher gab es noch keinen Krankheitsfall in Oberammergau und den Nachbargemeinden. Gleichwohl arbeiten die Verantwortlichen Notfallszenarien aus. Sollten sich in den letzten Wochen Mitwirkende in Risikogebieten aufgehalten oder Kontakt zu Personen gehabt haben, die in solchen waren, werden sie von den Proben freigestellt. Lange herrschte Zuversicht, dass die Passionsspiele stattfinden. Und so übten die Darsteller weiter. Schließlich hat man die Massenszenen und kurz darauf die Einzelproben abgesagt. Doch alles Hoffen half nichts. Mitte März musste dann auch der für diesen Mai vorgesehene Premieren-Termin auf den 21. Mai kommenden Jahres verschoben werden.

Spielleiter Stückl, 1961 in Oberammergau geboren, ist Theater-Profi. Der Intendant des Münchner Volkstheaters hat als Gastregisseur Theater- und Operninszenierungen an der Staatsoper Hamburg, am Wiener Burgtheater und im Schauspielhaus Zürich geleitet. Regie führte er



Männer mit Bärten: Schauspieler bei den Proben für die auf 2021 verlegten Passionsspiele

Foto: Thiede

auch bei der Eröffnungsfeier der Fußball-WM 2006 in München. Die alle zehn Jahre aufgeführten Oberammergauer Passionsspiele leitet er zum vierten Mal. Dabei stützt er sich auf den Passionstext, den Ortspfarrer Daisenberger für die Spiele von 1860 verfasste. Aber jedes Mal überarbeitet er den Text. Denn „die Tradition muss sich fortentwickeln, um am Leben zu bleiben“, wie Pilatus-Darsteller Anton Preisinger erklärt.

Zunächst befreite Stückl den alten Text von antijüdischen Ausfällen. Traditionell handelt das Spiel vom Leiden, Sterben und der Auferstehung Jesu. Dies-

mal will Stückl dessen Leben, Wirken am Rande der Gesellschaft und der Botschaft der uneingeschränkten Nächstenliebe größere Bühnenpräsenz verleihen. Doch Judas-Darsteller Martin Schuster weiß: „Im Endeffekt leben wir die Botschaft nicht, die Jesus uns vorgegeben hat.“

Zu den – hoffentlich – von Mai bis Oktober 2021 stattfindenden über 100 Aufführungen werden eine halbe Million Besucher aus aller Welt erwartet. Sie bekommen viele Novitäten geboten. Die Aufführung beginnt mit dem neu eingeführten Auftritt des Chores. Die Sängerinnen und Sänger stellen in einfacher bäuerlicher

Kleidung die Oberammergauer beim Schwur von 1633 dar. Der besagt, alle zehn Jahre die Passion des Herrn aufzuführen, falls die Einwohner fortan von der Pest verschont bleiben. Im Jahr darauf lösten sie erstmals ihr Gelübde ein. Der Wechsel auf volle Zehnerjahre erfolgte 1680.

Für die anstehende 42. Ausgabe wird das Bühnenhaus zur hellgrau verputzten Tempelanlage umgestaltet. Nach wie vor basiert die Passionsmusik auf Kompositionen von Rochus Dedler (1779–1822). Aber der musikalische Leiter Markus Zwick hat sie bearbeitet und um neue Stücke bereichert.

Keine Rolle mehr spielt das mit 200 Jahren älteste Requisit der Spiele: der Abendmahlstisch. Am neuen Tisch tragen Jesus und Judas ein Streitgespräch aus. Die 21 Hauptrollen sind doppelt besetzt. Ebenso wie der Judas-Darsteller Cengiz Görür ist der zweite Spielleiter und obendrein mit der Rolle des Nikodemus bedachte Abdullah Karaca Muslim. Denn beim einst erzkatholischen Passionsspiel herrscht inzwischen religiöse Toleranz.

Ob Christ, „Andersgläubiger“ oder Konfessionsloser: Mitmachen dürfen alle Oberammergauer Kinder und alle Erwachsenen, die seit mindestens 20 Jahren ihren ersten Wohnsitz im Ort haben. Rund 2000 Spielberechtigte beteiligen sich. Auch wer hinter den Kulissen arbeitet, die Kleider näht, Garderobiere oder Platzanweiser ist, gilt als Mitspieler.

Dieses Jahr sollten den Spielen Jungentage vorangestellt werden, zu denen man bei zwei Aufführungen mit über 8000 jungen Gästen aus aller Welt gerechnet hatte. „Der“ Passion, wie die Einheimischen sie nennen, hat eine – durch eine lange Pause unterbrochene – Spieldauer von fünf Stunden. Jesus-Darsteller Frederik Mayet vermutet: „Für nicht wenige Besucher ist es wie eine Pilgerfahrt.“

Die traditionell enge Bindung der Passionsspiele an die katholische Kirche hat sich gelockert. Von der Erneuerung des Patronatsvertrags mit dem Erzbischof München und Freising sah der Gemeinderat ab. Dafür herrscht ökumenisches Passionsmitemiteinander. Erstmals nämlich erhielt „der“ Passion einen ökumenischen Segen, erteilt vom Erzbischof Marx und dem evangelischen Landesbischof Bedford-Strohm. Ob der doppelte Segen wohl hilft, dass die Spiele stattfinden?

● **Lesetipp** Viola Schenz: „Die Geschichte der Oberammergauer Passionsspiele“, Volk Verlag, München 2019, 29,90 Euro

BEATLES

Scheidung auf Raten

Vor 50 Jahren löste sich die erfolgreichste Popband der Musikgeschichte auf – Die Trennung kündigte sich lange vorher an

„Nicht ich habe die Beatles verlassen, sondern die Beatles haben die Beatles verlassen.“ So äußerte sich Paul McCartney viele Jahre später zu dem Ereignis, das sich diesen Karfreitag zum 50. Mal gejährt hat: die Trennung der Beatles. Doch wie kam es dazu? McCartney hielt seit dem Tod ihres Managers Brian Epstein im August 1967 die Band zusammen, motivierte sie und brachte sie nach vorne.

Erste Brüche zeigten sich 1968 bei den Aufnahmen zu „The Beatles“ („Weißes Album“), als Schlagzeuger Ringo Starr wochenlang nicht ins Studio kam. McCartney hatte bei „Back in the USSR“ bereits das Schlagzeug eingespielt. Mit einer Postkarte, in der die anderen drei Beatles Starr als „besten Drummer der Welt“ bezeichneten, lockte man ihn zurück.

Auf dem „Weißes Album“ sind aber einige von McCartney allein produzierte Songs. Vor dem Erscheinen des Albums veröffentlichte George Harrison am 1. November 1968 sein erstes Soloalbum, den Soundtrack zum Film „Wonderwall“ mit Instrumental- und Experimentalmusik, was den Zusammenhalt nicht beeinträchtigte. Auch Lennons erstes Solo-Werk „Unfinished Music Nr. 1 „Two Virgins“ (29. November 1968) mit dem skandalträchtigen Nacktfoto gemeinsam mit seiner Frau Yoko Ono war alles andere als Main-

stream und damit kein Trennungsgrund. Ebenso nicht seine Mitwirkung beim Album „Rock and Roll Circus“ der Rolling Stones am 10. und 11. Dezember 1968.

Trotzdem: Die vier Beatles drifteten auseinander. McCartney hatte mit Linda Eastman seine Ehefrau und Lennon mit Yoko Ono seine zweite Frau gefunden, Starr seine Begeisterung für Spielfilme (1968 „Candy“, 1969 „Magic Christian“). George Harrison etablierte sich als gleichwertiger Songwriter.

Nach den technisch und stilistisch hochkarätigen Alben von 1967 („Sgt. Pepper“, „Magical Mystery Tour“) und 1968 („Weißes Album“) und auch den deutlich werdenden Differenzen wollte ab Ende 1968 vor allem McCartney die Gruppe wieder zusammenschweißen – mit der Idee eines Live-Auftritts und damit auch einfacherer Musik. „Get back“ – zurück zu den Wurzeln – hieß das Projekt im Januar 1969, das dann zum Film und zur LP „Let it be“ wurde. Hört man in die Aufnahmebänder, so ist (zumindest) die musikalische Stimmung bestens. Die Beatles jammen durch ihr altes Repertoire mit Rock 'n' Roll oder Liverpools Straßenliedern.

In Erinnerung an ihre Hamburger Jahre 1960 bis 1962 singen sie sogar ihren Song „Get back“ auf Deutsch („Geh raus aus deinem Haus“). Doch es gab auch Dif-

ferenzen, sodass Harrison für einige Tage die Gruppe verließ. Erwähnt sei zudem die Anwesenheit von Yoko Ono im Studio, was sich auf die Arbeit auswirkte. Mit dem Rooftop-Konzert am 30. Januar 1969 und ein paar Nachbearbeitungen endete dieses Projekt, ohne dass es zunächst weiterverfolgt wurde.

Im März 1969 heirateten John Lennon und auch Paul McCartney. Die beiden spielten am 14. April dann auch „The Ballad of John and Yoko“ ein. Die Aufnahme-

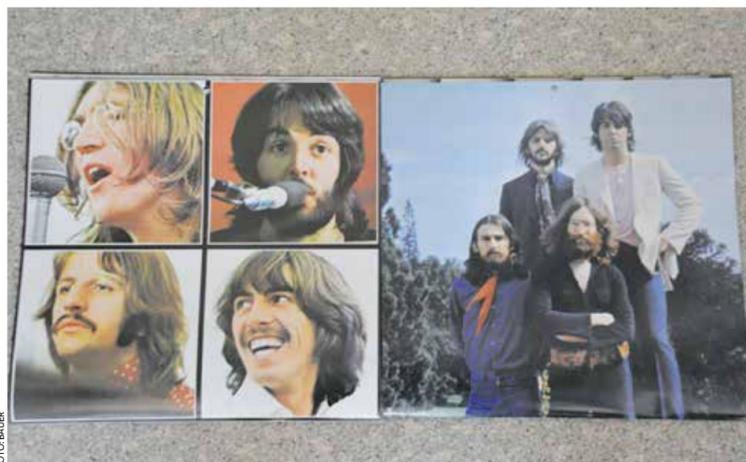
pause beim Album „Abbey Road“ nutzte Lennon für seinen „Bed in“ und die Friedenshymne „Give peace a chance“ (aufgenommen am 1. Juni 1969 in Kanada). Als Autoren sind übrigens Lennon und McCartney genannt.

Am 20. August 1969 waren letztmals alle vier Beatles gemeinsam im Studio, die weitere Bearbeitung der Songs erfolgte in unterschiedlichen Konstellationen. Zum Streitobjekt wurde 1969 auch der Posten des neuen Managers. Während Lennon,

Harrison und Starr den in der Popszene bekannten (und auch umstrittenen) Allen Klein bevorzugten, schlug Paul McCartney seinen Schwiegervater Lee Eastman vor. McCartney unterlag.

Im September 1969 gab John Lennon intern als erster seine „Scheidung“ von den Beatles bekannt, was jedoch geheim gehalten wurde. Und er nahm eine Einladung zum „Toronto Rock and Roll Revival“ am 13. September an, wofür er die Gruppe „Plastic Ono Band“ gründete. Von Weihnachten 1969 bis März 1970 arbeitete McCartney an seinem ersten Soloalbum, das Gleiche tat Ringo Starr, dessen „Sentimental Journey“ im März 1970 erschien.

Diese beiden Alben, dazu die nun fertiggestellte LP „Let it be“, die auch für April 1970 terminiert war, erhitze die Gemüter bezüglich der Erscheinungstermine. Eine Woche vor der Veröffentlichung seiner Solo-LP, am 10. April 1970, schickte McCartney vorab der Presse sein Album – zusammen mit einem Interview, das er quasi mit sich selbst führte. Darin sagte er unter anderem, dass er nicht wisse, ob die Trennung der Beatles momentan oder permanent sei. „Trennung der Beatles“ – das war dann die Aussage, die die Medien, die vor allem McCartney damit in Verbindung brachten, in den Vordergrund rückten. *Markus Bauer*



Letztmals gemeinsam zusammen: Cover von „Let it be“ und Gruppenfoto von 1969

● FÜR SIE GELESEN

Schnöder
Verräter oder
naiver Patriot?

Für Bonn war es eine Katastrophe, als am 22. Juli 1954 die Ost-Berliner Sender den Übertritt des westdeutschen Verfassungsschutzpräsidenten Otto John in die DDR „aus politischen Erwägungen“ meldeten. Er war einer der Beteiligten am Hitler-Attentat vom Juli 1944, der noch lebte.

In Ost-Berlin wollte John mit Politikern über die deutsche Einheit sprechen. Die Frage, ob der KGB ihn in den Osten gelockt hatte, konnte nie völlig geklärt werden. Da er keinerlei Unterlagen mitgenommen hatte, wurde der anfängliche Verdacht auf Verrat schnell widerlegt. Tatsächlich hatte John Kontakt zu KGB-Spitzen in Moskau, die ihn ab 1939 im Visier hatten, anfangs für einen britischen Agenten hielten und ihn dann als Spion anwerben wollten, was John ablehnte.

Als die Deutschlandpolitik des Kremls erfolglos blieb, die Bundesrepublik 1955 der NATO beitrug und die UdSSR primär die DDR aufbauen wollte, hatte man an John kein Interesse mehr. Von der Stasi unbemerkt, kehrte John nach 17 Monaten in den Westen zurück. „Womöglich war John zum zweiten Mal in anderthalb Jahren unter falschem Vorwand über die Grenze des Kalten Krieges gelockt worden“, schreiben die anerkannten Geschichtswissenschaftler Benjamin Carter Hett und Michael Wala in ihrer „Otto John“-Biografie.

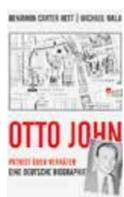
Im Dienste der deutschen Einheit

John wurde des Verrats angeklagt, und obwohl Oberbundesanwalt Max Güde bei der Anklageschrift „nicht viel Beweiskräftiges“ fand, waren die Richter entschlossen, den Angeklagten zu einer langjährigen Strafe zu verurteilen. Für sie, die fast alle NSDAP-Mitglieder gewesen waren, „bildete das Vorbild der Widerstandskämpfer einen ständigen moralischen Vorwurf und eine Bürde“. Die Autoren lassen in ihrem Buch die Voreingenommenheit der Richter deutlich erkennen.

Der Vorwurf, John sei aus freien Stücken nach Ost-Berlin gegangen, war nicht stichhaltig: Gleiches hatten der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann sowie der Bundestagspräsident Hermann Ehlers auch getan und ebenfalls dort die deutsche Einheit beschworen. Die Aussagen des Verfassungsschutzpräsidenten in Moskau erfolgten zweifellos unter Druck. Der Verdacht, er habe Verbindungen zum britischen Nachrichtendienst, blieb erwartungsgemäß vage. Dennoch wurde John zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach Meinung der Verfasser hätte er eigentlich „freigesprochen werden müssen“. In seinen Anträgen zur Wiederaufnahme des Verfahrens behauptete John, die Sowjets hätten den Bundesrichter Heinrich Jagusch mit dessen NS-Vergangenheit erpresst, damit er den Schuldspruch gegen John unterstütze, was das Gericht ohne Prüfung als „unzulässig“ abwies.

Zwar wurde John 1958 begnadigt, und man gewährte ihm eine kleine Gnadenernte, aber rehabilitiert wurde er bis zu seinem Tode am 26. März 1997 nicht.

Friedrich-Wilhelm Schломann.



Benjamin Carter Hett/Michael Wala: „Otto John“, Rowohlt-Verlag, Hamburg 2019, gebunden, 411 Seiten, 25 Euro

DEUTSCHER ADEL



Cecilie, die letzte deutsche Kronprinzessin, erfreute sich allgemeiner Beliebtheit



Cecilie zu Mecklenburg-Schwerin Der letzten Kronprinzessin des Deutschen Reichs ist die Bildbiografie Jörg Kirschsteins, eines ausgewiesenen Kenners des deutschen Kaiserhauses, gewidmet. In staatlichen Archiven fand er unzählige Fotografien der Adligen,

neben bekannten auch viele bislang unveröffentlichte. Entstanden ist ein Porträt der wegen ihrer Eleganz und ihres sozialen Engagements beliebten Kronprinzessin. Der Autor widmet sich auch den Schattenseiten in ihrem Leben. MRK

Fotos: SPSG/Hans Bach, LOC

Jörg Kirschstein: „Kronprinzessin Cecilie. Die Bildbiographie der letzten deutschen Kronprinzessin“, be.bra Verlag, Berlin 2020, gebunden, 160 Seiten, 24 Euro

KRANKHEIT

Die Gebrechen
der Mächtigen

Der Arzt und Historiker Ronald D. Gerste schildert, welchen Einfluss eine angeschlagene Gesundheit auf das Handeln von Regenten in der Geschichte hatte

VON WOLFGANG KAUFMANN

Viele große Persönlichkeiten der Vergangenheit waren nicht gesund – und oft wurden sie gerade in historisch besonders schicksalhaften Momenten von ihren Leiden behindert. Interessante Fakten hierzu liefert das Buch „Wie Krankheiten Geschichte machen“ von Ronald D. Gerste. Der Arzt und Historiker beleuchtet darin 20 konkrete Fälle von Alexander dem Großen bis hin zu den drei sowjetischen Generalkommandanten Leonid Breschnew, Jurij Andropow und Konstantin Tschernenko.

Dabei zeigt sich immer wieder, wie stark die Krankheiten der Monarchen und Staatsmänner den Lauf der Geschichte beeinflussen haben. Welchen Anblick böte die politische Weltkarte wohl heute, wenn Alexander der Große nicht schon mit Anfang 30 gestorben wäre und seine Eroberungszüge noch Jahrzehnte fortgesetzt hätte? Was wäre aus dem deutschen Kaiserreich nach 1888 geworden, wenn Friedrich III. keinen Kehlkopfkrebs gehabt hätte, dem er nach nur 99 Tagen auf dem Thron erlag? Und wie wären wohl die 1930/40er Jahre verlaufen, wenn Adolf Hitler nicht aus einer Mischung aus Hypochondrie und echten Krankheitssymptomen geglaubt hätte, er müsse seine politischen Ziele so schnell als möglich erreichen, weil er früh sterben werde?

Gerste weist zudem nach, dass die USA mindestens drei Mal in ihrer Existenz von schwer kranken und damit nur eingeschränkt handlungsfähigen Präsidenten regiert wurden: Woodrow Wilson, der 1924

starb, konnte seine Amtsgeschäfte aufgrund eines Schlaganfalls schon seit Ende 1919 kaum mehr wahrnehmen. Franklin D. Roosevelt litt bereits vor seiner ersten Amtszeit an Kinderlähmung und galt spätestens ab 1944 als körperliches Wrack. Und auch der scheinbar so jugendlich-vitale John F. Kennedy hatte diverse Gebrechen, darunter eine schwere Nebenniereninsuffizienz (Morbus Addison) und Osteoporose. Wegen der Letzteren trug der Präsident übrigens auch ein Stützkorsett, welches ihn am 22. November 1963 daran hinderte, sich nach dem ersten Treffer beim Attentat von Dallas wegzuducken.

Ähnlich gelagert war der Fall des Bolschewistenführers Wladimir Iljitsch Lenin, der bis zu seinem Tode am 21. Januar 1924 an der Spitze der von ihm geschaffenen Sowjetunion stand, obwohl er zwischen Mai 1922 und März 1923 neun Schlaganfälle erlitten und dadurch all seine kognitiven Fähigkeiten eingebüßt hatte.

Jede einzelne Krankheitsgeschichte kommt spannend und informativ daher, was auch für die dazwischengeschalteten Exkurse über die Pest, die Syphilis, die Pocken, die Grippe, die Tuberkulose und Aids gilt.



Ronald D. Gerste: „Wie Krankheiten Geschichte machen“, Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 2019, gebunden, 381 Seiten, 20 Euro

GESELLSCHAFT

Kuriose Treffen
und Nachdenkliches

In einem Selbstversuch begibt sich Corinna Busch auf Partnersuche in einer digitalisierten Welt, in der es zunehmend schwerer wird, aufeinander zuzugehen

VON SILVIA FRIEDRICH

In ihrem Buch „Ein Dutzend Dates. Online-Dating, männlicher Narzissmus und andere Dramen“ beschreibt die ehemalige Redakteurin und Grimme-Preisträgerin Corinna Busch einen Selbstversuch. Sie lernte über das Internet Männer kennen und traf sich mit ihnen zwecks späterer Partnerschaftsanbahnung. Zwölf dieser Treffen werden beschrieben: witzig, erschreckend, aufrüttelnd, frustrierend und ernüchternd. Jedes Kapitel ist einem dieser Männer gewidmet, und man kann sich gut vorstellen, welche kuriose „Exemplare“ sich in den Cafés, Bars und Restaurants wartend an den Tischen lümmelten. Ob doch ein passendes Gegenüber für die Autorin dabei war, muss der Leser selbst herausfinden. Die Lektüre hat Suchtpotenzial.

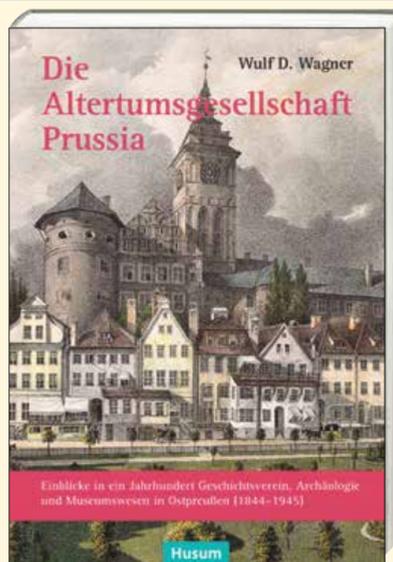
Schnell gelesen und sicher auch oft laut lachend, ist der erste Teil des Buches zu genießen. Doch das Werk gewinnt an Tiefe, wenn die Autorin im zweiten Teil durch Unterhaltungen mit versierten Psychologen ein nachdenkliches Resümee zieht. Ab der Mitte handelt es sich um eine Art zweites Buch, das sicher auch allein hätte stehen können. Sehr ernsthafte Fragen werden gestellt. Ausgehend von dem Umstand, dass die Autorin bei den Treffen immer wieder auf merkwürdige psychische Auffälligkeiten bei den Betroffenen stieß, das Verhalten vieler eher einer Trauma-Überlebensstrategie gleich, war ihre Neugier geweckt, weshalb und woran es in unserer Gesellschaft krank. Wenn wir als Kriegsenkelge-

neration immer noch glauben, die Gnade der späten Geburt hätte uns vor den Kriegsgreueln und deren Auswirkungen bewahrt, so ist das Gegenteil schon seit längerer Zeit von Wissenschaftlern untersucht und nachgewiesen worden. Wir alle haben die schrecklichen Erfahrungen der Eltern und Großeltern geerbt, quasi mit der Muttermilch eingesogen und leiden noch heute daran, was Generationen vorher unmittelbar in Kriegszeiten und bei Hungersnöten durchmachen mussten. Mit diesem Erbe zu leben, führt zu vielen psychischen Auffälligkeiten. Ist die Generation der Kriegsenkel beziehungsunfähig. So fördert das Internet die Vereinsamung von Menschen und zieht das Online-Dating narzisstisch geprägte Menschen an.

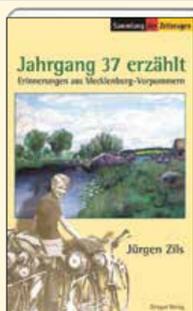
Wie hat man sich früher kennengelernt? Auf diese Fragen gibt es Antworten im zweiten Teil des Buches. Ob man diese für sich annimmt, bleibt jedem selbst überlassen. Buschs Fazit ist ein Aufruf, der hoffen lässt: „Aufeinanderzugehen, um sich und einander kennenzulernen, das sollten wir selbst übernehmen, im analogen Leben, ganz ohne Maschinen, Internet und Künstlicher Intelligenz.“



Corinna Busch: „Ein Dutzend Dates. Online-Dating, männlicher Narzissmus und andere Dramen“, Books on Demand, Norderstedt 2019, broschiert, 180 Seiten, 12 Euro



Wulf D. Wagner
Die Altertumsgesellschaft Prussia
 Einblicke in ein Jahrhundert Geschichtsvereine, Archäologie und Museumswesen in Ostpreußen (1844-1945)
 Das vorliegende Buch untersucht und dokumentiert anhand umfangreicher Akten- und weitgehend unveröffentlichten Bildmaterials die hundertjährige vielfältige Geschichte der Altertumsgesellschaft Prussia in Königsberg in Ostpreußen bis 1945. Wir lesen von Burgen der alten Prußen, von Wikingergräbern und Goldfibeln, von überfüllten Museen und glänzenden Ausstellungen, von der Bewahrung alter Bauernhäuser und Kirchenheiligen. Wir lesen von Professoren, die uns in ihrer Freude und ihrer Verzweiflung mitnehmen auf ihre spannende Reise in die Vorzeit, von neugierigen Kindern, die den Archäologen helfen, von ehrenamtlichem Engagement, mit dem neue Wissenschaftszweige aufgebaut werden. 368 Seiten
 Nr. P A1495 Gebunden 34,95 €



Jürgen Zils
Jahrgang 1937 erzählt
 Erinnerungen aus Mecklenburg-Vorpommern
 228 Seiten/Kartoniert
 Nr. P A1441 16,90 €

Der Jahrgang 1937 hat viel erlebt. An die Hitlerzeit mit Bombennächten und Ruinen in Anklam an der Peene kann sich Jürgen Zils noch sehr gut erinnern. Unvergessenes Elend auf den Landstraßen und immer wieder Hunger haben sich tief in sein Gedächtnis eingegraben. Trotz widriger Verhältnisse hatte ich eine spannende und aufregende Kindheit mit vielen schönen Erlebnissen, Freundschaften, Abenteuern und Freuden in der Natur. Eine gehörige Portion Glück im Leben, trotz mancher Härten, lässt ihn zufrieden zurückblicken. Auch wenn er als Bürger der DDR die große Welt nicht sehen konnte, so konnte er doch auf zwei und später auf vier Rädern die „kleine Welt“ sehr intensiv kennenlernen. In aller Ruhe schrieb Jürgen Zils seine Erinnerungen auf, damit seine Enkel nachlesen können, wie es früher war.



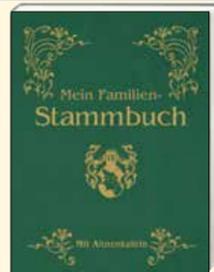
Horst Seeger/Egbert Herfurth (Illustrator)
Die große Liedertruhe
 Schöne alte und neue Volkslieder
 288 Seiten/Gebunden
 Nr. P A1247 9,95 €

Die „Liedertruhe“ ist ein Fundus voll großer Gefühle und Heimatverbundenheit. Sie enthält über 220 der schönsten und bekanntesten deutschen Volkslieder. Mit Noten und vierfarbig illustriert. Volkslieder lassen die Jahreszeiten erklingen und führen uns durch die Natur. Sie berichten von Liebe und Freundschaft, Abschied und Sehnsucht. Und sie begleiten uns durch die festlichen Stunden des Jahres. Mit sämtlichen Noten und den farbigen Illustrationen von Egbert Herfurth ist dieser Klassiker unter den Liederbüchern ein wahrer Schatz für Groß und Klein, der zum Blättern und Mitsingen einlädt!



Ludwig Reiners
Der ewige Brunnen
 Ein Hausbuch Deutscher Dichtung
 1.136 Seiten
 Gebunden
 Nr. P A0950 19,95 €

Der ewige Brunnen ist die berühmteste Sammlung deutscher Gedichte. Auf über 1.100 Seiten sind mehr als 1.600 Gedichte aus acht Jahrhunderten zusammengestellt. Die Ausgabe wurde von Albert von Schirnding überarbeitet und durch Gedichte aus den letzten fünfzig Jahren erweitert. So ist dieses „Hausbuch deutscher Dichtung“ jetzt aktualisiert und auf den neuesten Stand gebracht. Mit seiner Gedichtsammlung „Der ewige Brunnen“ – Ein Hausbuch deutscher Dichtung hat Ludwig Reiners vor über fünfzig Jahren ein Werk zusammengestellt, das inzwischen selbst zum Klassiker geworden ist. Für Millionen Leserinnen und Leser wurde dieses Buch zum Ort der Begegnung mit der deutschen Dichtkunst.



Mein Familien-Stammbuch – Mit Ahnentafel
 Dieses Buch zeigt Ihnen, wie Sie Ihren Ahnen Schritt für Schritt auf die Spur kommen. Es gibt einen zusammenfassenden Überblick über die wichtigsten Informationsquellen, einfache Recherchemethoden, wie Sie mehr über Ihren Familiennamen erfahren und vieles mehr. Anschließend können Sie alle gesammelten Informationen auf Formblättern und in Ahnentafeln eintragen. 80 Seiten
 Nr. P A1324 Gebunden 6,00 €



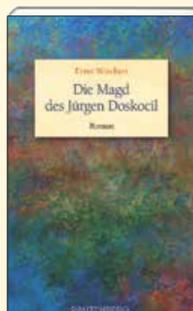
Günther K. Koschorrek
Vergiss die Zeit der Dornen nicht
 Ein Soldat der 24. Panzerdivision erlebt die sowjetische Front und den Kampf um Stalingrad
 341 Seiten/Gebunden
 Nr. P 540016 14,95 €

Günther K. Koschorrek war nicht Heerführer, nicht Wissenschaftler oder Historiker, er hat in seinem Buch zusammengefasst, was er als einfacher Soldat im Grauen des Krieges täglich aufgeschrieben hat. Sein Erleben des Krieges war ein anderes als das in den Stäben oder Befehlsständen. Der Verfasser war 19 Jahre alt, als ihn der Krieg in seiner schlimmsten Phase einholte und ihn in seine unerbittliche Gewalt nahm. Er hatte zu gehorchen und nicht nach dem Warum zu fragen. Das NS-Regime, das seine Ziele gnadenlos verfolgte, hatte eine ganze Generation unter Eid und in die Pflicht genommen, ihre Ideale schändlich missbraucht. Der Autor berichtet über seine Erlebnisse tagebuchartig, ohne Umschweife und auf objektive Art und Weise und erreicht dadurch eine große Authentizität, die unter die Haut geht.



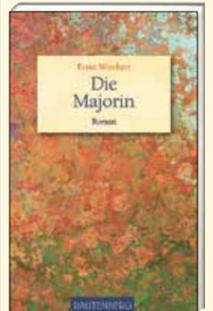
E. G. Stahl
Die Mücke im Bernstein
 Der große Ostpreußenroman
 440 Seiten/Gebunden
 Nr. P 533186 16,95 €

Else Stahl lässt die Landschaft Ostpreußens mit ihren dunklen Wäldern, kristallinen Seen, goldgelben Weizenfeldern und schimmernden Küsten zu neuem Leben erwachen und nimmt den Leser mit auf eine Reise durch die Zeit. Vor diesem Hintergrund spielt die jahrhundertlange Geschichte einer Familie. Ein goldschimmernder Bernstein mit einer eingeschlossenen Mücke, der vom Meer an die samländische Küste gespült wurde, wird von Generation zu Generation weitervererbt und ist Zeuge der ineinander verwobenen Lebensgeschichten. Er geht verloren, taucht immer wieder auf, niemand weiß, wie er in diesen Kreislauf geraten ist. Doch dieses Schmuckstück verheißt nichts Gutes. Aus Liebe wird Hass, aus Freude wird Leid, aus Frieden wird Krieg. Jedes Kapitel erzählt die Geschichte einer Generation, die mit der vorherigen auf raffinierte Weise verbunden ist.



Ernst Wiechert
Die Magd des Jürgen Dorskocil – Roman
 184 Seiten/Gebunden mit SU
 Nr. P 533197 14,95 €

Der Fährmann Jürgen Dorskocil lebt einsam und von der Gemeinschaft ausgegrenzt in einem Dorf im Memelland. Aufgrund seiner großen, hässlichen Gestalt und dem unehelichen Kind, das seine erste, verstorbene Frau von einem anderen gebar, wird er verspottet und von den Dorfkindern ausgelacht. Durch einen Mormonenprediger im Dorf, trifft Marte auf ihn. Sie sieht in Dorskocil einen liebenswürdigen Mann und entschließt sich, bei ihm zu bleiben. Der Prediger versucht, die Abtrünnige mit unchristlichen Mitteln zurück zum Glauben zu zwingen, und verflucht das Lebensglück der beiden Liebenden. Auch die anderen Dorfbewohner, beeinflusst von ihrem Prediger, erschweren ihnen das Leben. Ein Buch voller Liebe, Schmerz und Menschlichkeit.



Ernst Wiechert
Die Majorin
 Roman
 192 Seiten/Gebunden mit SU
 Nr. P 533198 14,95 €

Endlich heimgekehrt aus dem Ersten Weltkrieg, findet Michael Fahrenholz seinen Namen neben dem seiner Brüder auf der Gefallenen-Ehrentafel. Das spiegelt den Zustand seiner Seele wider: Durch den Krieg ist er verstört und zutiefst verbittert. Michael wird Jäger bei der Majorin, eine ebenfalls vom Leid des Krieges gezeichnete Frau, der die großen Wälder und das benachbarte Gut gehören. Diese versucht, ihn zurück in ein sesshaftes Leben zu führen. Während dieser schwierigen Unternehmung entwickelt sich eine ungewöhnliche Bindung zwischen der Majorin und dem Jäger. Ernst Wiechert erläutert mit gewichtiger Symbolik die Reifungsprozesse zweier vom Krieg unterschiedlich gezeichneten Individuen, die gemeinsam und doch jeder auf eine andere Art und Weise das Leben neu begreifen.

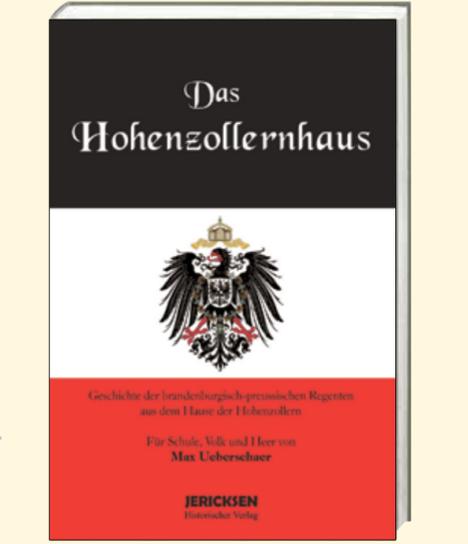


Alfred Rubbel
Im Panzer IV und Tiger an der Ostfront
 Das persönliche Kriegstagebuch des Alfred Rubbel 1939-1943
 256 Seiten/Gebunden
 Nr. P 540008 24,95 €

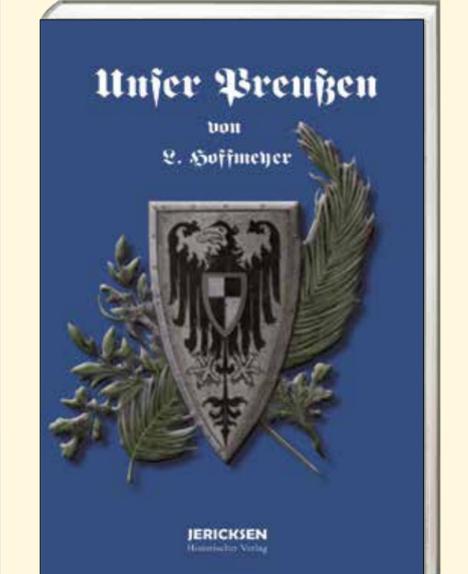
Als Alfred Rubbel, am 28. Juni 1921 in Tilsit geboren, sich im Alter von 18 Jahren im September 1939 freiwillig zur Wehrmacht meldet, ahnt er noch nicht, welch ungewöhnliches Soldatenschicksal ihn erwartet. Nach seiner Versetzung zur Panzerwaffe beginnt für den jungen Soldaten mit dem „Unternehmen Barbarossa“ der Russlandfeldzug. Zunächst als Lade-, dann als Richtschütze erlebt er den schnellen Vorstoß nach Osten. Nach Umschulung auf den Panzer VI „Tiger“ erfolgt seine Kommandierung zur Tigerabteilung 503, mit der er nun als Panzerkommandant bei der Operation „Zitadelle“ und bei der Öffnung des Kessels von Tscherkassy zum Einsatz kommt. Ergänzt wird dieser packende Erlebnisbericht durch mehr als 350 Bilder.



Hans-Peter Hahn und Peter Körner
CD – Ostpreußischer Humor – Wenn bis weit nach Mitternacht der Lorbass beim Marjellenchen wacht
 Auf der Bühne hört man das Ostpreußische nur noch selten, aber wenn man es hört, dann ruft es Schmunzeln und Lachen hervor. Man wird sich nicht nur gern erinnern, sondern vor allem mit einem Augenzwinkern köstlich unterhalten. Einige Lieder wurden von den beiden Künstlern extra für dieses Hörbuch vertont. (Gesamtspielzeit: 133 Minuten)
 Nr. P 533147 Doppel CD 14,95 €



Max Ueberschär
Das Hohenzollernhaus
 Geschichte der brandenburgisch-preussischen Regenten aus dem Hause der Hohenzollern
 Mit seinem herausragenden Werk über die Geschichte der Hohenzollern schuf der renommierte Historiker Max Ueberschär ein noch heute unverzichtbares, fundiertes und detailliertes Porträt des preussischen Königshauses und seiner Herrschergestalten. Der Leser erfährt vom Regierungsantritt des Großen Kurfürsten in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges, von dessen Sohn Friedrich III., der sich 1701 mit Erlaubnis des habsburgischen Kaisers zum „König in Preußen“ krönen ließ, von der glanzvollen Herrschaft Friedrichs des Großen, von der totalen Niederlage des preussischen Staates gegen Napoleon Bonaparte und dem militärischen Wiederaufstieg in den Befreiungskriegen sowie schließlich von der Proklamation König Wilhelms I. zum deutschen Kaiser im Gefolge des Waffengangs von 1870/71. 216 Seiten
 Nr. P A1500 Gebunden 16,95 €

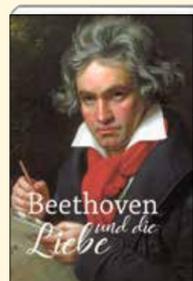


L. Hoffmeyer
Unser Preußen
 Die Entwicklung des Preussischen Staates unter der Herrschaft der Hohenzollern
 In seinem Ende des 19. Jahrhunderts erschienenen, reich illustrierten Geschichtswerk beschreibt der Historiker L. Hoffmeyer fundiert den Aufstieg und die Entwicklung des Staates Preußen. Gerade in seinen besonderen Tugenden, die das Bild und Selbstverständnis der Deutschen stets geprägt haben, nämlich Fleiß, Tapferkeit, Pflichttreue und Disziplin, überdauert der Hohenzollernstaat faktisch bis in die heutige Zeit. Hoffmeyer berichtet dem Leser von den großen Herrschergestalten, Staatsmännern und Feldherren Preußens sowie von den herausragenden Geschehnissen ihrer Zeit. 384 Seiten
 Nr. P A1498 Gebunden 19,95 €



Franz Kurowski
Hauptmann Hans-Joachim Marseille
 Der erfolgreichste Jagdflieger des Afrikafeldzuges
 287 S/W- und 22 farb. Abb. Format 24 x 30 cm. Gebunden mit Schutzumschlag. 240 S.
 Nr. P 540066 24,95 €

Dies ist die Geschichte von Hauptmann Hans-Joachim Marseille, dem erfolgreichsten Jagdflieger des Afrikafeldzuges. Am 13. Dezember 1919 in Charlottenburg geboren, meldete sich Jochen, wie er von seinen Kameraden und Freunden genannt wurde, nach dem Abitur freiwillig zur Luftwaffe. Bereits während seiner Ausbildungszeit zeigte sich das herausragende Talent des Fliegervirtuosen, aber auch seine draufgängische Art. Nach Kampfeinsätzen an der Kanalküste wurde er mit seinem Geschwader nach Afrika verlegt, wo sein kometenhafter Aufstieg begann. Ausgezeichnet mit den Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern fand er nach 158 Luftsiegen auf einem Probeflug mit einer nagelneuen Me 109 den Tod. Die vorliegende Neuauflage wurde durch viele bisher unveröffentlichte Fotos ergänzt.

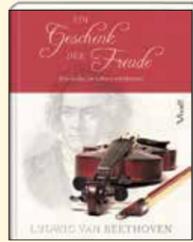


Jürgen Zils
Beethoven und die Liebe
 128 Seiten/Gebunden im Miniaturoformat
 Nr. P A1506 5,00 €

Als Unsterbliche Geliebte wird die Adressatin eines berühmt gewordenen Briefes bezeichnet, den Ludwig van Beethoven am 6./7. Juli 1812 in Teplitz schrieb. Ihre Identität ist in der Fachwelt bis heute umstritten. Die Auseinandersetzung um die Frage, wer die berühmte Unbekannte war, hat in der Fachwelt Züge eines Glaubenskrieges angenommen dennoch sprechen die meisten Indizien für die 1779 geborene Josephine von Brunsvik, verwitwete Gräfin Deym, verheiratete Baronin von Stackelberg. Dieses informative und unterhaltsame Lebensbild zeigt den Künstler von seiner romantischen Seite und stellt die große Liebe seines Lebens vor. Ein unterhaltsames und spannendes Buch für alle musikalisch und historisch interessierten Leser. Mit Porträts der Frauen des Beethoven-Kreises und Abbildungen von den Lebensstationen des berühmten Komponisten.



Jürgen Zils
Zogen einst fünf wilde Schwäne
 24 Lieder aus Ostpreußen.
 24 Lieder aus Ostpreußen. Ännchen von Tharau, Es dunkelt schon die Heide, Zogen einst fünf wilde Schwäne, Land der dunklen Wälder, Abends treten Elche ..., Freiheit die ich meine u.v.m. Laufzeit 55 Minuten
 Nr. P 5875 CD 12,90 €



Ludwig van Beethoven
Volker Bauch (Redaktion)
Ein Geschenk der Freude – Buch mit CD – Musikalische Lebensweisheiten
 32 Seiten/Gebunden mit CD
 Nr. P A1512 16,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg
 GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg
 Telefon 09 31/ 46 58 89-12
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (* nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Kaum war die PAZ vom 3. April in Druck, kam die Rolle rückwärts. Wir hatten berichtet, dass der Attentäter von Hanau laut den Ermittlungen des Bundeskriminalamts (BKA) nicht in erster Linie rechtsextrem motiviert war. Vielmehr hätten die Ermittler herausgefunden, dass Tobias R. Ausländer als Opfer ausgesucht hatte, um so die Aufmerksamkeit für seine Tat und seine geisteskranken Verschwörungstheorien zu erhöhen. Dieser BKA-Bericht hat offenbar hohe Wellen geschlagen, nachdem man die Morde zur Attacke auf die AfD genutzt hatte, was nun erst recht als billige Kampagne erscheinen musste. BKA-Chef Holger Münch stürmte kurz darauf an die Öffentlichkeit: Die Tat sei, anders als im BKA-Bericht beschrieben, sehr wohl „eindeutig rechtsextrem“. Möglicherweise fürchtete Münch, das Schicksal von Ex-Verfassungsschutz-Chef Hans-Georg Maaßen zu erleiden. Der hatte einer regierungsamlichen Lüge, den erfundenen „Hetzjagden“ von Chemnitz, widersprochen, und war daraufhin gefeuert worden. H.H.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Rom will Geld

Warum arme Deutsche für reiche Italiener zahlen sollen, und warum niemand „Mussolini“ sagt

VON HANS HECKEL

Ja, so sind wir, wir Deutsche: Herzlos, gnadenlos arrogant und überhaupt irgendwie für immer Nazis. Wir sollten uns schämen, und das tun wir natürlich auch, jederzeit bereit, mit größter Hingabe. Zurzeit halten uns die Italiener den Spiegel vor, in den sie alles hineingemalt haben, was sie uns immer schon um die Ohren hauen wollten. „Von Deutschland bekommen wir nichts – außer zwei Finger in die Augen gedrückt“, flucht Matteo Salvini, Chef der größten Oppositionspartei Lega Nord.

Himmel, was haben wir getan? Italien will wegen Corona Schulden aufnehmen, für welche die deutschen Steuerzahler genauso haften sollen wie italienische, „Coronabonds“ heißt das Instrument. Und warum sollten wir das tun? Weil, wie die Zeitung „Corriere della Sera“ fordert, „die reichsten Brüder den schwächsten helfen“ müssten in der Not.

Aha? Mit „stärksten“ und „schwächsten“ ist vermutlich nicht die unterschiedliche sportliche Kondition von Italienern und Deutschen gemeint, eher schon, wie vermögend sie sind. Da lohnt ein Blick in die Zahlen der EZB. Die rechnet nämlich regelmäßig aus, wie hoch das „Medianvermögen“ in den Haushalten der Eurozone liegt.

Kleiner Erklärkasten: Das Medianvermögen eines Volkes wird errechnet, indem man die Mitte zwischen reicherer und ärmerer Hälfte ermittelt. Liegt dieses Vermögen beispielsweise bei 100000 Euro, heißt das, dass genau die Hälfte der Haushalte mehr und die andere Hälfte weniger als diesen Betrag besitzt, wobei Geld, Immobilien und alle sonstigen Vermögenswerte einbezogen sind, sofern man sie statistisch erfassen kann.

Na? Wie sieht es damit aus in der Eurozone? Die deutschen Haushalte rangieren mit einem Medianvermögen von 60800 Euro ziemlich weit hinten, die Italiener sitzen dagegen auf 146200 Euro pro Haushalt und die spanischen Haushalte verfügen sogar über ein Medianvermögen von 159600 Euro. Die „stärksten“ müssen den „schwächsten“ Brüdern helfen? Na, dann her mit den Milliarden aus Rom und Madrid. Es lebe der Geist der europäischen Solidarität – Solidarität mit den armen Deutschen (siehe Seite 8)!

So müsste es laufen angesichts dieser eindeutigen Zahlen. Das meint man aber nicht, jedenfalls nicht in Rom. Dort bedeutet Solidarität, dass die Deutschen von ihrem kläglichen

Vermögen noch etwas draufschaufeln auf den stolzen italienischen Berg. Wenn wir das nicht tun, sind wir arrogant, scheinheilig, kaltherzig etc. (siehe Seite 4).

Die Freunde dieses speziellen europäischen Geistes werfen ein, dass die Vermögenszahlen schief seien. Der „Reichtum“ der Italiener oder Spanier resultiere nur daraus, dass es dort eine viel höhere Quote von Eigentümerhaushalten gebe, während die Mehrheit der Deutschen zur Miete wohne. Und Immos seien eben teuer.

Mit anderen Worten: Wer sich nicht einmal eine eigene Hütte leisten kann, der ist moralisch dazu verpflichtet, den Eigenheimbesitzer finanziell zu unterstützen, weil dessen Geld ja in seinem Anwesen gebunden ist. Etwa so? Was für ein Quatsch!

Also lassen wir das und kommen besser zum Punkt: Europäische Solidarität bedeutet, dass die Deutschen zahlen, sonst nichts. Wenn sie das nicht (mehr) im gewünschten Maße tun, dann sind sie die Schweine, die Europas Einheit zerstören.

Entsprechend empört geben sich unsere italienischen Freunde. Italienische Politiker nehmen die EU-Flagge aus ihren Büros und von Rathäusern, in einem vielgeklickten Video wird das EU-Banner gar zu den Klängen der italienischen Nationalhymne verbrannt. Einige Firmen sollen die europäische gegen eine russische oder chinesische Flagge eingetauscht haben. Wobei kein Zweifel aufkommen sollte: Wenn man jenseits der Alpen von „Europa“ spricht, meint man vor allem Deutschland, das man für den allmächtigen Hegemon der EU hält.

Allerdings könnten sich andere EU-Völker ebenfalls getroffen fühlen von solchen Aktionen auf der Apenninhalbinsel. Aber da können wir die Partner beruhigen. Dass die Italiener in einer Krise die Flaggen ihrer (eben noch) Verbündeten einrollen oder gar verbrennen, um sie über Nacht durch ganz andere zu ersetzen, ist nicht eben neu. Wir Deutsche haben da so dies und das in unserem historischen Nähkästchen, in das wir jeden gerne blicken lassen, der es genauer wissen will.

Apropos Geschichte: Die Italiener wählen auch jetzt bei ihren Geldforderungen mit großer Vorliebe in der deutschen NS-Geschichte, aus der sie eine Art ewiger Zahlungsverpflichtung der Germanen für die Römer ableiten. Dabei kommt ihnen gelegen, dass die Masse der Deutschen über die Vergangenheit nicht

—
Dass die Italiener die Flagge ihrer Verbündeten verbrennen und durch ganz andere ersetzen, ist nicht eben neu

viel mehr im Bewusstsein hat als das, was man in dem Satz „Die Deutschen waren schuld“ zusammenfassen kann. Zum Glück, denn besäßen die Deutschen mehr Geschichtsbewusstsein, könnte es unbehaglich werden für die Italiener. Dem Volk, das den Faschismus erfand und mit Benito Mussolini Hitlers mächtigsten Verbündeten an die Macht brachte, dürfte eine steife teutonische Brise ins Gesicht wehen, wenn italienische Forderungen an Deutschland ausgerechnet mit der Zeit des Zweiten Weltkriegs begründet würden.

Vorteilhafterweise haben sich Wissen und Bewusstsein der Deutschen so weit von der Wirklichkeit entfernt, dass wir auf derlei Entgegnungen gar nicht mehr kommen. Unsere Abgehobenheit von der Realität hat zudem längst auch ganz gegenwärtige Fragen erfasst. So klammern sich die Grünen, die manche die deutscheste der deutschen Parteien nennen, in fanatischem Eifern an die geplante CO₂-Steuer, die den Bundesbürgern ab Januar 2021 noch mehr Geld abknöpfen soll. Schließlich sei die Steuer im Dezember mit der Merkel-Regierung so vereinbart worden, wird argumentiert. Daran dürfe nicht gerüttelt werden.

Bemerkenswert, nicht wahr? Das Land rast in die womöglich schlimmste Wirtschaftskrise seit 1932 hinein, doch diese Leute bestehen darauf, die Belastungen noch höher zu schrauben und die Wirtschaft sowie die Haushalte noch stärker zu belasten. Was? Eisberg voraus? Egal: Der Kurs wird gehalten, denn der wurde schließlich vor Monaten so vereinbart! Schon putzig, wenn eine Wellenspartei – die schönste Blüte, die unserer Wohlstandverwahrlosung je entsprossen ist – plötzlich in die rauen Gewässer einer hässlichen Wirklichkeit gerät.

Dass man sich seine Ideologie nicht von der Wirklichkeit trüben lässt, ist aber kein Alleinstellungsmerkmal der Grünen. Außenminister Heiko Maas von der SPD feiert sich im Internet dafür, dass Deutschland Schutzmasken für die Polizei der Palästinenser gespendet hat, damit die sich nicht mit Corona ansteckt. Dass derweil deutsche Polizisten ungeschützt bleiben, weil es zu wenig Masken gibt? Wen interessiert's?

Immerhin wird uns die Welt für unsere Aufopferung danken, oder? Aus Rom verläutet, dass die Aufnahme italienischer Patienten in deutschen Intensivstationen bei der Germanen-Beschimpfung völlig untergeht.

● STIMMEN ZUR ZEIT

Marco Buschmann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, warnt im „Spiegel“ (29. März) eindringlich vor einer weiteren Vernachlässigung der Leistungsträger, also der Mittelschicht des Volkes:

„In den letzten Jahren haben sie kaum eine Rolle in der Politik gespielt. Dort dominierten gewaltige Rentenpakete und die Ausweitung von Sozialleistungen. Wenn die deutsche Mittelschicht den Eindruck erlangen sollte, dass ihre Belange und Bedürfnisse angesichts der Bedrohung ihrer sozialen Lage nicht ins Zentrum der deutschen Politik rücken und dort zu einer klaren Änderung der Prioritäten führen, dann soll kein verantwortlicher Politiker behaupten, er habe nicht wissen können, was dann geschieht. Dann liegt irgendwann Revolution in der Luft.“

Hugo Müller-Vogg warnt im „Focus“ (2. April) vor linken Forderungen nach einem „Lastenausgleich“ für wirtschaftliche Opfer der Corona-Krise:

„Die Steuereintreiber aus dem linken Lager übersehen freilich eines. Die größeren Vermögen hierzulande liegen nicht auf irgendwelchen Konten oder stecken in protzigen Villen und sündhaft teuren Yachten. Sie stecken vielmehr in den rund drei Millionen Familienunternehmen, die das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden und die 60 Prozent aller Arbeitnehmer beschäftigen.“

Julian Reichelt wundert sich in der „Bild“-Zeitung (6. April), wie präsent die Polizei auf einmal überall sein kann, nachdem jahrelang nahezu rechtsfreie Räume existiert haben:

„Wenn der Staat jetzt gerade überwachen kann, dass Kinder nicht auf Spielplätze gehen, sollte es auch möglich sein, die Polizei in Parks zu schicken, wo offen Drogen verkauft werden. Wenn man derzeit friedliche Gruppen in sonnigen Parks auflösen kann, sollte man zukünftig auch kompromisslos gegen aggressive Gruppen in düsteren Ecken vorgehen.“

Uwe Jean Heuser spricht sich in der „Zeit“ (7. April) gegen gemeinsame Schulden der Euro-Staaten aus, mit denen die Deutschen für die Defizite anderer haften sollen:

„Was gerade so verlockend wirkt, um den zornigen Süden zu befrieden, würde den europäischen Zusammenhalt in Wahrheit gar nicht stärken, dafür Europa auf Dauer schwächen ... Hochverschuldete Länder mit einer weniger dynamischen Wirtschaft sollten ... mit höheren Zinsen rechnen müssen. Nur auf diese Weise entsteht der Leistungsanreiz, den Europas Länder noch dringend brauchen werden, wenn ihre Volkswirtschaften wieder auf die eigenen Beine kommen müssen.“

● WORT DER WOCHE

„Gesunde Menschen gibt es nur in gesunden Wirtschaftssystemen. Geht die Wirtschaft kaputt, sterben die Menschen“

Roger Köppel wehrt sich in der Schweizer „Weltwoche“ (1. April) dagegen, dass in der „Lockdown“-Debatte wirtschaftliches Wohlergehen und Gesundheit gegeneinander ausgespielt werden



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de